

Protokoll der 138. Sitzung des Rundfunkrates am 27. Juni 2024

Datum: 27. Juni 2024

Ort: Berlin
Beginn der Sitzung: 16:06 Uhr
Ende: 19:34 Uhr

Leitung: Oliver Bürgel Protokoll: Judith Günther, Silke Schütze

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Mitglieder des Rundfunkrates

Amsinck, Christian (bis 18:15)

Auster, Regine

Becker, Frank

Benn, Sören

Bürgel, Oliver

Feuerschütz, Frank

Geywitz, Harald

Greve, Edwin

Goiny, Christian

Hagemann, Prof. Martin

Helm, Anne

Hemm, Frauke

Herzog-von der Heide, Elisabeth

Hohloch, Dennis (zugeschaltet)

Kanellos-Okur, Linda

Kapek, Antje

Karger, Katja (zugeschaltet)

Koinzer, Marcus

Kühnemann, Andrea (bis 18:30)

Kühnemann-Grunow, Melanie (bis 18:30)

Mauersberger, Ulrike

Offenberg, Dr. Moshe Abraham

Rabe, Dr. Christine

Richstein, Barbara (ab 18:26)

Riedel, Katharina

Röggla, Prof. Kathrin (zugeschaltet)

Schucht, Irene

Tumlirsch, Dennis (ab 16:09)

Stohn, Erik (zugeschaltet)

Wittke, Jürgen

Verwaltungsrat

Ehlers, Benjamin

Schütt, Juliane



Tille, Dr. Dagmar

Personalrat

Bednarek, Dagmar Schrey, Martina

Vertreter:innen der Staats- und Senatskanzlei

Scheibel, Dr. Henrik Prasse, Sabine

Geschäftsleitung

Demmer, Ulrike (zugeschaltet bis 17:10) Günther, Katrin Küchler-Stahn, Nicole Owsinski, Andreas Skiba, Dr. Kerstin

Gremiengeschäftsstelle

Günther, Judith Rößner, Corina

Gäste

De Weck, Roger



TAGESORDNUN	I G für die 138.	Sitzung des r	bb-Rundfunkrats	am 27. Jun	i 2024 in l	Berlin,
Beginn: 16:00 Uhr						

TOP 1	Begrüβung und Regularien
TOP 2	Verabschiedung des Protokolls der Sitzung vom 11. April 2024
ТОР З	Bericht des Rundfunkratsvorsitzenden Oliver Bürgel
TOP 4	Bericht der Intendantin Ulrike Demmer
TOP 5	Bestimmung eines/einer stellvertretenden Intendant:in Beschlussvorlage, <i>Ulrike Demmer</i>
TOP 6	Informationen und Beratung zu Reformprozessen des öffentlich-rechtlicher Rundfunks Oliver Bürgel, Roger de Weck
TOP 7	Bericht des Verwaltungsratsvorsitzenden Benjamin Ehlers
TOP 8	Aktualisierung der rbb-Finanzordnung Beschlussvorlage, <i>Prof. Dr. Nicole Küchler-Stahn, Benjamin Ehlers</i>
TOP 9	Besetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des Rundfunkrates und der rbb-Satzung Beschlussvorlage, <i>Oliver Bürgel</i>
TOP 10	Programmbeschwerde Zum Beitrag in Kontraste vom 22. Februar 2024 "'Falsche Väter' hebeln Einwanderungsrecht aus" Dr. Moshe Abraham Offenberg
TOP 11	Stellungnahme des Rundfunkrates zum Public Corporate Governance Kodex der ARD (PCGK)
	Beschlussvorlage, <i>Elisabeth Herzog-von der Heide</i>
TOP 12	Berichte aus den Ausschüssen und Vertretungen

12.1. Programmausschuss

Dr. Moshe Abraham Offenberg

12.2. Telemedienausschuss der GVK



Prof. Martin Hagemann

12.3. ARD-Programmbeirat

Katharina Riedel

12.4. arte-Deutschland-Programmbeirat

Katja Karger

12.5. arte G.E.I.E. Programmbeirat

Andrea Kühnemann

12.6. Personalrat

Martina Schrey, Dagmar Bednarek

TOP 13 Verschiedenes

Der Rundfunkrat kann beschließen, die Öffentlichkeit zu einzelnen Tagesordnungspunkten auszuschließen.

rbb-Gremiengeschäftsstelle 11.06.2024



TOP 1 Regularien (16:06 Uhr)

Herr Bürgel eröffnet die Sitzung 16:06 Uhr und begrüßt die Sitzungsteilnehmenden, insbesondere Herrn Owsinski zum letzten Mal als Teil der Geschäftsleitung und die beiden Personalratsvertreterinnen Frau Schrey und Frau Bednarek zum ersten Mal bei einer Rundfunkratssitzung. Zudem heißt er Frau Melanie Kühnemann-Grunow als neues Rundfunkratsmitglied willkommen.

Frau Kühnemann-Grunow stellt sich kurz als medien- und kulturpolitische Sprecherin der Berliner SPD-Fraktion und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD vor. Sie freue sich, dabei zu sein. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk liege ihr am Herzen.

Herr Bürgel weist darauf hin, dass die Sitzung wie immer im Livestream zu sehen ist und stellt die Beschlussfähigkeit mit 17 anwesenden Mitgliedern fest. Daneben seien vier Mitglieder zugeschaltet. Er verfährt weiter zur Abstimmung der Tagesordnung. Es gibt keine Anmeldungen unter TOP 13 Verschiedenes. Herr Bürgel informiert jedoch darüber, dass gegebenenfalls TOP 7 vorgezogen werde, da bei Roger de Weck, der unter TOP 6 referiere, mit Verspätung zu rechnen sei. Die Tagesordnung wird einstimmig abgenommen.

TOP 2 Verabschiedung des Protokolls der Sitzung vom 11. April 2024 (16:10 Uhr)

Herr Bürgel bittet um Anmerkungen und Ergänzungen zum Protokoll der Sitzung vom 11. April 2024. Es gibt keine Anmerkungen. Das Protokoll wird einstimmig abgenommen.

TOP 3 Bericht des Rundfunkratsvorsitzenden (Oliver Bürgel)
(16:11 Uhr)

Herr Bürgel hält seinen Bericht. Dieser ist diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Frau Kapek fragt, was der Wechsel von Herrn Owsinski als Direktor Produktion und Betrieb zum Hauptabteilungsleiter Medienproduktion bedeute und wie sich die Direktionen künftig gestalten.

Herr Bürgel bittet Frau Demmer in Ihrem nachfolgenden Bericht um Einordnung.

TOP 4 Bericht der Intendantin (Ulrike Demmer)
(16:24 Uhr)

Herr Bürgel bedankt sich bei Frau Demmer, trotz ihres Urlaubs den Bericht im Rundfunkrat zu halten.

Frau Demmer begrüßt die Anwesenden und hält ihren Bericht. Der Bericht ist diesem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.



Herr Bürgel bedankt sich bei Frau Demmer und eröffnet die Fragerunde.

Herr Goiny bedankt sich für den Bericht. Er finde erstaunlich, dass 6% der Berliner und Brandenburger den rbb nicht kennen. Er wolle nicht unerwähnt lassen, dass der rbb in der vergangenen Woche zum Thema Lokaljournalismus im Medienausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses war, um die Bedeutung des rbb in diesem Zusammenhang zu unterstreichen.

Zudem wolle er anführen, dass er die Veränderungen im Programm von radio3 nicht nachvollziehen könne. Er erkenne den Charme bzw. das Besondere an der Kulturstadt im Programm noch nicht. So habe er eine Berichterstattung über die Jazzwoche, die Fete de la Musique oder Classical Next im Programm vermisst. Dies könne noch nicht der "große Wurf" sein, um radio3 mehr Relevanz im Sendegebiet zu geben. Es sei grundsätzlich nichts gegen einen klassischen Musikschwerpunkt einzuwenden, dieser werde jedoch mit gewisser Trostlosigkeit präsentiert. Dies sei auch auf zugewandtere Art möglich. Er sehe da noch eine Menge Hausaufgaben und ihn interessiere, wie der Diskurs innerhalb des Senders fortgeführt werden solle.

Frau Kapek schließt sich Herrn Goiny an. Sie habe noch nie so viele Protest-E-Mails wie zur Umstellung von radio3 erhalten. Erfahrungsgemäß sei es sinnvoll, die Verbände bei so einem weit verbreiteten Störgefühl einzuladen und gemeinsam zu schauen, wie die Kritik und die Sorgen in den Prozess integriert werden können.

Sie selbst habe in Bezug auf Frau Demmers Bericht ein Störgefühl im Hinblick auf die Aufarbeitung der rbb-Krise. Sie wolle durchaus anerkennen, dass sehr viel seitdem passiert sei. Bei der von Frau Demmer vorgeschlagenen monothematischen Rundfunkratssitzung zum Transformationsprozess am Ende des Sommers könne sie sich vorstellen, an dieser Stelle Fragenrunden zu integrieren. Sie habe anderenfalls als Rundfunkrätin keinen tieferen Einblick über die auf den Weg gebrachten Maßnahmen.

Frau Dr. Rabe spricht noch einmal den Bericht des Untersuchungsausschusses des Landtags Brandenburg an. Sie könne sich vorstellen, dass die Zuarbeit sehr viel Arbeit für den rbb bedeutet habe. Frau Demmer habe informiert, der Bericht sei – auch für den weiteren Austausch für die Mitarbeiter:innen des rbb ins Intranet gestellt worden. Sie fragt, ob dies angenommen werde und wie der Rücklauf aussehe.

Frau Auster geht auf die Anmerkungen ihrer Vorgänger:innen zu radio3 ein. Der Programmausschuss habe sich ausgiebig mit der Programmveränderung beschäftigt. Man wisse um die Prozesse. Die Morgenstrecke sei ihres Erachtens informativ. Zu beachten sei, dass der Kultursender zuvor bei sehr hohem finanziellem Aufwand die geringste Hörerreichweite hatte und Änderungen daher notwendig waren.

Es sei zudem begrüßenswert, dass die ARD auch bei Radio kooperiere. Sie fragt, ob das Hörerverhalten beobachtet werde. Sie befürchte einen Verlust des Regionalen.



Frau Demmer bedankt sich für die intensive Auseinandersetzung mit radio3 im Programmausschuss. Die Hausaufgaben seien ihr bewusst, sie glaube jedoch an den Weg. Bei radioeins habe es auch Jahre gedauert, bis das Programm alle begeistert habe. Es werde noch etwas dauern, die Kritik werde jedoch ernst genommen.

Bei der rbb-Krise werde kein Schlusspunkt zu setzen sein. Dennoch sei diese zwei Jahre her und sie die Nachfolgerin der Nachfolgerin. Man habe gute Rückmeldungen von den Landesrechnungshöfen zur Umsetzung des Reformbedarfs erhalten. Die Anregung, dazu mehr Informationen zu liefern, nehme sie gerne mit. Zu den Reaktionen auf den Bericht des Untersuchungsausschusses im Intranet könne sie derzeit noch nicht viel sagen.

Zum Thema Poollösungen bei Radio-Kooperationen in der ARD gebe es durchaus Grenzen. Bei Antenne Brandenburg würden die Nachrichtenstimmen erhalten bleiben. Leider würden die Nutzungszahlen der Radiosender nur zweimal im Jahr gemessen werden. Man behalte die Veränderung im Blick. Das Ziel könne jedoch durchaus nicht sein, dass 64 Sender im Bundesgebiet gleich klingen.

Frau Katrin Günther ergänzt zu den Poollösungen, dass die Kooperationen vor allem zu Programmschienen nach 20 Uhr eingegangen worden seien. Der Wortanteil solle der eigene blieben. Zudem sei Radio3 nun etwas mehr als 10 Wochen am Laufen. Sie wolle noch einmal um mehr Zeit für die Entwicklung bitten. Jeden Tag sei man im Dialog zu Verbesserungsmöglichkeiten. Der Publikumsdialog habe auch dazu beigetragen. Derzeit sei der Impuls überall scheinbar, "das Alte" wiederhaben zu wollen. Dies könne nicht die Lösung sein, weil "das Alte" statistisch so wenige Menschen interessiert habe.

Herr Bürgel fasst zusammen, dass der Prozess von radio3 eng im Rundfunkrat und Programmausschuss begleitet und die Stimmen ernst genommen werden.

Herr Goiny wünscht sich mehr Zeit zum Diskutieren. Berichte wie der des Vorsitzenden würden die Zeit zum Austausch reduzieren. Er begrüße daher einen kürzeren Bericht.

Herr Bürgel weist zurück, dass es keinen Diskussionsraum gebe. Tatsache sei auch, dass die Beschlussfassungen in einer Rundfunkratssitzung priorisiert werden müssen. Wenn einige Rundfunkratsmitglieder vorzeitig die Sitzung verlassen, müsse er darauf achten, dass die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Diese Konsequenzen seien gemeinsam zu tragen.

Frau Riedel betont noch einmal, es sei sehr ausführlich im Programmausschuss über radio3 diskutiert worden.

Herr Bürgel schließt den Tagesordnungspunkt. Er informiert darüber, dass Frau Dr. Vernau zwischenzeitlich zur Intendantin des WDR gewählt worden sei und gratuliert ihr herzlich.

Die Frage von Frau Dr. Rabe solle schriftlich beantwortet werden.

TOP 5 Bestimmung einer stellvertr. Intendantin (Ulrike Demmer) (17:07 Uhr)



Herr Bürgel gibt Frau Demmer die Möglichkeit, die Vorlage noch einmal zu erläutern.

Frau Demmer erörtert, dass mit dem Weggang von Frau Zöllner, die das Amt der Stellvertreterin offiziell innehatte, eine Neubesetzung vonnöten sei. Sie bittet den Rundfunkrat um Zustimmung zum Beschlussvorschlag, Prof. Nicole Küchler-Stahn zur stellvertretenden Intendantin zu wählen. Diese sei seit dem 1. Januar mit ganzem Herzen im rbb.

Es gibt keine Rückfragen.

Herr Bürgel bittet um Abstimmung. Mit 16 Ja-Stimmen wird Prof. Küchler-Stahn, Verwaltungsdirektorin des rbb, einstimmig zur stellvertretenden Intendantin mit sofortiger Wirkung gewählt.

Herr Bürgel beglückwünscht Frau Küchler-Stahn, schließt den Tagesordnungspunkt und verabschiedet Frau Demmer.

TOP 7 Bericht des Verwaltungsratsvorsitzenden (Benjamin Ehlers)
(17:11 Uhr)

Herr Bürgel begrüßt noch einmal den Verwaltungsratsvorsitzenden Herrn Ehlers und bittet ihn um seinen Bericht.

Der Bericht ist diesem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Herr Bürgel bedankt sich und bittet, die Rückfragen zu stellen.

Herr Tumlirsch erkundigt sich nach dem Stand der Unterlagensichtung im Prozess mit LUTZ|ABEL.

Herr Ehlers informiert, der Landesrechnungshof habe die Gremiengeschäftsstelle zuletzt intensiv beschäftigt. Eine erste grobe Sichtung der Unterlagen sei bereits erfolgt. Man wisse im Ungefähren, was darinstünde.

Außerdem wolle Herr Ehlers zu seinem Bericht noch ergänzen, dass Herr Bürgel bei der GVK-Sitzung im April in Leipzig den Impuls gegeben habe, auf ARD-Ebene eine "AG Zukunft" zu gründen. Diese AG habe mittlerweile bereits getagt. Er selbst sei leider aufgrund einer Verwaltungsratssitzung verhindert gewesen.

Herr Bürgel schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 6 Informationen und Beratung zu Reformprozessen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Oliver Bürgel, Roger de Weck)
(17:58 Uhr)



Herr Bürgel begrüßt zu TOP 6 Herrn Roger de Weck vom Zukunftsrat, der zugeschaltet ist. Er ordnet den TOP ein und erinnert daran, dass der Zukunftsrat seinen Bericht für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks am 18. Januar dieses Jahres vorgestellt habe. Bereits in seiner Sitzung am 15. Februar habe sich der rbb-Rundfunkrat in mit den konkreten Empfehlungen auseinandergesetzt. In seiner Sitzung im April habe man sich im Gremium darauf verständigt, das Thema weiterzuverfolgen und ein Mitglied des Zukunftsrats einzuladen und.

Herr Bürgel führt aus, dass das Gremium im Vorfeld die Möglichkeit gehabt habe, Fragen zu formulieren. Frau Auster habe die Gelegenheit genutzt und ihre Fragen seien Herrn de Weck und dem Gremium zugestellt worden.

Herr Bürgel erteilt Herrn de Weck das Wort.

Herr de Weck bedankt sich für die Einladung, er freue sich auf den Austausch. Er kündigt an, das Gesamtkonzept in einigen Minuten zusammenzufassen und dann zur aktuellen Entwicklung sprechen zu wollen.

Der Grundgedanke sei, dass die Demokratie angefochten werde und die Gesellschaft sich polarisiere, was dazu führe, dass die Rolle der Öffentlich-Rechtlichen noch wichtiger, aber auch schwieriger werde.

Gemäß den Überlegungen des Zukunftsrates solle der öffentlich-rechtliche Rundfunk der Demokratie und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt noch stärker dienen. Deshalb gebe es den Vorschlag, den Auftrag zu schärfen. Werde der Auftrag im Sinne von "Mehr Demokratie" geschärft, sollte dieses dem Zukunftsrat zufolge mit einem Anreiz versehen werden – aber auch mit einer denkbaren Sanktion. Der Anreiz könne ein neues Finanzierungssystem sein, das im Wesentlichen den Beitrag indexiere an eine für die Medienbranche relevante Teuerung. Die Sanktionsmöglichkeit könne bei mangelhafter Auftragserfüllung eine mittelfristige Beitragssenkung bedeuten. Um dieses zu verhindern, bedürfe es der Gremien, die sehr früh gegensteuern können. Man arbeite in einem Gewerbe, in dem man bis zu vier Jahre im Voraus planen müsse.

Aus diesen Überlegungen heraus sei der Vorschlag für einen Medienrat entstanden, dessen einzige Aufgabe – außer der Berufung des Verwaltungsrats – die laufende Überwachung und Prüfung der Auftragserfüllung sei. Bei Mängeln solle er immer öffentlich Stellung nehmen. Es handele sich hierbei um ein Gremium, das kein Ansprechpartner der Geschäftsführung sei, sondern auf den Verwaltungsrat einwirke. Der Verwaltungsrat solle ein kleines, überwiegend von Profis besetztes Gremium sein, dass die oberste strategische Verantwortung trage.

Während es derzeit oft Praxis sei, dass die Strategie von Intendanz und Geschäftsleitung entwickelt werde und die Überwachung der Umsetzung der Strategie ebenfalls von Intendanz und Geschäftsleitung übernommen werde, schlage der Zukunftsrat eine modernere Governance durch den Verwaltungsrat vor. Dieser solle über strategische Kompetenz sowie Aufsichtskompetenz verfügen. Seine Mitglieder seien entsprechend in Medienbranche und Medienmanagement geschult und erfahren. Von so genannten "Weisen" könne der gesellschaftliche Aspekt in den Verwaltungsrat getragen werden.



Zu einer effizienteren Erfüllung des Auftrags müsse sich die ARD neu aufstellen. Der Zukunftsrat halte das bisher praktizierte Prinzip der Kooperation nicht mehr für zeitgemäß bei einem Etat von sieben Milliarden Euro. Wechsle man von dem Modell der Kooperation zu einem Prinzip der Organisation und der organisierten Regionalität, könne man außerordentliche Mittel für das Programm, für die audiovisuelle Produktion, freisetzen.

In der ARD gebe es häufig Neunfachstrukturen. Organisiere man jedoch über eine Leitung klar die Aufgabenverteilung, erspare das den einzelnen Landesrundfunkanstalten Ausgaben, die diese gemäß ihrer eigenen Governance verwenden könnten. Hierzu mache der Zukunftsrat keine Vorschläge.

Es könne ggf. zweckmäßig sein, dass die Landesrundfunkanstalten ihre Governance anpassen an diejenige Organisation, die der Zukunftsrat in der Leitungsfunktion für die ARD sehe, eine Art Holding oder ARD-Anstalt mit denselben Gremien, wie sie es auch beim ZDF oder Deutschlandradio gebe.

Herr de Weck betont, dass namentlich der Aspekt einer Schärfung des Auftrages im Sinne der Demokratie das ZDF eventuell noch stärker betreffe. Um partnerschaftsfähig zu sein, müsse man sich umstellen. Es sei dem ZDF auf Dauer nicht zumutbar, mit einer Organisation zusammenzuarbeiten, die sich stets unter neun Intendant:innen koordinieren müsse. Der Zukunftsrat komme abschließend zu der Erkenntnis, dass diese neue Organisation nötig sei, um mit dem ZDF partnerschaftsfähig zu sein. Vor dem Hintergrund, wie schnell, entscheidungsfreudig und schlagkräftig Mitbewerber wie Netflix seien, sei eine derartige Koordination unzureichend.

Die angestrebte Partnerschaft mit dem ZDF führt **Herrn de Weck** zu seinem letzten Punkt. Es gebe keinen Grund, eine gemeinsame Technologie (nicht gemeinsame Inhalte) für Multimedia mit dem ZDF abzulehnen. Mit einer gemeinsamen Technologie ließe sich wesentlich Geld sparen.

Der Zukunftsrat stelle ein Gesamtkonzept zur Diskussion.

Hinsichtlich der aktuellen Lage berichtet **Herr de Weck** abschließend, dass er glaube, dass man in der Rundfunkkommission der Länder einige Vorschläge des Zukunftsrates aufgreifen werde. Noch laufe die Meinungsbildung, aber in einigen Wochen werde es weitere Ergebnisse geben.

Herr Bürgel dankt Herrn de Weck für seine Ausführungen und eröffnet die Fragerunde.

Frau Auster fragt nach einer Präzisierung des erweiterten Auftrags (Stärkung der Demokratie) gemäß Zukunftsrat.

Herr de Weck sagt, dass man in dieser wichtigen Frage bewusst vage geblieben sei, man wolle den Geschäftsleitungen nicht ins Handwerk pfuschen. Als Journalist wisse er um die Relevanz redaktioneller Unabhängigkeit. Seine persönliche Meinung sei, dass man den Mix behalten müsse, den jede öffentlich-rechtliche Anstalt benötige und der 1922 mit der Gründung der BBC etabliert wurde: Eine Mischung aus Information, Bildung und Unterhaltung. Derzeit laufe



eine "Weniger-Debatte" – weniger Sport, weniger Unterhaltung, weniger Löhne für die Intendant:innen, weniger Sender, weniger Sendungen und so weiter. Diesen Ansatz teile der Zukunftsrat nicht. Er mache unbequeme Vorschläge, strebe eine "Anders-Debatte" an, um endlich die Strukturen anzupacken. Man stelle den Landesrundfunkanstalten 10 Milliarden Euro zur Verfügung, trotzdem werde laufend im Programm abgebaut. Aus dieser Situation wolle man sich verabschieden. Man müsse weiter am Mix von Bildung, Information und Unterhaltung festhalten. Mit dem Schwerpunkt Kultur (wie arte) oder dem Schwerpunkt Informationen (wie NTV) erreiche man nur kleine Marktanteile. Seiner Meinung nach müsse die Darstellung des Mixes stärker priorisiert werden. Gemäß des Zukunftsrates solle man der Kultur beim On Demand-Angebot einen sichtbareren Raum geben und im linearen Angebot nicht immer auf die Randstunden verweisen. Man könne vieles, das anspruchsvoller sei, besser darstellen. Es obliege den Geschäftsleitungen diesen Mix zu verändern - möglicherweise etwas mehr Bildung, möglicherweise etwas mehr Information. Möglicherweise auch eine Information, deren Darstellungsweise nicht unbedingt immer die Aufregungsgesetze des Medienbetriebs befolge. Man glaube, dass mittelfristig gerade das On-demand-Angebot große Chancen biete. Man werde online weniger produzieren müssen, weil man nicht ständig einen Kanal zu füllen habe. Dieses "Weniger" werde jedoch deutlich "besser" sein müssen, um konkurrenzfähig mit den Streaming-Anbietern zu sein.

Herr de Weck erläutert, dass es viele Kriterien gebe, mit denen externe Stellen die Auftragserfüllung prüfen könnten, ohne in die redaktionelle Hoheit einzugreifen. Beispielsweise bei der Frage, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Jugend oder Menschen mit Migrationshintergrund erreiche. Solche Kategorien seien unverfänglich.

Herr Bürgel stimmt Herrn de Weck zu. Genau hier liege die Grundaufgabe für die Rundfunkräte, die sich aus unterschiedlichen Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zusammensetzten. Für den rbb gelte es, zu prüfen, ob der Sender in diesen Bereichen gut aufgestellt sei.

Herr de Weck schildert das Dilemma des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wolle dieser ein großes Publikum erreichen, werfe man ihm vor, sich in fragwürdige Konkurrenz zu den Privaten zu positionieren. Plane man, kleine Publica zu erreichen, werfe man ihm vor, zu viel Geld für nur wenige Menschen auszugeben.

Um das Öffentlich-Rechtliche zu stärken, könne man seiner Meinung nach zu der Logik zurückkehren, die früher in einem beträchtlichen Teil der Presse bestand habe. Diese habe besagt, dass nicht immer nur das Erreichen eines großen Publikums im Fokus zu stehen habe, sondern eine Kumulation von wichtigen Minderheiten. Er könne sich dieses Vorgehen vor allem gerade bei On Demand-Angeboten gut vorstellen. Denn als Öffentlich-Rechtliche haben man hier mehr Spielraum, sei nicht von Werbung abhängig, müsse nicht immer das breite Publikum suchen. Eine Kumulation vieler kleiner Minderheiten mache am Schluss auch ein großes Publikum aus.

Herr Feuerschütz unterstützt die Ausführungen von Herrn de Weck, besonders Regionalität sei ein relevanter Faktor: So wünsche er sich sehr einen Brandenburg-Podcast. Mit relevanten regionalen Formaten wie "Raus aufs Land" habe man erfolgreich den Weg von der Sparte ins



Programm geschafft. Er fragt Herrn de Weck, wie man als Mitglied des Rundfunkrates unterstützen könne. Er würde sich bereit erklären, sich in einem Ausschuss Gedanken darüber zu machen, welchen Beitrag der rbb zu der vom Zukunftsrat angeregten Reform beitragen könne.

Herr de Weck erläutert in seiner Antwort einen Umstand, den er als "das ARD-Paradoxon" bezeichnet. Dieses bestehe darin, dass der Ehrgeiz aller ARD-Journalist:innen der unterschiedlichen Landesrundfunkanstalten darin bestehe, mit ihren Beiträgen in das überregionale Programm, das Erste, kommen zu wollen. Dafür werde mitunter sogar das Regionale vernachlässigt. Der Hörfunk stelle eine Ausnahme dar, weswegen der Zukunftsrat praktisch keine Vorschläge in diesem Bereich gemacht habe. Der Zukunftsrat glaube, dass jede Landesrundfunkanstalt weit mehr Kapazitäten für die Bedienung ihrer Region, ihres Bundeslandes, ihres Einzugsgebiets freisetzen könne, wenn man sie von den vielen administrativen und technischen Aufgaben der internen ARD-Kommunikation entlaste. Im Regionalen entstehe Akzeptanz. Als Beispiel nennt er die BBC, die sich vermehrt zur Stärkung des Regionalen verpflichte. Dieses sei besonders in den neuen deutschen Bundesländern von großer Wichtigkeit, dort beobachte man ein Anwachsen von lokalen und regionalen Medienwüsten. Am Beispiel der USA sehe man, dass Menschen ohne verlässliche Medieninformationen in soziale Medien und häufig deswegen politisch nach Rechtsaußen drifteten. Es müsse eine Wende zum Digitalen erfolgen. Er nennt als weiteres Beispiel die Financial Times. Dort habe man schon vor zehn Jahren angefangen, sich als Online-Medium mit dem Nebenprodukt Zeitung zu sehen. Auch die Landesrundfunkanstalten sollten in Zukunft so denken. Deswegen müsse das Lineare nicht völlig vernachlässigt werden, es werde noch in langes Leben haben. Dennoch müsse der Paradigmenwechsel angepackt werden. Die Aufgabe der Rundfunkräte sehe er in einer Rückendeckung für die Vorschläge des Zukunftsrates, ein Signal, dass man sich eine tiefgreifende Reform wünsche. Setzten die Rundfunkräte hier klare Zeichen auch gegenüber der Politik, sei das ein wichtiger Beitrag für die "Erfrischung" (wie die Zukunftsratsvorsitzende Julia Jäkel es bezeichnete) des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Herr Goiny weist daraufhin, dass der Begriff "Medienrat" bereits in der Medienaufsicht der Medienanstalten belegt sei und fragt, ob der Zukunftsrat über einen neuen Begriff nachdenke. Er wolle eine Lanze brechen für das Wort "Rundfunk", schließlich halte man diese Sitzung im historischen Haus des Rundfunks ab.

Herr de Weck konzediert, dass man über diesen Begriff diskutieren könne. Die Nomenklatur sei nicht entscheidend, aber es solle deutlich werden, dass man sich von der Rundfunklogik löse. Das On-Demand-Angebot werde genauso wichtig, wenn nicht wichtiger werden als das lineare Angebot. Aus diesem Grund habe man sich vorerst für Medienrat und nicht Rundfunkrat entschieden. Wenn jedoch hier eine Doppelung entstanden sei, werde man dafür eine Lösung finden.

Frau Dr. Tille fragt Herrn de Weck, wie sich der Zukunftsrat die neue Funktion des Verwaltungsrates – nämlich die strategische Verantwortung – konkret vorstelle.

Herr de Weck fasst die drei Aufgaben eines Verwaltungsrates nach seiner Auffassung wie folgt zusammen. 1. Die Festlegung der Strategie. 2. Die Überwachung der Umsetzung dieser



Strategie (inklusive großen Personalentscheidungen) 3. Die Aufsicht über das Ganze (Rechnungslegung und die finanzielle Aufsicht.)

Der Verwaltungsrat werde der hochkompetente und einzige direkte Ansprechpartner der Geschäftsleitungen, die durch und durch kollegial aufgestellt werden sollten. Das entspreche dem digitalen Zeitalter. In den Geschäftsleitungen schlage der Zukunftsrat vor, eine Person herauszuheben (z.B. der/die stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsleitung), die einzig zuständig sei für die Auftragserfüllung. Ggf. im leichten Konflikt mit den Angebotsverantwortlichen, um hier kontinuierlich an den öffentlich-rechtlichen Auftrag und den Dialog mit den Beitragszahlenden zu gemahnen. Man sei im Zukunftsrat der Meinung, dass ein solcher Verwaltungsrat noch ferner werde von der Politik. Selbstverständlich komme es immer auf die politischen Kräfte an, man könne jedes System missbrauchen. Diese Gefahr sei dem Zukunftsrat bewusst.

Die gewünschte Politikferne habe den Zukunftsrat auch zu seinen Überlegungen hinsichtlich einer anderen Handhabe der Finanzierung geführt. Das jetzige System sei außerordentlich bürokratisch und die KEF habe es trotz hoher Kompetenz nicht vermocht, eine einheitliche Rechnungslegung innerhalb der ARD durchzusetzen. Der Vorteil dieses Systems sei eine gewissen Politikferne gewesen und dass man in den Landtagen die Empfehlungen der KEF durchgewinkt habe. Mittlerweile sträube sich die Politik gegen dieses Verfahren. Nach Sachsen-Anhalt gebe es mittlerweile sechs, sieben Landtage, die sich widersetzen. Zwar könne das Bundesverfassungsgericht die in Frage stehenden Landtage übersteuern. Dennoch, so der Zukunftsrat, könne eine Indexierung hier entpolitisieren – mit der Möglichkeit von Abstrichen, wenn der Auftrag nicht erfüllt werde. Der Zukunftsrat sei der Auffassung, dass die gegebene neue Gremienstruktur diese Wahrscheinlichkeit von Abstrichen - beide Gremien steuern frühzeitig gegen - sehr klein halten könne.

Herr Bürgel erläutert, dass viele der leidenschaftlich das Programm gestaltenden Mitarbeitenden des rbb aus der alten, analogen Medienwelt stammten. Er fragt Herrn de Weck nach seiner Einschätzung, wie die digitale Transformation gelingen könne – auch vor dem Hintergrund einer dünnen Finanzdecke, die Umschichtungen ins Digitale nicht in dem gewünschten Maβ erlaube.

Herr de Weck erklärt, dass er diese Lage selbst als Generaldirektor des Schweizer Rundfunks erlebt habe. Die Priorität sei die Digitalisierung gewesen, man habe mit Mitarbeitenden zu tun gehabt, die über Jahrzehnte linear geprägt waren und deshalb sich damit schwertaten. Der Generationswechsel sei in der Bundesrepublik noch schwieriger, weil hier die Flexibilität geringer sei als in der Schweiz. Dennoch könne man die Stimmung ändern, wenn man systematisch jeden Handlungsspielraum nutze. Eine kritische Masse junger, digital geprägte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diffundiere die Stimmung in die gesamte Organisation. So könne ein neuer Geist entstehen, der junge Leute anziehe.

Seiner persönlichen Ansicht nach solle hier die Politik helfen, auch finanziell. Diese Hilfe werde allerdings davon abhängen, ob die Politik sehe, dass sich die ARD im Hinblick auf die digitale Transformation neu aufgestellt habe und man nun das erschaffene Potenzial ausschöpfen könne. Er könne hier keine abschließe Antwort auf die Frage geben, es werde auf



das hinauslaufen, was die Briten "muddling through" (durchwursteln) nennen. Aber auch "Durchwursteln" können bei strategischer Anwendung Fortschritt erzielen.

Herr Bürgel betont, dass man Rahmenbedingungen schaffen müsse, damit man Mitarbeitende des rbb zur digitalen Transformation befähigen könne. Jeder, der in der Organisationen Verantwortung trage, wisse von den Herausforderungen dieses langen Weges. Er glaube, dass dieser Prozess im rbb angefangen worden sei – und nicht so schnell vollendet werden könne.

Frau Auster fragt – vor dem Hintergrund, dass mehrere Landesregierungen der Erhöhung des Rundfunkbeitrag nicht zustimmen wollen – wie Herr de Weck sich vorstelle, dass die Länder sich auf eine zentrale Organisationseinheit verständigen sollten.

Herr de Weck erläutert, der Zukunftsrat denke an Arbeitsteilung, an eine Holding-Zentrale. Man stelle sich hier keine Riesenzentrale vor, die zweifellos Verteilungskämpfe provozieren werde. Man setze auf eine schlanke Zentrale hin, die innerhalb der Landesrundfunkanstalten - verteilt über das ganze Land - die Arbeitsteilung organisiere. Beim NDR liege beispielsweise ein Großteil der Information (z.B. Tagesschau), es gebe keinen Grund dieses heute zu verändern. Erbringe der NDR eines Tages die Leistungen jedoch nicht mehr, könne man diese Aufgaben auch eine andere Landesrundfunkanstalt mit entsprechender Vorlaufzeit geben. Es gebe in jeder Landesrundfunkanstalt spezifische Kompetenzen. Aus Sicht des Zukunftsrates sollen man diese Kompetenzen nutzen. Bei diesen Überlegungen habe der Zukunftsrat nichts quantifiziert. Eine solche Holding könne die Sache von 50 bis 100 Personen sein. Sehr viel mehr nicht, aber durchaus mit der strategischen Kompetenz, um endlosen Verhandlungen und Ergebnisse auf kleinstem gemeinsamem Nenner, oft widerwillig getroffen, zu überwinden.

Abschließend unterstreicht **Herr de Weck**, diese Prozesse müsse man in den richtigen Proportionen sehen. Er sei von außen (wie wohl mit Innenkenntnis) ein großer Bewunderer des öffentlich-rechtlichen Systems der Bundesrepublik, in dem immer noch eine der weltbesten audiovisuellen Produktion entstehe. Er halte ARD, ZDF und BBC für den Goldstandard in der internationalen audiovisuellen Welt. In der Kritik stehe der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland aus drei Gründen:

- 1. Das politische Umfeld: Der Leistungsauftrag der Öffentlich-Rechtlichen gründe in den Werten der Aufklärung (gute Information für gute Demokratie, Integration der Gesellschaft, Inklusion der Benachteiligten, nicht nur die Zentren, sondern auch die Peripherie, Förderung der Kultur.) Heute habe man allerdings in der Politik, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in Europa starke politische Kräfte, die antiaufklärerisch seien. Die Kräfte empfinden Leistungsaufträge, die in den Werten der Aufklärung gründeten, als tendenziös. Hier werde einer völlig anderen Logik gefolgt: Journalistische Unabhängigkeit halte man für ein Zeichen, dass man zum anderen Lager gehöre. Diese Kräfte werde man mit den besten Reformen nicht versöhnen können, aber man müsse sich schlagkräftig aufstellen.
- 2. Der Vorwurf der Ineffizienz und Unwirtschaftlichkeit: Er sehe auch bei vielen Menschen in der Bundesrepublik, die dem Öffentlich-Rechtlichen sehr wohlwollend eingestellt seien, das steigende Gefühl von zu wenig Effizienz. Geld werde nicht optimal eingesetzt. Als Public Service Unternehmen verlange man nicht, dass die Öffentlich-Rechtlichen Gewinne erzielten,



aber man erwarte einen wirtschaftlich effizienten Einsatz von Geld. Er sei der Meinung, dass man hier mit Strukturreformen – "Anders-Reformen" (s.o.) – sehr viel Akzeptanz schaffen könne.

3. Schleppende digitale Transformation: Je stärker sich die ARD und ihre Landesrundfunkanstalten digital aufstellten, desto stärker werde sich die jüngere Generation angesprochen fühlen. Er erinnere an das Schweizer Volksbegehren, in dem sich die Altersgruppe zwischen 18 und 28 Jahren am stärksten für die Beibehaltung der Öffentlich-Rechtlichen ausgesprochen habe, die zweitstärkste Altersgruppe sei die der 28 bis 38-Jährigen gewesen. Bei richtiger Ansprache stütze die junge Generation das öffentlich-rechtliche System. Die Legende, dass man die Jugend ein für alle Mal verloren haben, könne man Lügen strafen. Er danke dem Rundfunkrat und signalisiere die Bereitschaft des Zukunftsrates, das Gespräch mit dem Rundfunkrat bei Wunsch wieder aufzunehmen.

Herr Bürgel schließt die Fragerunde und verabschiedet Herrn de Weck mit Dank für seine Einlassungen und den offenen Austausch.

Herr Bürgel schließt den TOP, indem er seine Hoffnung ausdrückt, dass man durch die Diskussion ein gemeinsames Verständnis für Ziele und Intentionen der Reformvorschläge und pläne des Zukunftsrates habe entwickeln können. Da nach der Sommerpause und der Konsultationsphase der beiden Staatsverträge mit neuen Entwicklungen zu rechnen sei, schlage er vor, das Thema "Reformprozesse" im September wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

TOP 8 Aktualisierung der rbb-Finanzordnung (*Prof. Dr. Nicole Küchler-Stahn, Benjamin Ehlers*)
(17:40 Uhr)

Herr Bürgel ruft Tagesordnungspunkt 8 auf. Die Aktualisierung der rbb-Finanzordnung bedürfe der Zustimmung des Rundfunkrats. Mit Versand der Einladung am 17. Juni habe das Gremien die Beschlussvorlage inkl. Anlagen erhalten.

Herr Bürgel übergibt das Wort an die stellvertretende Intendantin Frau Prof. Küchler-Stahn (rbb-Verwaltungsdirektorin).

Frau Küchler-Stahn erläutert, dass Sie um Zustimmung bitte für die Beschlussvorlage, mit der der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 15. Mai 2024 einer Veränderung der Finanzordnung zugestimmt habe. Gemäβ den Regularien des rbb sei vorgesehen, dass auch der Rundfunkrat seine Zustimmung erteile, bevor die Finanzordnung in Kraft treten könne. Der Vorlage könne entnommen werden, dass man ein dreistufiges Verfahren plane, um die Finanzordnung zu reformieren, was bedeute, dass sich das Gremium dreimal damit beschäftigen werde. Die erste Reformstufe sehe vor, dass man nur solche Beschlüsse in die Finanzordnung eingearbeitet habe, – darauf beziehe sich das den Gremienmitgliedern vorliegende Dokument – die der Verwaltungsrat bereits gefasst habe. Dabei handele es sich erstens um einen Beschluss aus dem Dezember 2022 und zweitens um einen Beschluss aus dem März 2023. Im Dezember 2022 sei der Verwaltungsrat einem Vorschlag des rbb gefolgt, in Zukunft die Anwendung von § 18 Absatz 3 Ziffer 8 rbb-Staatsvertrag auszudehnen auf sachlich und zeitlich zusammen-



hängende Rechtsgeschäfte. Seitdem seien Rechtsgeschäfte auch dann durch den Verwaltungsrat zustimmungspflichtig, wenn die Addition dieser Gegenstandswerte den Schwellenwert von 200.000 Euro erreiche. Hintergrund dabei sei, dass man auf diese Weise vorbeugen wolle, dass man einzelne Rechtsgeschäfte sehr klein stückle, damit man mit ihnen nicht Schwellenwert von 200 T Euro überschreite.

Im März 2023 habe der Verwaltungsrat, ebenfalls auf Initiative des rbb, entschieden, dass die in § 18 Abs. 1 lit b unterstellte Zustimmungsfiktion entfalle. Das bedeute, dass alle Ausgaben rund um den Programmaufwand, beispielsweise der Marketingaufwand für Programmangebote, künftig auch separat vom Verwaltungsrat zu genehmigen seien und nicht als genehmigt gelten.

Zur Motivation, die Finanzordnung jetzt zu ändern, erklärt **Frau Küchler-Stahn**, dass aktuell die Lektüre der Finanzordnung stets ein zusätzliches (additives) Lesen der beiden genannten Beschlüsse des Verwaltungsrats beinhalte. Dieses Verfahren sei schwierig für Menschen im rbb, die nicht täglich mit Verwaltungsratsvorlage befasst seien. Ihr Wunsch sei, im rbb auf eine Finanzordnung zurückgreifen zu können, die alle Inhalte und alle Beschlusslagen widerspiegele.

Im zweiten Schritt habe man einige Änderungen in die Finanzordnung eingefügt, die sich aus dem rbb-Staatsvertrag ergeben. Sie habe mit Beginn ihrer Tätigkeit festgestellt, dass sie selbst in der Finanzordnung auch eigene Akzente setzen wolle, insbesondere bei Fragen von Deckungsfähigkeiten oder Fragen von unterjährigen Steuerungen des Wirtschaftsplanes. Um schnell den Status herzustellen, dass sich in der Finanzordnung die geltende Beschlusslage abbilde, bitte sie heute im ersten Schritt den Rundfunkrat um die Zustimmung für die genannten Änderungen. Die Finanzordnung in dieser, bereits vom Verwaltungsrat abgenommenen, Form liege dem Gremium vor.

Sie werde sich bezüglich der Finanzordnung noch zweimal an den Rundfunkrat wenden: 1. um eigene Akzente zu setzen und den rbb-Staatsvertrag dort zu verankern, 2. (und das sei dann die dritte, wenn auch indirekte Befassung in dieser Sache für den Rundfunkrat) wenn die Regelungen des Staatsvertrages n. F. auch für die Gremien gelten (ab Neukonstituierung des Rundfunkrates Anfang 2025 und der Neukonstituierung des Verwaltungsrates 2026). Dann müsse man die Finanzordnung erneut anpassen.

Herr Bürgel dankt Frau Küchler-Stahn. Da der Verwaltungsrat laut rbb-Staatsvertrag die Finanzordnung erlasse, gibt er Herrn Ehlers die Möglichkeit, die Beratungen hierzu einzuordnen,

Herr Ehlers erläutert, man sei auf einem Weg und bestätigt, dass der Rundfunkrat noch zwei weitere Male in der Sache Finanzordnung um Zustimmung gebeten werde. Dem Verwaltungsrat sei wichtig mittzuteilen, dass man hinsichtlich des Instruments der Zustimmungsfiktion im Gremium weiteren Diskussionsbedarf in Bezug auf dessen Sinnhaftigkeit in der Zukunft sehe. Noch gebe es keine ausformulierten Ideen dazu, es stehe aber weiter auf der Agenda. Er werde mit Frau Küchler-Stahn mit weiteren Vorlagen zu diesem Thema im Rundfunkrat



vorstellig werden, um dem Wunsch von Frau Küchler-Stahn – eine einzige Finanzordnung – möglichst bald zu entsprechen. Der Verwaltungsrat bitte um die Zustimmung der vorliegenden vorläufigen Finanzordnung.

Herr Bürgel bedankt sich bei Herrn Ehlers und eröffnet den Austausch.

Frau Auster fragt, warum die Programmleistung – anders als bei anderen Landesrundfunkanstalten – nicht im rbb- Staatsvertrag verankert gewesen sei.

Frau Dr. Skiba erklärt, die Sachlage sei kompliziert. Bisher sei nicht geregelt gewesen, dass es wie in anderen Häusern für Programmleistungen eine Zustimmungsverpflichtung im Rundfunkrat gebe, im neuen rbb-StV sei es nun anders geregelt. In Zukunft werde dies in §21 Abs. 3, Ziffer 4 geregelt. Hier gehe es um angebotsbezogene Verträge mit privaten Dritten mit einem Wert über 1 Mio. €. Diese müssten nun vorab zur Zustimmung in den Rundfunkrat kommen.

Herr Bürgel bittet abzustimmen. Er fragt, wer gemäß § 13 Absatz 3 Ziffer 1 rbb-Staatsvertrag a.F. der vom Verwaltungsrat geänderten Finanzordnung in der vorliegenden Fassung zustimmen könne.

Dem Beschlussvorschlag wird mit 16 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

Herr Bürgel bedankt sich und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 9 Besetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des Rundfunkrates und der rbb-Satzung (Oliver Bürgel) (17:28 Uhr)

Herr Bürgel eröffnet den Tagesordnungspunkt und informiert über die Vorlage, in der die Notwendigkeit einer Überarbeitung der rbb-Satzung und der Geschäftsordnung des Rundfunkrates begründet wurde. Die Regelwerke seien aufgrund der veralteten Gesetzesverweise nicht mehr aktuell. Zudem halte der neue rbb-Staatsvertrag neue Aufgaben und Pflichten für die Gremien bereit.

Auch die Vorbereitung des Beschlusses der rbb-Compliance-Richtlinie – mit Unterstützung aus dem Verwaltungsrat – solle in diesem Ausschuss erfolgen. Die darin enthaltenen Compliance-Regelungen greifen auch neue Anforderungen des Staatsvertrags auf. Davon profitiere auch der nächste Rundfunkrat. Ziel sei, viele Änderungsvorschläge auch im Umlaufverfahren zu regeln, sodass alle drei Regelwerke noch in dieser Amtszeit beschlossen werden können.

Folgende Mitglieder hätten sich für die Besetzung dieses nichtständigen Ausschusses zur Wahl aufstellen lassen: Regine Auster, Frank Becker, Oliver Bürgel, Antje Kapek, Dr. Moshe Abraham Offenberg und Denny Tumlirsch.

Herr Bürgel fragt, ob es weitere interessierte Mitglieder gebe.



Herr Geywitz bekundet sein Interesse. Er könne seine Erfahrungen aus dem nichtständigen Ausschuss zu Erarbeitung eines Verfahrensvorschlags zur Intendant:innenwahl einbringen.

Herr Bürgel bedankt sich und schlägt vor, im nächsten Schritt zur Beschlussfassung über die Bildung des Ausschusses zu kommen. Für den Beschluss sei eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen, also mindestens zehn, notwendig. Mit 18 Stimmen wird der Beschluss zur Bildung eines Ausschusses einstimmig gefasst.

Herr Bürgel klärt mit Hinweis auf die rbb-Satzung, die Geschäftsordnung des Rundfunkrates sowie das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Anteil staatlicher und staatsnaher Mitglieder in Aufsichtsgremien über die Formalitäten zur Wahl der Ausschussmitglieder auf.

Als beratende Mitglieder im Ausschuss sei Frau Bednarek vom Personalrat entsandt worden. Zudem hätten die Justitiarin Frau Dr. Skiba sowie der Verwaltungsrat mit einem noch zu entsendenden Mitglied ihre Unterstützung angeboten.

Die Wahl erfolge mit der Mehrheit der Stimmen der ordnungsgemäß entsandten Mitglieder, also mindestens 16 Stimmen. Erstrebenswert seien mindestens 4 Mitglieder im Ausschuss, um den beratenden drei Mitgliedern zahlenmäßig "überlegen" zu sein.

Herr Benn fragt im Hinblick auf die Formalität zur gleichen Vertretung von Frauen und Männern in Ausschüssen nach der Bestandskraft der aktuellen Liste an Kandidat:innen. Frauen seien deutlich in der Unterzahl.

Herr Bürgel klärt darüber auf, dass es sich in der Satzung um eine Soll-Regelung handelt.

Frau Dr. Rabe meldet sich zudem zur Wahl.

Herr Bürgel bedankt sich bei Frau Dr. Rabe und leitet die Wahl ein. Es kommt zur offenen Wahl per Handzeichen. In den Ausschuss werden gewählt:

- Regine Auster mit 18 Stimmen,
- Frank Becker mit 18 Stimmen,
- Oliver Bürgel mit 17 Stimmen und einer Enthaltung,
- o Harald Geywitz mit 17 Stimmen und einer Enthaltung,
- o Antje Kapek mit 18 Stimmen,
- o Dr. Moshe Abraham Offenberg mit 18 Stimmen,
- o Denny Tumlirsch mit 18 Stimmen,
- o Dr. Christine Rabe mit 18 Stimmen.

Herr Bürgel fasst zusammen, dass alle aufgestellten Mitglieder im ersten Wahlgang in den Ausschuss gewählt worden seien und bedankt sich.

Im nächsten Schritt werde der nichtständige Ausschuss zu einer konstituierenden Sitzung zusammenkommen, einen Vorsitz wählen und seine Arbeit aufnehmen.

Er schlieβt den Tagesordnungspunkt.



TOP 10 Programmbeschwerde zum Beitrag in Kontraste vom 22. Februar 2024 "'Falsche Väter' hebeln Einwanderungsrecht aus" (Dr. Moshe Abraham Offenberg) (18:43 Uhr)

Herr Bürgel eröffnet TOP 10. Für die Programmbeschwerde zum Beitrag in Kontraste am 22. Februar 2024 "'Falsche Väter' hebeln Einwanderungsrecht aus" bittet er den Vorsitzenden des Programmausschusses, Herrn Dr. Offenberg, zu Wort, um den Sachstand und die Beschlussempfehlung des Ausschusses darzulegen.

Herr Dr. Offenberg führt aus, der Programmausschuss habe sich in seiner Sitzung am 30. Mai intensiv mit der Programmbeschwerde beschäftigt. Zum Hintergrund erläutert er, nach deutschem Recht könne man die Vaterschaft eines Kindes anerkennen, auch, wenn man nicht der leibliche Vater sei oder mit der Mutter nicht zusammenlebt. Diese Regelung diene in der deutschen Gesetzschreibung dem Wohl des Kindes. Wenn der Mann, der die Vaterschaft anerkennt, deutsch sei, hätten auch die anerkannten Kinder, deren Mütter und weitere Angehörige ein Bleiberecht in Deutschland.

Im Fokus des Berichts habe die Geschichte eines Mannes aus Dortmund gestanden, der für über 20 Kinder von unterschiedlichen Frauen aus Afrika die Vaterschaft anerkannt hatte.

Kontraste sei dem Verdacht von Behördenseite nachgegangen, dass es auf diese Weise zu gehäuften "Scheinvaterschaften" gekommen war und sich somit Menschen ein Bleiberecht und Sozialleistungen sicherten, die darauf keinen Anspruch haben. Zu dieser Thematik und der systematischen Erlangung von Aufenthaltsgenehmigungen durch vietnamesische Menschen hatte "Kontraste" im Jahr 2017 schon einmal berichtet.

Der Beschwerdeführer, der beruflich Notar und Rechtsanwalt sei, habe dem rbb vorgeworfen, die Diskriminierung von Eltern ohne deutsche Staatsbürgerschaft und deren Kindern vertieft zu haben sowie die Belange von Menschen mit Migrationsgeschichte geschädigt zu haben – durch die Darstellung im Bericht. Damit habe der rbb gegen Programmgrundsätze aus § 3 Abs. 4 rbb-Staatsvertrag und § 3 Abs. 1 rbb-Staatsvertrag verstoßen. In diesen Absätzen gehe es um den Auftrag des rbb, Diskriminierung entgegenzuwirken sowie zur öffentlichen und freien Meinungsbildung beizutragen.

Im Ausschuss hätten dazu der Chefredakteur Dr. Biesinger und der Redaktionsleiter von Kontraste, Herr Heil, erklärt: Menschen in der Bundesrepublik mit Migrationsgeschichte zu diskriminieren, sei weder die Absicht gewesen, noch glaube man, dies getan zu haben. Der Überlegung, dass ein solcher Bericht rassistische Vorurteile befeuere, habe sich die Redaktion durchaus gestellt. Sie sehe sich jedoch in der journalistischen Verantwortung "zu zeigen, was ist".

Weiterhin sage die Redaktion dazu: Der aufgedeckte Missbrauch würde Rechtspopulisten entgegen dem Vorwurf *eher* in die Hände spielen, wenn man ihn verschweige. Die Redaktion habe versucht, in seriöser Form davon zu berichten und dabei die Persönlichkeitsrechte zu wahren. Zudem sei es die Pflicht von "Kontraste", auch über mutmaßliche Fälle von Sozialbetrug zu berichten. Es gehe in dem Beitrag nicht um den Migrationshintergrund. Es gehe um



kriminelles Verhalten und darum, Unrecht aufzudecken, völlig unabhängig davon, wer davon betroffen sei.

Zur Diskussion im Ausschuss berichtet Herr Dr. Offenberg, im Programmausschuss sei von einigen Mitgliedern ein Mangel an Differenziertheit und Ausgewogenheit beanstandet worden. Eine Tendenz zu Verallgemeinerung sei kritisiert worden. Eine juristische Einordnung habe gefehlt. Der Beitrag sei sehr zugespitzt auf den schrillen Auftritt des 24-fachen Vaters, der sich selbst als "Mr. Cashmoney" vorstellt, gewesen.

In der Anmoderation habe man für problematisch gehalten, dass es dort geheißen habe, dass die Regelung der Vaterschaftsanerkennung "tausendfach ausgenutzt" werde – ohne Quelle und Nennung eines Zeitraums. Der Beschwerdeführer habe sich auch über die unsubstantierte Erwähnung von "zehntausenden Fällen" beschwert. Die "zehntausend Fälle" seien allerdings nicht in dem Filmbeitrag, sondern im Text *zum* Beitrag auf rbb24.de genannt worden.

Andere Stimmen im Ausschuss hätten wiederum die Auffassung vertreten, der Beitrag sei nicht diskriminierend, man müsse über derartige Missstände berichten. Eine Programmbeschwerde müsse sich daran messen, ob der Beitrag grundsätzlich seinen gesetzlichen Auftrag erfülle und das sei hier der Fall.

Der Programmausschuss habe wie folgt abgestimmt: Mit drei Stimmen für ein Stattgeben, vier Stimmen und einer Enthaltung. Somit habe sich der Programmausschuss für eine Ablehnung der Programmbeschwerde ausgesprochen.

Herr Bürgel bedankt sich für die schwierige Darstellung der Programmbeschwerde. Diese sei kontrovers und intensiv bearbeitet worden, das Votum sei entsprechend knapp. Er öffnet den Raum für Fragen und Anmerkungen. Es gibt keine Fragen.

Es kommt zur Abstimmung. Elf Personen stimmen dem Votum des Programmausschusses zu, drei stimmen dagegen. Es gibt eine Enthaltung. Die Programmbeschwerde wird abgelehnt.

Herr Benn erkundigt sich, wie dem Beschwerdeführer die Antwort zukomme.

Herr Bürgel entgegnet, der Beschwerdeführer erhalte einen offiziellen Brief, der auch die Diskussion in Teilen abbilde.

Herr Dr. Offenberg bekräftigt, dass die Diskussion unbedingt mit dargestellt werden müsse.

Frau Riedel gibt zu bedenken, dass jemand diese Diskussion arbeitsintensiv niederschreiben müsse.

Frau Dr. Skiba erläutert, das Verfahren sei im rbb-Staatsvertrag so festgelegt, dass der Petent über das Ergebnis der Beratungen sowie die "tragenden Erwägungen" in Kenntnis gesetzt werden solle.

Herr Bürgel beendet den Tagesordnungspunkt.

TOP 11 Stellungnahme des Rundfunkrates zum Public Corporate Governance Kodex der ARD (PCGK) (Elisabeth Herzog-von der Heide)



(18:59 Uhr)

Herr Bürgel eröffnet TOP 11 Stellungnahme des Rundfunkrates zum Public Corporate Governance Kodex der ARD (PCGK) und übergibt das Wort an die stellvertretende Rundfunkratsvorsitzende, Frau Herzog-von der Heide.

Frau Herzog-von der Heide umreißt kurz den Erarbeitungsprozess des Kodex im Lenkungsausschuss. Derzeit befinde man sich in der sogenannten Konsultationsphase. Dies bedeute, dass die Gremien in den jeweiligen ARD-Anstalten die Möglichkeit hätten, zum Entwurf Stellung zu beziehen. Dem rbb-Rundfunkrat sei hierfür eine Frist eingeräumt worden. Die Meinungen aus dem Gremium seien in der vorliegenden Stellungnahme zusammengefasst worden, die für eine Beschlussfassung vorliege. Insgesamt seien zehn Regelungen kommentiert worden.

Sie fragt nach dem Diskussionsbedürfnis des Gremiums zu diesen Kommentierungen.

Herr Bürgel eröffnet die Redner:innenliste. Es gibt keine Meldungen.

Herr Bürgel bittet um Abstimmung, die Stellungnahme dem Lenkungsausschuss in dieser Form zukommen zu lassen. Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Herr Bürgel bedankt sich bei Frau Herzog-von der Heide und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 12 Berichte aus den Ausschüssen und Vertretungen (19:02 Uhr)

Herr Bürgel eröffnet TOP 12 Berichte aus den Ausschüssen und Vertretungen.

Er erinnert daran, dass der Rundfunkrat besprochen hatte, einen Großteil der Berichte vorab schriftlich zu erhalten, um dann die Möglichkeit für Nachfragen wahrzunehmen.

TOP 12.1. Bericht aus dem Programmausschuss (Dr. Moshe Abraham Offenberg) (19:02 Uhr)

Herr Bürgel übergibt das Wort an Herrn Dr. Offenberg.

Herr Dr. Offenberg führt aus, bei der letzten Programmausschusssitzung am 30. Mai 2024 habe Frau Zöllner die aktuellen Programminformationen in Ihrer Funktion als Programmdirektorin zum letzten Mal übermittelt. Der Ausschuss habe sich bei ihr herzlich für ihr Schaffen bedankt. Zudem habe man unter TOP 3 ein neues Format etabliert: "die offene Viertelstunde zum aktuellen rbb-Programm". Es handele sich über einen informellen lockeren Austausch über das rbb-Programm. Es habe einen lebendigen Austausch gegeben, u. a. auch mit Frau Zöllner.



Unter TOP 5 habe sich der Programmausschuss mit seiner Außendarstellung befasst. Dafür habe man zunächst über den Netzauftritt gesprochen. Zuletzt habe sich der Ausschuss darauf geeinigt, der Gremiengeschäftsstelle einen Prüf- und Umsetzungsauftrag zu erteilen.

Dabei sollten folgende Punkte untersucht werden: der Auftrag des Programmausschusses, die grafische Darstellung für das Verfahren einer Programmbeschwerde, die Veröffentlichung der Tagesordnung sowie die Vorstellung der Mitglieder mit Bild und Statement zur Motivation ihrer Programmausschussarbeit. Eine zeitnahe Umsetzung sei beabsichtigt.

Unter TOP 7 habe der Programmausschuss dem neu erstellten Arbeitsplan zugestimmt. Dieser beinhalte die Themen, mit denen sich der Ausschuss bis Ende des Jahres in seinen Programmbeobachtungen beschäftigen wird. In der Sitzung im Juli wolle man sich mit dem Thema "Junge Zielgruppen" auseinandersetzen, im September stünden Dialogformate auf dem Plan und im November die programmliche Entwicklung von "Der Tag". Vor jeder Sitzung solle ein Redaktionsbesuch stattfinden, der für den gesamten Rundfunkrat offen sei. Am 16. Juli besuche das Gremium die Redaktionen von FUNK und Fritz.

Zudem habe der Ausschuss den Sender radio3 beobachtet und mit den Verantwortlichen, Herrn Skuppin und Frau Hackenberg, diskutiert. Die Erläuterungen seien sehr informativ gewesen. Insgesamt sei der Austausch aufschlussreich, kontrovers und begeisternd gewesen. Hörer:innenzahlen seien leider nicht zur Verfügung gestellt worden, da die Daten für Audionutzung nur zweimal pro Jahr erhoben werden. Man habe sich daher auf eine Wiedervorlage der Nutzungsdaten geeinigt, wenn erste valide Zahlen aus der Medienforschung vorliegen.

Unter TOP 9 habe Frau Riedel von den Sitzungen des ARD-Programmbeirates im April und Mai berichtet. Zu guter Letzt sei unter TOP 10 Verschiedenes noch die Teilnahme an dem Film- und Serienfestival Televisionale vom 25.-29. November in Baden-Baden erläutert worden. Es handele sich um ein GVK-Fortbildungsangebot zur Beurteilung fiktionaler Stoffe unter Einbeziehung der Kriterien aus der Qualitätsrichtlinie.

Herr Bürgel bedankt sich für den Bericht und eröffnet die Fragerunde.

Herr Feuerschütz ergänzt, dass die Diskussion zu radio3 hätte überschrieben werden können mit "Jedem Ende wohnt ein Anfang inne". Der Programmausschuss habe noch einmal sehr deutlich wahrgenommen, dass die Hörer:innen von rbbKultur weggelaufen oder "weggestorben" seien. Der Neustart sei daher notwendig gewesen. Dies unterstütze der Programmausschuss unbedingt. Das heiße jedoch nicht, dass das Gremium den Prozess nicht kritisch begleite.

Der Programmausschuss habe sehr kritische Fragen gestellt. Auch Herr Feuerschütz habe die meisten Nachrichten zu radio3 bekommen. Das Gremium habe daher die Redaktion ermuntert, das "Holpern und Stolpern" konstruktiv zu nutzen und weiter zu überlegen, wie die Menschen vom Analogen ins Digitale mitgenommen werden können.

Herr Bürgel schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 12.2. Telemedienausschuss der GVK (*Prof. Martin Hagemann*) (19:11 Uhr)



Herr Bürgel ruft TOP 12.2. AUF und bedankt sich bei Prof. Hagemann für den schriftlichen Bericht zum Telemedienausschuss der GVK. Der Bericht ist diesem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.

Es gibt keine Rückfragen.

Herr Prof. Hagemann ergänzt, ihm sei aufgefallen, dass der Ausschuss sehr überlastet sei. Die behandelten Fragen übernähmen Überhand. Der Ausschuss beschäftige sich mit der Zukunft der Mediatheken. Es fehle seiner Meinung nach die Rückbindung in den Sender. Daher bedürfe es eines eigenen rbb-Telemedienausschusses oder einer Arbeitsgruppe, um die Themen zu spiegeln. Es gehe viel um Zentralisierung und Weichenstellung der neuen ARD. Programmliche Fragen würden durch technische Fragen ersetzt. Die Informationspolitik empfinde er als undurchsichtig. Dort würden Strukturen gebaut. Im Herbst werde sich damit weiter beschäftigt.

Herr Bürgel bedankt sich. Er wolle das als Hausaufgabe für den nächsten Rundfunkrat mitnehmen. Er schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 12.3. ARD-Programmbeirat (*Katharina Riedel*) (19:15 Uhr)

Herr Bürgel eröffnet den Tagesordnungspunkt 12.3. und bedankt sich bei Frau Riedel für den schriftlichen Bericht zum ARD-Programmbeirat. Der Bericht ist diesem Protokoll als Anlage 5 beigefügt.

Frau Riedel fasst zusammen, der Programmbeirat beschäftige sich viel mit der Programmierung von Serien, dem kulturellen Auftrag und Mainstream.

Es gibt keine Rückfragen aus dem Gremium.

TOP 12.4. arte-Deutschland-Programmbeirat (Katja Karger) (19:17 Uhr)

Herr Bürgel eröffnet TOP 12.4. und verweist auf den schriftlichen Bericht von Frau Karger zum arte-Deutschland-Programmbeirat. Der Bericht ist diesem Protokoll als Anlage 6 beigefügt.

Herr Bürgel kündigt an, dass in der Rundfunkratssitzung im September ein neues Rundfunkratsmitglied für den Arte-Deutschland-Programmbeirat benennen müsse. Die Amtszeit des aktuellen Beirats ende zum 1. November 2024. Die nächste Amtszeit werde bis zum 31. Oktober 2027 laufen. Frau Karger habe bereits mitgeteilt, dass Sie für dieses Amt nicht mehr zur Verfügung stehe. Bereits jetzt könne sich im Rundfunkrat über eine mögliche Teilnahme Gedanken gemacht werden.

Herr Bürgel fragt nach Rückfragen zum Bericht.



Frau Richstein fragt nach den Laufzeiten der Gremien und ob die Benennung mit der Amtszeit des aktuellen Rundfunkrates ende.

Herr Bürgel bestätigt dies. Er weist darauf hin, dass es vielleicht für Kolleg:innen interessant sei, die sich gegebenenfalls erneut von ihrer Organisation entsenden lassen können.

Er beendet den Tagesordnungspunkt.

TOP 12.5. arte- G.E.I.E. Programmbeirat (Andrea Kühnemann) (19:19 Uhr)

Herr Bürgel eröffnet TOP 12.5. Für den arte-G.E.I.E. Programmbeirat habe Frau Kühnemann vorab Unterlagen zur Verfügung gestellt. Diese werden dem Protokoll als Anlage 7 beigefügt.

Auch hier ende die Amtszeit Ende 2024 und ein Rundfunkratsmitglied müsse erneut benannt werden. Frau Kühnemann habe sich jedoch bereit erklärt, sich für das Amt noch einmal zur Verfügung zu stellen. Dieses Thema sei im Herbst auf der Tagesordnung wiederzufinden.

Es gibt keine Rückfragen zu den Unterlagen. Herr Bürgel beendet den Tagesordnungspunkt.

TOP 12.6. Personalrat (Martina Schrey, Dagmar Bednarek) (19:20 Uhr)

Herr Bürgel eröffnet TOP 12.6. und begrüßt noch einmal explizit die Personalratsvorsitzende Frau Schrey und ihre Stellvertreterin Frau Bednarek in diesem Gremium.

Frau Schrey bedankt sich. Sie sei dem Rundfunkrat schon oft per Stream gefolgt, da sie sieben Jahre lang Sprecherin des Redaktionsausschusses gewesen sei und mit der Krise durchaus vertraut. Sie stellt sich und ihren journalistischen Hintergrund noch einmal kurz vor. Sie habe für den mdr und die ARD gearbeitet, jedoch auch für den SFB und kenne daher noch die Zeiten, deren Folgen heute neben der Ära Schlesinger abgetragen werden müssen.

Im Hinblick auf den veröffentlichten Untersuchungsbericht sei der Personalrat der Meinung, dass dies dringend aufgearbeitet werden müsse. Man könne nicht einfach nach vorne schauen. Im Bericht werde auch der Personalrat erwähnt. Demnach seien die 30 bewilligten Stellen für den ARD-Vorsitz ein Problem gewesen, an deren Bewilligung wiederum der Personalrat beteiligt gewesen. Bis auf eine bereits bestehende Stelle sei der Personalrat an den neuen Stellen nicht beteiligt gewesen, da es nicht in seinem Mitbestimmungsrecht gelegen habe. Dies wolle sie klarstellen.

Das Thema Führungskräftefeedback sei im Führungskreis nicht auf Begeisterung gestoßen, wobei die Ergebnisse nur engem Kreis zur Verfügung stünden. Der Personalrat empfinde Feedback als Geschenk. Man könne daher besser damit umgehen und aufarbeiten, was schiefgelaufen sei, um das "Ihr da oben, wir da unten" auflösen zu können.



Der Personalrat habe zudem die Zusammenlegung der Direktionen Verwaltung, Produktion und Betrieb kritisch kommentiert. Man hätte sich gewünscht, dass mehr darauf geachtet werde, was zu wem passe und ob bestimmte Teile vielleicht auch direkt zur Programmdirektion hätten gehen können. Diese Diskussion werde geführt. Kritisch begleitet werde auch, wie die Besetzung der Leitung der Landesangebote vorgenommen werde. Dies sei auch staatsvertraglich festgelegt worden. Man frage sich jedoch, wozu eine zusätzliche Hierarchie gut sein solle.

Generell müsse der Personalrat auch seine Hausaufgabe machen – erstmals bestehe der Personalrat auch aus freien Mitarbeitenden. Hier holpere es noch.

Frau Bednarek habe im Rundfunkrat schon als Freienvertreterin gesessen und bestätigt, die gemeinsame Arbeit "ruckele" noch. Sie führt aus, dass die beiden freien Mitarbeitenden im Personalratsvorstand keine Türschilder mit ihren Namen bekommen dürfen. Dies sei symptomatisch für die Ungleichbehandlung von Festen und Freien. Im siebzehnköpfigen Gremium gebe es sechs freie Kolleg:innen. Bereits Wochen vor der Konstituierung habe man in einer gemeinsamen AG mit rbb-Vertretungen und Interessenvertretungen eine Regelungsabrede vereinbart. Darin werde unter Anderem geregelt, wie die freien Personalräte für ihren Einsatz honoriert werden. Der rbb habe die Regelungsabrede jedoch zurückgezogen. Bislang sei noch kein einziges Honorar für die freien Personalräte geflossen. Dies sei insbesondere für die Freigestellten, die zu 100 % für den Personalrat arbeiten, problematisch und ein Eingriff in die Arbeit des Personalrats.

Der Personalrat hoffe auf baldige Klärung, auch in Bezug auf den Beendigungsschutz. Hier werde auf entsprechende Berechnungen nach Vereinbarung gewartet. Bislang gebe es keine Planungssicherheit in den Redaktionen. Hier wolle man die Personalabteilung nach allen Kräften unterstützen, es müsse nur schnell vorangehen.

Frau Schrey ergänzt, der Personalrat sei im Rundfunkrat zwar nicht stimmberechtigt, aber als Stimme der Beschäftigten anwesend. Sie wolle dem Rundfunkrat ans Herz legen, über den Personalrat zu erfahren, was die Mitarbeitenden umtreibt – nicht nur am Ende einer Sitzung.

Herr Bürgel bedankt sich für den Bericht und den Einblick in die Umbrüche. Er bekräftigt, alle Rundfunkräte hätten die Möglichkeit, ins Haus zu gehen, um Einblicke zu bekommen. Er eröffnet die Fragerunde.

Frau Kapek wolle nicht so stehen lassen, dass die Entschädigungszahlungen noch nicht fließen und fragt, wann es dafür Lösungen gebe. Zudem sei für sie seit der Krise klar geworden, dass sie sich als Berlinerin mehr in Brandenburg anschauen wolle. Sie wünsche sich, die Produktionsorte in Potsdam anzugucken.

Herr Bürgel bestärkt noch einmal die Einladung, Redaktionen zu besuchen. Er fragt die Geschäftsleitung, wann im Hinblick auf die Entschädigungszahlungen mit einer Lösung zu rechnen sei.

Frau Küchler-Stahn führt auf, nach ihrem Verständnis warte man auf die Bestätigungen der Freistellungen. Dies sei Voraussetzung dafür, dass die Honorarzahlungen fließen können. Weiteres wolle man intern klären.



Herr Bürgel schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 13 Verschiedenes (19:32 Uhr)

Herr Bürgel eröffnet den letzten Tagesordnungspunkt: Verschiedenes.

Frau Katrin Günther geht noch einmal kurz auf die Kritik zu radio3 ein. Sie wolle nicht stehen lassen, dass der Sender nicht über die Fete de la Musique und das Jazzfestival berichtet habe. Sie habe in der Pause mit Herrn Goiny besprochen, wo die Inhalte aufzufinden seien, habe jedoch auch gelernt, dass diese für Nutzer:innen nicht einfach im Netz zu finden sein.

Herr Goiny bestätigt, man habe verabredet, da weiter im Gespräch bleiben zu wollen.

Herr Bürgel nutzt die Gelegenheit, sich ausdrücklich bei Herrn Owsinski für seine Arbeit als Produktions- und Betriebsdirektor zu bedanken und verabschiedet ihn.

Er schließt den Tagesordnungspunkt.

Herr Bürgel bedankt sich für die Sitzung und schließt diese um 19:34 Uhr.

Oliver Bürgel V Vorsitzender des Rundfunkrates gez. Judith Günther, Silke Schütze

Protokoll

Anlagen

Anlage 1 zu TOP 3	Bericht des Rundtunkratsvorsitzenden
Anlage 2 zu TOP 4	Bericht der Intendantin
Anlage 3 zu TOP 7	Bericht des Verwaltungsratsvorsitzenden
Anlage 4 zu TOP 12.2.	Bericht aus dem Telemedienausschuss der GVK
Anlage 5 zu TOP 12.3.	Bericht aus dem ARD-Programmbeirat
Anlage 6 zu TOP 12.4.	Bericht aus dem arte-Deutschland-Programmbeirat
Anlage 7 zu TOP 12.5.	Bericht aus dem arte-G.E.I.EProgrammbeirat



Anlage 1 zu TOP 3 Bericht des Rundfunkratsvorsitzenden (Oliver Bürgel)

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine beschlussreiche Sitzung, die die abwechslungsreichen Aufgaben eines Rundfunkrats im besten Sinne abbildet, liegt vor uns.

Bevor wir in den Austausch gehen, lassen Sie mich eine kurze Einordnung der Geschehnisse der letzten Wochen um uns herum vornehmen.

Wie Sie mitbekommen haben, hat die **Rundfunkkommission** der Länder vergangenen Mittwoch und diesen Montag getagt. Beratungsgegenstände sind aktuell der 7. Medienänderungsstaatsvertrag und der ARD-Staatsvertrag. Unter anderem haben sich die Bundesländer im Zuge dessen für weniger Radio- und TV-Spartensender ausgesprochen. Über den Sommer sollen die jeweils ersten Fassungen der Staatsverträge konsultiert werden. Ob und wann sich die 16 Länder einigen werden, bleibt abzuwarten. Wir werden uns unter TOP 6 weiter dazu austauschen und auch Herrn de Weck vom Zukunftsrat dazu befragen.

Wie Sie auch erfahren haben, wurde der Abschlussbericht des **Untersuchungsausschusses** des Landtags Brandenburg veröffentlicht. Die im über 1000-seitigen Bericht enthaltenenen Untersuchungsergebnisse unterstreichen noch einmal die Erkenntnis der letzten Jahre und Monate: Dass beim rbb unter der Führung der Intendantin Schlesinger erhebliche Missstände und Unregelmäßigkeiten herrschten.

Gegenstand des Untersuchungsausschusses war die Ausübung der Rechtsaufsicht durch die brandenburgische Landesregierung über den rbb. Der Bericht und die ihm anhängenden Sondervoten der Oppositionsparteien ist daher nicht zuletzt auch ein politisches bzw. ein parteipolitisches Dokument. Nichtsdestotrotz handelt es sich um einen wertvollen Beitrag zur Aufklärung des Sachverhalts. Viele der bemängelten Punkte haben der rbb und seine Gremien bereits gelöst. So wurde u. a. der Verwaltungsrat neu besetzt, das kritisierte Bonussystem abgeschafft und das Intendant:innenprinzip begrenzt.

Dass der rbb auch die im Bericht geforderten Reformen im Hinblick auf Governance, Kontrollsysteme sowie die Stärkung von Transparenz und Compliance angepackt hat, spiegeln auch die Themen unserer heutigen Sitzung wider.

So wollen wir u. a. eine Stellunnahme des Rundfunkrats zum Public Corporate Governance Kodex der ARD beschließen und einen Ausschuss bilden und besetzen, der sich für den Rundfunkrat nicht nur mit der rbb-Satzung und Geschäftsordnung des Rundfunkrates, sondern auch mit der Implementierung der Compliance-Richtlinie befasst.

Werfen wir einen kurzen Blick auf unsere Ausschüsse.



Am 5. Juli kommt der nichtständige Ausschuss, der an der Erarbeitung eines Verfahrensvorschlags zur Intendant:innenwahl arbeitet, kurz **I-Wahl-Ausschuss**, zu einer halbtägigen Klausur zusammen, um nach drei sehr kurzen, aber konstruktiven Sitzungen einen finalen Vorschlag zu erarbeiten.

Dabei berücksichtigt er die Erfahrungen der letzten Intendantinnen-Wahl, bezieht die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen ein, und gleicht sich mit den bestehenden Verfahren anderer Landesrundfunkhäuser ab. Geplant ist, das der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Geywitz, in unserer Septembersitzung den erarbeiteten Vorschlag vorstellt.

Unmittelbar vor unser heutigen Sitzung tagte wiederum der **Haushalts-und Finanzausschuss**. Dieser setzt sich derzeit mit dem Sachstand der Jahresabschlüsse 2021, 2022 und 2023 auseinander. Die Feststellung der Jahresabschlüsse 2021 und 2022 wird uns voraussichtlich in der Septembersitzung, 2023 in der Novembersitzung beschäftigen. Zudem befasst er sich mit der Zeitplanung für die Befassung der Gremien mit dem Wirtschaftsplan 2025.

Später werden wir noch mehr mit der Sitzung des Programmausschusses am 30. Mai beschäftigen. Aber dennoch bereits an dieser Stelle eine kurze Anmerkung: der Programmausschuss hat das Thema Außendarstellung genauer bearbeitet und beraten. Obwohl für das aktuelle Gremium noch keine Veröffentlichungspflicht gemäß rbb-Staatsvertrag besteht, hat sich der Ausschuss entschieden, künftig die Tagesordnung auf der Seite des rbb-Rundfunkrates zur Verfügung zu stellen. Zudem sollen die Ausschussmitglieder nicht nur namentlich, sondern auch bildlich aufgeführt werden. Weitere Maßnahmen werden noch mit der Gremiengeschäftsstelle beraten.

An dieser Stelle möchte ich die anderen Ausschüsse ermuntern, dem Vorbild des Programmauschusses zu folgen.

Dass der Rundfunkrat auch Transparenz nach innen leben möchte, habe ich bereits in meinem letzten Bericht thematisiert.

Wie angekündigt nahmen Herr Ehlers – als Verwaltungsratsvorsitzender – und ich am 18. April 2024 an der rbb-**Belegschaftsversammlung** teil. Dort erhielten wir die Möglichkeit, uns den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern persönlich vorzustellen, ihnen die jeweiligen Gremien näherzubringen, und auf Fragen aus der Belegschaft einzugehen.

Viele spannende Fragen waren bereits durch die Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Presse & Information vorab gesammelt worden.

Hier gab es eine breite Palette an Themen, bspw. die rbb-Krise und die Frage nach unserer Beurteilung der Maßnahmen zur Bewältigung aber auch die Frage, ob es eine Krise der Aufsichtsgremien gewesen sei, Fragen zur Zusammensetzung der Gremien und Interessenvertretung von Zielgruppen, Fragen zu inhaltlichen Themen, wie die journalistische Arbeit zum Thema Klima.

Auf diese Fragen sind wir nach bestem Wissen und Gewissen eingegangen. Letztlich waren der Austausch und das Interesse aus der Belegschaft vor Ort aber so groß, dass wir aufgrund



der knappen Zeit die Beantwortung einiger Fragen auch in schriftlicher Form verabreden mussten. Die Antworten haben wir über das Intranet des rbbs nachgereicht. Grundsätzlich ist das Feedback aus der Belegschaft zu diesem Gesprächsformat ausgesprochen positiv gewesen. Der Wunsch nach Wiederholung besteht beiderseits.

Ebenso sprachen wir in der letzten Sitzung über die geplante Fortbildung zu **KI** im Journalismus. Diese fand am 16. Mai, 17:30 Uhr, digital statt. Es kam zu einem regen Austausch mit dem rbb-KI-Team: Zum einen konnten wir uns die Möglichkeiten und Grenzen im journalistischen Einsatz von KI darstellen lassen. Zudem wurden wir informiert über KI-Arten, Anwendungsgebiete in Medienhäusern, die Hilfe von KI beim Faktenchecken und Aufdecken von Desinformation und Deepfakes, und Ethik-Leitlinien.

Wir sind so verblieben, dass wir mit dem KI-Team gerne weiter im Austausch bleiben – auch im Hinblick auf die Einbindung von KI im rbb. Gerne nehmen wir den Gesprächsfaden im Herbst wieder auf.

Wie Sie wissen, prüft der Landesrechnungshof Brandenburg als einen Teilbereich der seit Herbst 2022 andauernden gemeinsamen Prüfung mit dem Rechnungshof Berlin auch die Überwachungsorgane des rbb. Die Gremiengeschäftsstelle hat in diesem Zusammenhang in den letzten Monaten zahlreiche Fragen beantwortet und Unterlagen zugeliefert. Derzeit werden einzelne Sachverhalte und Prüfungsergebnisse mit den Kolleg:innen des Landesrechnungshofes in Abstimmung mit uns Gremienvorsitzenden und dem rbb erörtert. Mit dem ersten Teil einer entsprechenden Prüfungsmitteilung rechnen wir im Juli diesen Jahres.

Eine weitere Prüfungsmitteilung, die sich mit den eher operativen Überwachungsaufgaben beschäftigen wird, soll es in der zweiten Jahreshälfte geben. Sobald die ersten verbindlichen Prüfungsergebnisse vorliegen, werden wir Ihnen diese selbstverständlich umgehend zukommen lassen.

Aktuell ist die Gremiengeschäftstelle auch mit der Umsetzung der neuen Regelungen im rbb-Staatsvertrag befasst. Eine Auswirkung davon werden Sie im Laufe der kommenden Wochen mitbekommen: Da der neue Staatsvertrag jeweils ein Sekretariat für den Rundfunk- sowie für den Verwaltungsrat vorsieht, werden neue, getrennte E-Mail-Adressen aktiviert. Sie werden darüber von der neuen E-Mail-Adresse für den Rundfunkrat informiert.

Darüber hinaus beschäftigt sich die Gremiengeschäftsstelle bereits mit dem Entsendungsverfahren für den im März 2025 zu konstituierenden Rundfunkrat nach den Maßgaben des neuen rbb-Staatsvertrags. Für den kommenden Rundfunkrat wird ein weiteres Mitglied durch gesellschaftlich relevante Gruppen entsandt. Das Bewerbungsverfahren hierfür ist bereits gestartet und wird vom Abgeordnetenhaus Berlin verantwortet. Das Aufforderungschreiben für die anderen Entsendeorganisationen geht diesen im Frühherbst zu.

Da wir aktuell nur die Termine bis Ende 2024 festgelegt haben und unsere Amtszeit erst Ende Februar 2025 endet, möchte ich bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, dass **Anfang 2025 noch eine weitere Rundfunkratssitzung** geplant wird. Voraussichtlich findet diese innerhalb



der letzten beiden Februarwochen 2025 statt. Auf diese Weise können wir das Tagesgeschäft unseres Gremiums, wie bspw. Programmbeschwerden, zu Ende bringen und eine etwas leichtere Übergabe an den nächsten Rundfunkrat gewährleisten.

Die Gremiengeschäftsstelle wird Sie dazu nach Abstimmung mit den anderen Teilnehmer:innen an Rundfunkratssitzungen per E-Mail informieren.

Nun kommen wir aber zur aktuellen Sitzung.



138. Sitzung des Rundfunkrates am 27. Juni 2024

TOP 4 Bericht der Intendantin

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Bürgel, sehr geehrte Frau stellvertretende Vorsitzende, liebe Frau Herzog-von der Heide,

sehr geehrte, liebe Mitglieder des Rundfunkrates, ich melde mich digital aus dem Urlaub, weil es mir wichtig ist, Ihnen kurz zum Stand der Dinge im rbb Auskunft zu geben und in dieser Sitzung persönlich - wenn auch nur per Zuschaltung - im Anschluss an meinen Bericht für die Berufung von Nicole Küchler-Stahn zu meiner Stellvertreterin zu werben.

ARD-Sitzung

Vergangene Woche habe ich an der Sitzung der Intendantinnen und Intendanten Saarbrücken teilgenommen. Dort haben wir uns unter anderem zu den **Reformüberlegungen der Länder** ausgetauscht. Parallel dazu tagte am Mittwoch die Rundfunkkommission der Länder.

Im Zentrum der Diskussion in Saarbrücken stand der Entwurf für den sogenannten "Reformstaatsvertrag". Dieser Medienänderungsstaatsvertrag enthält auch Punkte aus den Mitte Januar vorgelegten Empfehlungen des Zukunftsrats. Diesen hatte die Rundfunkkommission im März 2023 beauftragt, langfristige Perspektiven für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu entwickeln. Die auf dieser Grundlage nun von den Rundfunkreferentinnen und

Rundfunkreferenten erarbeiteten Vorschläge zur Reform des öffentlichrechtlichen Rundfunks umfassen u. a. Novellierungen zum Medienstaatsvertrag, zum ARD-Staatsvertrag und zum Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag. Es ist zu erwarten, dass über den Sommer auf verschiedenen Ebenen weitere Gespräche dazu stattfinden. Ein Treffen der Rundfunkkommission mit uns Intendantinnen und Intendanten ist voraussichtlich für September angesetzt. Schon im Herbst ist die Vorlage des "Entwurfes eines Reformstaatsvertrages" bei den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder angekündigt.

Zu den **programmlichen Ergebnissen** der Sitzung: Die bisherigen Kooperationen im Hörfunk bei den Info- und Kulturwellen, den Schlagerwellen und beim Hörspiel werden künftig durch gemeinsame Sendungen für die Jungen Wellen, die Pop-Wellen und die Landessender ergänzt.

Für den rbb heißt das: Antenne Brandenburg wird – mit eigenen Nachrichten und regionalem Wetter – den live moderierten ARD-Hit-Abend mit mainstream-orientierter Musik vom mdr übernehmen: Immer von 20 bis 23 Uhr, mit Ausnahmen am Dienstag und Donnerstag wo wir nach unseren eigenen Hintergrundsendungen erst um 21 Uhr einsteigen.

Für die Landes- und Popwellen sowie die Jungen Wellen sind außerdem Gemeinschaftssendungen an bundesweiten Feiertagen sowie Content-Pools geplant. Auch daran beteiligen wir uns. Die ARD-Hitnacht, die bereits vom MDR produziert wird, sendet Antenne Brandenburg weiterhin. Dies gilt für rbb 88.8 auch für die vom SWR produzierte ARD Popnacht.

Fritz vom rbb ist beim gemeinschaftlich geplanten Podcast der Jungen Wellen mit dabei und stellt der Gemeinschaft Feiertags-Sendungen zu Verfügung. Außerdem, da freut mich das große Interesse, bringt der rbb die abendliche und traditionsreiche Fritz-Talksendung "Blue Moon" als gebende Anstalt ein. Fünf Häuser steigen ein und strahlen "Blue Moon" künftig ebenfalls aus. Weitere kleinere Kooperationen sind mit dem MDR geplant.

Erfreulich und bemerkenswert ist außerdem, dass das Thema KI bei Wetter und Verkehr vom WDR und SWR vorangebracht wird. Davon können auch andere Landesrundfunkanstalten in der Zukunft profitieren.

Außerdem beschlossen wurde die Umsetzung des ARD-KI-Netzwerks. Es soll die erfolgreiche und effektive Zusammenarbeit der Landesrundfunkanstalten in Bezug auf KI-Entwicklungen und -Projekte sicherstellen. Ziel des KI-Engagements der ARD ist, Qualitätsjournalismus zu unterstützen.

Darüber hinaus haben wir ein Verfahren zur Erhebung der programmlichen Umschichtungen verabschiedet, das die ARD-Steuerungsgruppe gemeinsam mit der Controller-AG der VPK (Videoprogrammkonferenz) entwickelt hat. Es liefert künftig einen Überblick über die finanziellen Effekte programmlicher Umschichtungen für die digitale Erneuerung im Zeitraum 2025-2028.

Ein weiterer Beschluss betrifft den renommierten Internationalen Musikwettbewerb der ARD: Er wird, gemeinschaftlich finanziert, in den Jahren 2026-2028 fortgesetzt. Aufgrund eines deutlichen erhöhten finanziellen Beitrags des BR wird der ARD-Anteil dauerhaft halbiert (von 740T€ auf 370T€ p. a.). Außerdem beschlossen wurde die Umsetzung des ARD-KI-Netzwerks. Es soll die erfolgreiche und effektive Zusammenarbeit der Landesrundfunkanstalten in Bezug auf KI-Entwicklungen und -Projekte sicherstellen. Ziel des KI-Engagements der ARD ist, Qualitätsjournalismus zu unterstützen.

Auch das Auslandsnetz der ARD wird sich strukturell verändern und künftig konsequent crossmedial aufgestellt. Weiter gilt auch hier das Prinzip der konsequenten Arbeitsteilung: eine Landesrundfunkanstalt übernimmt die Verantwortung für ein Berichtsgebiet und liefert von dort Beiträge für die gesamte ARD – in Radio, Fernsehen und für unseren digitalen Angebote. Der rbb ist als Kooperationspartner weiter stark vertreten, in Warschau, Peking, London, Kairo, Brüssel und Mexiko.

Das weiterentwickelte Konzept für eine zentrale Organisationseinheit in der ARD, die für standardisierte technische Lösungen sorgt, wurde auf der Sitzung diskutiert und im Grundsatz positiv beschieden. Bis zum Herbst wird die Techik-Konferenz PTKO Varianten einer solchen ARD-Tech-Unit erarbeiten – in den Größen S, M und L. Über die muss dann entschieden werden. Ich bin, das habe ich hier schon häufiger deutlich gemacht, Anhängerin einer sehr weitgehenden Zusammenarbeit auf diesem Feld.

Die "ARD Tech-Unit" soll Anfang Januar 2025 ihre Arbeit aufnehmen. Im Laufe von zwei Jahren wird dann eine tragfähige rechtskonforme Zielstruktur entwickelt. In dieser Struktur sollen perspektivisch auch alle technischen Gemeinschaftseinrichtungen gebündelt werden. Wir im rbb sind hier mit dem Informations-Verarbeitungs-Zentrum IVZ, dem ARD Play-Out-Center und dem ARD Text gefragt. Für diese von uns in Federführung betreuten Gemeinschaftseinrichtungen arbeiten wir

bereits jetzt an veränderten Strukturen, die auf dieses Ziel einzahlen: Wir planen, das Play-Out-Center und den ARD Text zu fusionieren und die rund 100 Mitarbeitenden zum 1. Januar 2025 unter das Dach des IVZ zu integrieren. Auch wenn sich an den Aufgaben von ARD POC und ARD Text dadurch zunächst nichts ändert: Wir sehen darin Potential für Synergien und sind zudem flexibler, wenn es darum geht, auf veränderte Anforderungen durch den digitalen Wandel zu reagieren.

Zum Schluss eine Personalie: Der zum Jahresende auslaufende Vertrag mit ARD-Generalsekretärin Susanne Pfab wird – nach Zustimmung des rbb-Verwaltungsrates – bis Ende 2026 um zwei Jahre verlängert. Diese verkürzte Vertragsdauer von fünf auf nur zwei Jahre verschafft uns Flexibilität, falls sich Rahmenbedingungen ändern und übergeordnete Aufgaben in der ARD möglicherweise künftig stärker zentralisiert werden. Die Generalsekretärin ist jeweils dem ARD-Vorsitz disziplinarisch und fachlich zugeordnet. Der rbb als Sitzanstalt des ARD-Generalsekretariats ist nun im nächsten Schritt für den Vertragsabschluss mit Susanne Pfab zuständig

Strukturveränderungen im rbb und Umsetzung des neuen rbb-Staatsvertrags

Im rbb beschäftigt uns momentan die **Zusammenlegung der Verwaltungsdirektion und der Produktions- und Betriebsdirektion**.

Hiermit kommen wir einer Anforderung des neuen rbb-Staatsvertrages nach: der rbb soll künftig nur noch zwei Direktionen haben - eine programmliche und eine administrative.

Da der Vertrag von Herrn Owsinski als Direktor der Produktions- und Betriebsdirektion Ende Juli ausläuft, musste der rbb diese Vorgabe bis zum 1. August umsetzen.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei Herrn Owsinski für die geleistete Arbeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken. Er übernimmt ab dem 1. August wieder die Leitung seiner früheren Hauptabteilung Medienproduktion und bleibt für den rbb der Ansprechpartner in der PTKO.

Wichtig war für uns bei der Entscheidung der Zusammenlegung der Direktionen zum 1. August, als erstem Schritt: Die Organisationsstrukturen der PuB-Direktion bleiben weitestgehend erhalten. Im Ergebnis entsteht so eine neue Verwaltungs-, Produktionsund Betriebsdirektion unter der Leitung von Frau Küchler-Stahn.

Da die Hauptabteilungen und Abteilungen bei diesem Modell in der bisherigen Form weiterbestehen, erfordert dieser erste Schritt einer Neuorganisation keine formale Einbindung des Personalrats. Gleichwohl wollen und werden wir die Vertretungen einbeziehen. Neben dem Personalrat ist hier die Frauenvertretung relevant, die auch formale Mitwirkungsrechte hat. Die Personalabteilung hat den Vertretungen bereits Termine für Gespräche vorgeschlagen, in denen wir die Einzelheiten klären werden.

Klar ist, dass diese Fusion nur ein Zwischenschritt sein kann. Im Rahmen des Zielbildprozesses wird es um eine Reorganisation des gesamten rbb gehen - um die Frage, welche Abteilungen, Teams, Workflows künftig in welcher Direktion angesiedelt sein sollen. Dies werden wir mit den Kolleginnen und Kollegen und unter Einbezug der Mitarbeitendenvertretungen gemeinsam erarbeiten.

Im Zielbildprozess stehen jetzt die ersten Entscheidungen an, die dann umgesetzt werden müssen. Diese Entscheidungen bereiten wir gerade vor. Wir würden Sie hierzu gerne nach der Sommerpause ausführlich informieren, in einer digitalen, monothematischen Sitzung Ende August.

Sie sehen am Beispiel Direktions-Zusammenlegung, dass wir den Forderungen des Gesetzgebers selbstverständlich nachkommen. Sukzessive arbeiten wir im rbb die noch offenen Punkte ab.

Ich hatte Ihnen schon einmal kurz berichtet über unsere Lösung für das Büro in Brandenburg/Havel. Dort haben wir uns in einem Co-Working-Space eingemietet, direkt in der Innenstadt in der Nähe der Jahrtausendbrücke. Gehen Sie da mal vorbei, es lohnt sich – dort arbeitet neben unseren rbb-Mitarbeiterinnen zum Beispiel eine Kollegin, die ein Veranstaltungsmagazin für die Stadt zusammenstellt. Außerdem ist es einfach ein Ort, an dem viele Leute vorbeikommen und auch den Kontakt mit uns suchen. Es gibt hier also Synergieeffekte in viele Richtungen, nicht nur finanzielle – aber kostengünstig ist dieses Modell auch.

Der novellierte Staatsvertrag sieht außerdem vor, dass die Belange arbeitnehmerähnlicher freier Mitarbeitender durch einen neu gewählten Personalrat vertreten werden (gemäß § 35 Abs. 1 rbb-Staatsvertrag). Das Freienstatut wurde entsprechend Ende Mai 2024 außer Kraft gesetzt. Im Mai 2024 fanden im rbb Wahlen der Mitarbeitervertretungen statt. Erstmalig konnten also neben Festangestellten auch freie Kolleginnen und Kollegen in den Personalrat gewählt werden. Gleichzeitig konnten zum ersten Mal auch freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Personalrat wählen.

Die Wahlbeteiligung der Personalratswahl lag bei ca. 50 Prozent. Dem neuen Personalrat gehören nun 17 Mitglieder an (Feste und Freie). Martina Schrey (Vorsitzende), Christoph Reinhardt (stellv. Personalratsvorsitzender) und Dagmar Bednarek (2. Stellvertreterin) bilden den Vorstand.

Auch die Frauenvertreterin und ihre Stellvertreterin wurden im Mai neu gewählt. Die amtierenden Vertreterinnen waren die einzigen Kandidatinnen für das Amt. Wiebke Nieland und Gesa Hagemann wurden mit einer Beteiligung von ca. 30 Prozent wiedergewählt.

Auch mit der Staatskanzlei Brandenburg und der Senatskanzlei Berlin stehen wir weiterhin im Austausch zur Umsetzung der staatsvertraglichen Regelungen im rbb. Zur Erinnerung: Am 14. März und am 17. April haben sich Prof. Dr. Nicole Küchler-Stahn, Dr. Kerstin Skiba und ich mit den Staatssekretären Florian Graf und Dr. Benjamin Grimm getroffen. Für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben ist für den rbb auch die Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Maßnahmen wichtig. Am 12. Juli werden wir uns ein weiteres Mal treffen. Dabei werden wir uns auch zur Zusammenlegung der Produktions- und Betriebsdirektion mit der Verwaltungsdirektion austauschen.

Aufklärung rbb-Krise

Der Untersuchungsausschuss des brandenburgischen Landtags hat vergangene Woche Dienstag seinen Abschlussbericht veröffentlicht. In 19 Sitzungen haben die Parlamentarier mit großem Engagement ihren Beitrag zur Aufklärung geleistet. Der Bericht kennzeichnet den Abschluss einer weiteren Etappe der Aufklärung der rbb-Krise. Es ist gut, dass nach den Berichten der Rechnungshöfe und der internen Aufarbeitung im rbb dieser Abschlussbericht vorliegt. Seine Ergebnisse vervollständigen das Bild, das wir uns in den vergangenen beiden Jahren bereits anhand eigener Recherchen von den Vorgängen im bereits rbb gemacht haben. Nun werden wir das umfangreiche Abschlussdokument sehr genau ansehen und prüfen, ob es noch zusätzliche Erkenntnisse bereithält und welche Ableitungen sich daraus für die Zukunft ziehen lassen.

Der rbb hat den Untersuchungsausschuss seit seiner Einsetzung im November 2022 durch den Landtag Brandenburg mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt und seine Anfragen kooperativ behandelt. Insgesamt hat der rbb für den Ausschuss mehr als 5000 Dokumente identifiziert und ihm zugeleitet.

Allein zur Dokumentation der Geschäftsessen und Spesen der Geschäftsleitung mussten 3228 Belege geprüft werden. Auch wenn in einigen Fällen die engen Fristen nicht eingehalten werden konnten, beantwortet wurden die Anfragen alle.

In der strittigen Frage der Herausgabe des Berichts der Kanzlei Lutz/Abel hat das Oberlandesgericht Brandenburg im Januar 2024 ausdrücklich entschieden, dass der rbb die geforderte Herausgabe einer ungeschwärzten Version des Berichts an den Ausschuss zu Recht verweigert hat.

Insgesamt betont der Abschussbericht, dass viele Hinweise auf strukturelle Defizite und reformbedürftige Arbeitsabläufe inzwischen aufgegriffen sind. Die aktuell laufenden Reformen führen im Unternehmen schon jetzt zu höherer Prozesssicherheit, mehr Transparenz und besserer Kontrolle.

Gelungen ist es uns bspw. In den vergangenen Monaten, in der Zusammenarbeit mit Ihnen und dem Verwaltungsrat standardisierte Prozesse zu etablieren. Diese unterstützen nicht nur reibungslosere Abläufe, sondern sorgen vor allem für Transparenz.

Im Bereich Compliance hat sich der Sender für eine nachhaltige Verstärkung und Neuaufstellung entschieden. Mit der Dienstanweisung vom Dezember 2022 wurden Strukturen für das Compliance-Management-System im rbb geschaffen und die Aufgaben der Funktionsträger definiert. Es wurde eine externe Ombudsperson bestellt. Die Compliance-Beauftragte ist in die Überarbeitung der Regelwerke eingebunden und hat ein Schulungssystem Compliance für Mitarbeitende eingeführt sowie ein verbessertes Compliance-Management-System. Es gibt ein elektronisches Hinweisgebersystem für alle Arten von Compliance-Hinweisen. Der Bereich wurde um eine weitere Sachbearbeiterin verstärkt.

Im Sinne einer Good Governance für den rbb wurde auch die interne Revision im Jahr 2023 personell um zwei Stellen verstärkt. Die Befugnisse dieser unabhängigen und operativen Kontrollinstanz im rbb wurden erweitert und die Zusammenarbeit zwischen Compliance und Revision eng verzahnt.

Der rbb arbeitet konsequent daran, die früheren Mängel in den Bereichen Aufsicht und Kontrolle zu beheben und eine Geschäftstätigkeit des Unternehmens im Einklang mit Gesetzen, Vorschriften, Verordnungen und Standards zu gewährleisten. In der vorletzten Woche habe ich die überwiegend erfreulichen Ergebnisse unserer Imagestudie im Hauptausschuss des brandenburgischen Landtags vorstellen dürfen. Eine Einladung, die mich gefreut hat. Es gab echtes Interesse und kritische Nachfragen, die zeigten, dass das Thema ernst genommen wird, die Stimmung war überwiegend zugewandt und freundlich.

Über die Ergebnisse habe ich Sie ja bereits vor einiger Zeit schriftlich informiert und Ihnen auch die entsprechenden Charts zukommen lassen. Ich möchte das aber nochmal zum Anlass nehmen, Sie auf ein paar der Zahlen hinzuweisen, die wir auch in den anderthalb Stunden im Ausschuss diskutiert haben:

- 94 Prozent der Befragten kennen den rbb
- 81 Prozent finden, der rbb sei wichtig für Gesellschaft
- 72 Prozent vertrauen den Programmen des rbb an allererster
 Stelle, im Vergleich mit and
- 75 Prozent finden den rbb sympathisch
- 82 Prozent halten den rbb für relevant für die Menschen in Berlin und Brandenburg79 Prozent bewerten die Programme des rbb als informativ.

Die Menschen in Brandenburg und Berlin schätzen und mögen uns und die Ergebnisse bestärken mich darin, dass das Regionale unser Kerngeschäft ist – das ist unser Alleinstellungsmerkmal. Wir haben Sie vor einigen Wochen bereits schriftlich über die **Beihilfe-Beschwerde des Verlegerverbands BDZV** informiert, die dieser bei der Europäischen Union eingelegt hat. Sie kennen die Streitigkeiten, die dem zugrunde liegen – die Verleger sehen in Online-Angeboten des ÖRR eine Konkurrenz und halten diese für zu "textlastig". Auch der rbb hat sich dazu bereits mit Verlagen auseinandergesetzt.

Aus unserer Sicht ist die Lage hier eindeutig: Wir beachten die Vorgaben des Medien-Staatsvertrags, der eine Presseähnlichkeit unserer Angebote verbietet. Wir setzen auf unseren Nachrichtenseiten und in den Apps den Schwerpunkt auf Audio und Video, und wir machen den Sendungsbezug deutlich. Und ja, wir machen auch Angebote in Textform - Texte sind gerade im Netz ein zentrales Element der Meinungsbildung. Wären Texte völlig ausgeschlossen, würde das die Erfüllung unseres Auftrags massiv erschweren. Der Gesetzgeber hat das genauso gesehen, daher kommt die Regelung im Medien-Staatsvertrag. Diese Regelung setzt uns, was unsere Aktivitäten im Netz angeht, Grenzen - und dass wir diese Grenzen einhalten, wird durch unsere Gremien sichergestellt, also durch Sie. Die Rundfunkräte haben Kontrollmöglichkeiten im Rahmen des Drei-Stufen-Tests, den Telemedienangebote durchlaufen müssen, und sie nutzen diese Kontrollmöglichkeiten. Und, das ist hier wichtig: Teil dieser Prüfung von Telemedienangeboten sind Gutachten zur Auswirkung auf den Medienmarkt, dieser für die Verlage wichtige Aspekt wird also mit beleuchtet.

Strich drunter: Unsere beitragsfinanzierten Angebote im Netz erfüllen, da sind wir sehr sicher, nicht den Tatbestand der beihilferechtswidrigen Finanzierung. Die Verleger versuchen hier, Druck aufzubauen; das ist bedauerlich, wir haben großes Interesse an einer guten Zusammenarbeit und an einem guten Miteinander der Qualitätsmedien.

Unsere Einflussmöglichkeiten im Rahmen der nun anstehenden Prüfung durch die Kommission werden wir nutzen. Dies läuft, wie im Informationsschreiben, das Ihnen zugegangen ist, skizziert, in erster Linie indirekt. Ansprechpartner und Gegenüber der EU-Kommission ist die Bundesregierung. Diese wird, weil zuständig, die Bundesländer einbeziehen – und wir gehen davon aus, dass diese dann unsere Stellungnahmen anfordern.

KEF-Sondergutachten

Eine kurze Information zum **Sondergutachten der KEF**, das die kurzfristigen Einsparpotenziale der Vorschläge des Zukunftsrates beziffern soll: Hier läuft alles planmäßig, wir als ARD haben der KEF fristgerecht zum 31.5. auf ihre Fragen geantwortet. Die KEF prüft nun unsere Zulieferung, stellt gegebenenfalls Nachfragen – das Gutachten soll dann im Spätsommer vorliegen. Das Ergebnis des Gutachtens kann aufgrund der bestehenden Regelungen aber für die kommende Periode nicht beitragswirksam sein.

Aktuelles aus dem Programm

In der vorletzten Woche haben wir, haben viele unserer Programme noch intensiver den Austausch mit dem Publikum gesucht: Es war wieder **Dialogwoche, im vergangenen Jahr war der Anklang so gut, dass wir unbedingt eine Neuauflage wollten**. Mit 21 Aktionen und Formaten waren wir im direkten Kontakt mit unserem Publikum. Haben diskutiert, haben gestritten, haben gelacht, aber vor allem haben wir zugehört und viel gelernt.

Bei der Abendschau konnten Zuschauerinnen und Zuschauer zum Beispiel jeden Tag in der Woche nach einer Führung mit Abendschau-Schwerpunkt direkt in den Austausch mit der Redaktion gehen. Ein Highlight war die Fokusgruppe aus Zuschauer*innen, begleitet vom rbb-Qualitätsmanagement unter der Leitung von Andrea Mocellin, mit der wir an einem Tag (13. Juni) gemeinsam über unsere Sendung diskutierten und an unserer Berichterstattung arbeiteten. Dieser Prozess wurde für die tagesaktuelle Abendschau-Ausgabe transparent gemacht.

Bundesliga-Feeling gab es bei der Live-Übertragung eines unterklassigen Fußballspiels in Brandenburg. Dort spielte der SV 1919 Woltersdorf gegen den SV Gartenstadt 71 aus der Kreisliga Ostbrandenburg Nord. Wir haben das Spiel live übertragen, haben es mit unserem Experten analysiert und davor und danach hat die Sportredaktion mit den Menschen vor Ort über - natürlich - unser Programm gesprochen.

Auch rund um die Europa- und Kommunalwahlen hat der rbb gezeigt, was echte regionale Verankerung bedeutet: Wir waren am Wahlsonntag um kurz vor 7 Uhr morgens mit einem 16-jährigen Erstwähler und Wahlhelfer auf den Beinen und nachmittags dort vor Ort, wo die Stimmzettel knapp wurden. Mit Antenne Brandenburg live nah am Geschehen und mit fundierten Analysen in rbb24 Brandenburg aktuell und der rbb24 Abendschau – so hat der rbb in den vielen Stunden der Wahl und der Auszählung Orientierung gegeben.

Die Ergebnisse zur Europawahl und den Kommunalwahlen haben wir in großer Detailtiefe auf rbb24.de dargestellt. Die Kooperation der ARD-Infowellen lief Hand in Hand: Die Europawahlsendung vom WDR war im rbb24 Inforadio zu hören, stündlich gepaart mit Aktuellem zur Kommunalwahl live aus unseren Studios.

Mit Blick auf die Landtagswahl im September fühlen wir uns jetzt stark aufgestellt: interne Abläufe sind erprobt und die schnelle Aufbereitung von Zahlen und Daten funktioniert. Wir freuen uns darauf, am 22. September aus Potsdam für die ganze ARD zu senden.

Eine wichtige Personalie möchte ich erwähnen, ich habe Ihnen schon dazu geschrieben: Unser Regionalstudio Cottbus bekommt eine neue Leiterin – und ich bin sehr froh, Sandra Fritsch für diese Aufgabe gewonnen zu haben. Sie stammt aus der Lausitz, ist seit 23 Jahren im rbb und wird als starke Anwältin für die Themen Südbrandenburgs agieren – denn sie ist eine Kennerin der Region. Mein großer Dank gilt Angelika Jordan, die das Studio Cottbus seit mehr als zehn Jahren leitet und zum September in den Ruhestand geht.

Über "Raus aufs Land" habe ich hier schon häufiger berichtet - diese Erfolgsgeschichte macht uns stolz: gestartet als kleine Idee aus unserem Regionalstudio Frankfurt ist "Raus aufs Land" zu einem bundesweiten ARD-Projekt geworden. Die dritte Staffel soll im November starten, als Prestige-Projekt der ARD-Mediathek (dort heißt das dann "Plattform-promotend") mit besonders großer Sichtbarkeit. Dafür sind jetzt umfangreiche ARD-Mittel bewilligt (die VPK hat zugestimmt).

Für "Raus aufs Land" kooperieren fünf Landesrundfunkanstalten, um Geschichten aus ganz Deutschland zu erzählen – immer geht es um Leute, die den Umzug aus der Großstadt aufs Land planen – und umsetzen.

Mit der fünfteiligen Doku-Serie "Welcome to Berlin" hat "Raus aufs Land" ein urbanes Pendant bekommen. Die Reihe begleitet Neu-Berliner:innen in der Hauptstadt: In den ersten Wochen und Monaten bestimmen Themen wie Wohnungssuche, Freunde finden, lästige Ämterbesuche aber auch soziale Gegensätze und Frustration den Alltag. Die ungewohnte, raue Großstadt, der Berliner Winter und die Veränderungen in ihrem Leben stellen die Neu-Berlinerinnen und -Berliner vor Herausforderungen. Die Serie ist seit dem 11. Juni im der Mediathek abrufbar, und war am 12. Juni im rbb Fernsehen zu sehen.

Ein Ureinwohner der Region feiert am 22. November Geburtstag. **Das Sandmännchen wird 65.** Diese Kultfigur, die am 22. November 1959 erstmals im Fernsehen zu sehen war, gehört zum festen Abendritual vieler Kinder und ist die älteste Kinderfernsehsendung, die bis heute produziert wird. Im großen Jubiläumsjahr feiern wir zusammen mit MDR, NDR und dem Kindermedienangebot KiKA ein unterhaltsames Fernsehprogramm und verschiedene Aktionen.

Und noch ein Termin zum Dick-im-Kalender-Eintragen zum Schluss. Ende August wird das altehrwürdige Haus des Rundfunks zum **"House of Podcast"**. Der Rundfunk Berlin-Brandenburg bringt sein erstes eigenes Podcast-Festival an den Start. Vom 30. August bis zum 1. September präsentieren in der Masurenallee Podcasterinnen und Podcaster ihre Formate im Kleinen und Großen Sendesaal des rbb. Das

Angebot reicht von Talk über Comedy bis True Crime und Kinderhörspiele; auch prominente Formate der ARD wie "Kalk & Welk", "extra drei - Bosettis Woche", die "Hörbar Rust" und "Im Visier" können vor-Ort live miterlebt werden.



Anlage 3 zu TOP 7 Bericht des Verwaltungsratsvorsitzenden (Benjamin Ehlers)

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Mitglieder des rbb-Rundfunkrates,

sehr geehrte Frau Prof. Dr. Küchler-Stahn,

sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, Ihnen heute wie Bericht zu erstatten über die Arbeit des Verwaltungsrates und seines Vorsitzenden seit meinem letzten Bericht in Ihrem Gremium.

Ich möchte jedoch beginnen mit einem Glückwunsch, den ich im Namen des ganzen Verwaltungsrates an Frau Prof. Küchler-Stahn ausspreche zu Ihrer **Wahl zur stellvertretenden rbb-Intendantin!**

Eine weitere Personalie möchte ich erwähnen: Der rbb-Verwaltungsrat hat ein neues Mitglied: Mit Schreiben vom 7. Juni hat uns der Personalrat darüber informiert, dass er ab sofort Christoph Reinhardt in den rbb-Verwaltungsrat entsendet. Ich habe bereits mit Herrn Reinhardt telefoniert und auch mit weiteren Gremienmitgliedern konnte ein erstes Kennenlernen stattfinden. In unserer Sitzung am 10. Juli treten wir dann erstmals in neuer Zusammensetzung zusammen. An dieser Stelle auch nochmal öffentlich: herzlich Willkommen, lieber Herr Reinhardt und auf eine gute Zusammenarbeit. Gleichzeitig möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich bei Herrn Dr. Oehmichen für sein Engagement im Verwaltungsrat zu bedanken. Das Mitglied des Personalrates im Verwaltungsrat ist gleich- und stimmberechtigtes Mitglied. Eine Unterscheidung, wie sie in der Vergangenheit offensichtlich gelebt wurde und auf deren Grundlage das Mitglied des Personalrates von Beratungen des Verwaltungsrates ausgeschlossen wurde, ist für mich und für uns völlig undenkbar. Es ist mir wichtig, das einmal in aller Deutlichkeit zu betonen. Herr Reinhardt hat die gleichen Rechte und Pflichten.

Unmittelbar nach ihrer Wahl habe ich auch kurz mit Frau Schrey als neuer Personalratsvorsitzenden telefonieren und sie zu ihrer Wahl beglückwünschen können. Diese Glückwünsche gelten auch für alle übrigen Mitglieder des Personalrates, der nicht nur in neuer Zusammensetzung und mit neuem Aufgabenzuschnitt vor großen Herausforderungen steht, sondern natürlich auch die weiterhin komplexe Situation, in der sich das Haus befindet, begleiten wird. Dafür wünsche ich allen Mitgliedern viel Erfolg, gute Nerven und eine glückliche Hand.

Ich blicke zunächst einmal Richtung **Vergangenheitsbewältigung**: In der letzten Sitzung habe ich Sie recht ausführlich zum Stand der **Compliance-Untersuchung durch die Kanzlei Lutz|A-bel** informiert. Ein konkreter neuer Sachstand hat sich seitdem nicht ergeben. Zur Erinnerung: Anfang Februar und Anfang April hat uns die Kanzlei Unterlagen übergeben, die zuvor allesamt vom rbb im Rahmen der Untersuchung an die Kanzlei übersandt worden waren. Un-



sere Anforderung ist jedoch, dass uns u. a. auch die Entwürfe zu dem Hauptgutachten übergeben werden. Hierzu befindet sich der Verwaltungsrat bzw. der von uns beauftragte Rechtsanwalt nach wie vor in außergerichtlicher Klärung mit der Kanzlei Lutz|Abel. Hier gilt der Grundsatz, lieber noch einmal eine Runde zu drehen und zu einer Lösung zu kommen, als gleich zum Gericht zu schreiten. Sollte es hier neue Entwicklungen geben, werde ich Sie selbstverständlich darüber informieren.

Ein zweiter Aufklärungsstrang ist das Verfahren zwischen dem rbb und der **ehemaligen Intendantin Schlesinger** vor dem Landgericht Berlin II. Hierbei geht es in erster Linie um die Zahlung von Ruhegeld, die Frau Schlesinger einfordert. Im Gegenzug wurde Widerklage gegen sie eingelegt mit dem Ziel, Schadenersatz von ihr zu erhalten. Der das Verfahren begleitende Rechtsanwalt Von Morgen hatte dieses Gremium Ende des vergangenen Jahres ausführlich über die unterschiedlichen Sachverhalte informiert. Zwischenzeitlich sind weitere Schriftsätze zwischen den Parteien ausgetauscht worden. Da der Abschluss des Dienstvertrages mit der Intendantin laut Staatsvertrag Aufgabe des rbb-Verwaltungsrates ist, ist es auch der Verwaltungsrat, der in diesem Verfahren Prozesspartei ist. Immerhin in dieser Sache gibt es Neuigkeiten: Für Ende November hat das Landgericht Berlin einen Verhandlungstermin angesetzt.

Ein weiteres Puzzlestück der Aufarbeitung hat vergangene Woche der **Untersuchungsausschuss des Brandenburger Landtags** vorgelegt. Auch wenn er gerne als "rbb-Untersuchungsausschuss" betitelt wurde, so war nicht der rbb Untersuchungsgegenstand, sondern die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht durch das Land Brandenburg. Nach einer ersten sehr überschlägigen Lektüre des Berichts lässt sich folgendes sagen, was aber unter dem Vorbehalt weiterer Lesungen steht: Viele der im Bericht festgestellten Mängel, die die Krise mit verursacht oder zumindest nicht verhindert haben, sind entweder schon behoben oder an der Behebung wird konkret gearbeitet:

- Der rbb-Verwaltungsrat ist keine black box mehr, es findet eine regelmäßige, umfangreiche Berichterstattung in den Rundfunkratssitzungen statt.
- Nach dem neuen Staatsvertrag, der für den Verwaltungsrat ab 2026 gilt, sind dann weitere Transparenzvorschriften einzuhalten.
- Der rbb-Verwaltungsrat ist überdies komplett neu besetzt und nimmt seine Rolle und Aufgaben völlig anders wahr als das Vorgängergremium.
- Das Intendantenprinzip ist eingehegt u. a. durch Einführung des Direktoriums und eines Vier-Augen-Prinzips, an das sich Frau Demmer aufgrund ihres Dienstvertrags zu halten hat und das meines Wissens auch umgesetzt wurde.
- Das System der variablen Vergütung im rbb ist abgeschafft, stattdessen wurde ein AT-Konzept verabschiedet und betriebsintern veröffentlicht und bekannt gemacht.
- Der rbb hat sein Compliance-Management-System neu aufgestellt.

Und zuletzt zum Thema Krisenbewältigung: In die von Herrn Bürgel schon angesprochene Prüfung des Landesrechnungshofes Brandenburg betreffend die Überwachungsorgane, zu der die Gremiengeschäftsstelle in der Vergangenheit umfangreich zugeliefert hat, bin auch ich insofern eingebunden, dass ich die Entwürfe der Textziffern, die der LRH übermittelt, erhalte und mich hierzu bei Bedarf mit den Mitarbeitenden der Gremiengeschäftsstelle austausche. Sobald finale Dokumente vorliegen, wird natürlich auch der Verwaltungsrat diese unverzüglich erhalten.



Am 11. Juni fand ein Treffen mit der **Frauenvertretung** statt, an dem ich gemeinsam mit meiner Stellvertreterin Dagmar Tille teilgenommen habe, konkret mit Frau Nieland und Frau Hagemann. Beide waren bei der Wahl der Personalvertretungen wenige Tage zuvor in ihrem Ämtern bestätigt worden – an dieser Stelle auch Ihnen beiden nochmal herzlichen Glückwunsch. Der Austausch diente dem gegenseitigen Kennenlernen und war aus dem Treffen des Verwaltungsrates mit allen Personalvertretungen im Januar 2024 heraus entstanden. Der Austausch hilft uns, Einblicke und Verständnis für das Haus und seine Mitarbeitenden zu gewinnen, damit wir dies in unserem Tun und Wirken *für* das Haus berücksichtigen können.

Seit meinem letzten Bericht in der Sitzung des rbb-Rundfunkrates am 11. April ist der rbb-Verwaltungsrat zu zwei Sitzungen zusammengekommen – am 15. April sowie am 15. Mai.

Wir haben in diesen Sitzungen mehreren **Funktionsübertragungen** zur außertariflichen Beschäftigung zugestimmt, darunter auch dem Vertrag mit der vom Rundfunkrat gewählten rbb-Programmdirektorin Katrin Günther.

Intensiv haben wir auf Grundlage von Informationen und Präsentationen der Geschäftsleitung den Stand der Einsparvorgaben aus der **strategischen Weichenstellung sowie des Zielbildes** diskutiert. Der rbb steht weiterhin vor großen finanziellen Herausforderungen und wir begleiten dies eng und – das wird Ihnen Frau Prof. Küchler-Stahn bestätigen können – sehr kritisch. Gleichzeitig sehen wir aber auch die Gestaltungsmöglichkeiten, die sich aus einer programmlichen, technischen und auch gebäudewirtschaftlichen Neuausrichtung ergeben.

In unserer **nächsten Sitzung** am 10. Juli werden wir uns u. a. mit dem Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2028 beschäftigen, die erstmals auf Grundlage des Zielbildes erstellt und uns einen Eindruck des finanziellen Rahmens der kommenden Jahre vermitteln wird.

Seit einiger Zeit arbeitet der Verwaltungsrat daran, seine **Geschäftsordnung** grundlegend zu überarbeiten. Einen ersten Schritt hatten wir im vergangenen Jahr gemacht und die Fristen unserer Sitzungsvorbereitung neu geregelt. Es hat sich aber gezeigt, dass die Geschäftsordnung, die dem Grunde nach seit 20 Jahren unverändert gilt, auch an vielen anderen Stellen nicht mehr zeitgemäß ist und aktualisiert bzw. neu geschrieben werden muss – etwa hinsichtlich der Teilnehmenden an den Sitzungen, dem Verfahren zur Erstellung und Verabschiedung der Niederschrift, einer Jahresplanung, der Umsetzung des Fragerechts etc. Was sich gezeigt hat: Die teilweise sich widersprechenden Regelungen von Geschäftsordnungen, rbb-Staatsvertrag alt und neu sowie rbb-Satzung machen eine Harmonisierung der Regelwerke dringend notwendig. Insofern ist aus meiner Sicht die Gründung eines Satzungsausschusses des Rundfunkrates zu begrüßen. Wie schon in einer früheren Sitzung angekündigt, bietet der rbb-Verwaltungsrat hier seine Mitwirkung gerne an.

Ebenfalls beschäftigt haben wir uns in der letzten Sitzung mit dem Stand des sich in Abwicklung befindlichen **Instituts für Rundfunktechnik** sowie insgesamt **fünf Beschaffungsvorgängen**, bei denen jeweils die staatsvertragliche Aufgreifschwelle überschritten und der rbb-Verwaltungsrat daher um Zustimmung zu bitten war. Auch die **rbb-Finanzordnung** hat uns beschäftigt, hierzu dann mehr unter TOP 8.



Zum Abschluss unserer Sitzung haben wir uns mit der **Themen- und Terminplanung** für das übrige Jahr beschäftigt. Wir haben uns darauf verständigt, ab September vom bisher zweimonatigen Sitzungsrhythmus auf monatliche Sitzungen umzustellen. Damit werden wir in diesem Jahr (mindestens) zehn Sitzungen durchführen. Wir hoffen, damit unsere Sitzungen von zuletzt mehr als zehn Stunden kürzen zu können, da dies weder den Hauptamtlichen des rbb noch uns ehrenamtlichen Gremienmitgliedern zuzumuten ist. Auch mit den zusätzlichen Sitzungen gehen zusätzliche Aufwände einher, für uns, für das Haus, für unsere Geschäftsstelle. Das ist uns bewusst, gleichzeitig ist es unser Verständnis einer sorgfältigen Pflichtenerfüllung, dass wir keine Themen abnicken oder im Schnellverfahren besprechen. Gründliche Arbeit kostet Zeit, aber es ist notwendig, sich diese Zeit zu nehmen.

Die GVK tagte vom 22. bis 24. April in Leipzig. Neben der durchaus zentralen Diskussion mit dem Zukunftsrat haben uns folgende Themen beschäftigt. Es wurde von Seiten des Hauptamtes über den Stand der Vorbereitung der Umsetzung von § 31 Abs. 5 MStV – gemeinsame Maßstäbe für Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und vergleichende Ressourceneffizienz berichtet. Es wurde über die Sachstände der Implementierung der Compliance- Rahmenrichtlinie und des Public Corporate Governance Kodex gesprochen. Weiterhin berichtete das Hauptamt über das ARD-Strukturprojekt "Korrespondentennetz Infrastruktur / Crossmediale Korrespondentennetze". Diese Beschäftigung war notwendig, da auch der rbb ab dem 1. Januar 2025 vom neuen Umsatzsteuergesetz betroffen ist. Es wurde sich auf ein Modell verständigt, dass zwischen den Rundfunkanstalten für jeweils eine Beitragsperiode bestimmte Beteiligungsbeträge aushandelt werden. Die Risiken für dieses Modell liegen vorrangig bei den großen Anstalten.

Am 13. Mai tagte die GVK Arbeitsgruppe "AT-Strukturen". Neben dem Austausch der verschiedenen außertariflichen Vergütungsstrukturen der einzelnen Landesrundfunkanstalten wurde intensiv über das Für und Wider eines anstaltsübergreifenden Rahmenkonzepts für die Vergütung von Führungskräften diskutiert. Der Rahmen in der Diskussion wird u.a. gesetzt durch den neuen rbb-Staatsvertrag und das Saarländische Rundfunk-Gesetz, die für die Intendantinnen-Vergütung Obergrenzen vorsehen. Die Diskussion über ein anstaltsübergreifendes Rahmenkonzept gestaltet sich aus verschiedenen Gründen als nicht einfach, da die Ausgangslagen unterschiedlich sind. Es ist insofern auch offen, ob es so ein antsaltsübergreifendes Rahmenkonzept geben wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

An die Mitglieder des Rundfunkrates des Rundfunks Berlin Brandenburg

Potsdam, den 29.06.2020

Zusammenfassung der Ergebnisse des GVK-Telemedienausschuss am 19.03.2024 und am 28.05.2024

Liebe Kollegen und Kolleginnen im Rundfunkrat des rbb,

aufgrund der z.Z. thematisch sehr breiten und umfassenden Beratungen im Telemedienausschuss der GVK und den dementsprechend umfangreichen Protokollen (i.d.R. 120-150 Seiten / Sitzung) erlauben Sie mir bitte, Ihnen hier eine Übersicht der behandelten Themen und ggf. Beschlüsse der beiden letzten Sitzungen zu übermitteln. Gerne berichte ich detaillierter, wenn Sie Fragen haben, bzw. übermittle Ihnen dazu passenden Präsentationen u.ä., die uns in den Sitzungen des GVK-Telemedienausschuss vorgelegt wurden.

Protokoll TMA-GVK 19.3.2024

TOP2 ARTE-Mediathek | Austausch mit den ZDF-Ausschüssen

Es fand erstmals eine gemeinsame Befassung mit dem Angebot von ARTE gemeinsam mit Mitgliedern des ZDF-Fernsehrats statt, diese Praxis soll fortgeführt werden. Es wurde betont, dass der Blick auf ARTE sich nicht nur in programmlicher Hinsicht lohne, auch die strategische Perspektive sei interessant, beispielsweise mit Blick auf soziale Medien und die Rückführung auf die eigene Plattform. ARTE macht die Erfahrung, dass die Rückführung auf die eigene Mediathek nicht funktioniert. Wichtiger Teil der Strategie von ARTE sei daher auch die Präsenz des nicht-fiktionalen Angebots auf Youtube. Es wurde berichtet, mit welchem Aufwand ARTE das Angebot nach Sprachraum individuell kuratiert und wie unterschiedlich die Finanzierungsmodelle des Senders in Frankreich und Deutschland aufgebaut sind.

TOP 3 Sachstand zum Erlass einer Richtlinie mit Grundsätzen zur Onlinestellung von nichteuropäischen Werken im Telemedienangebot gem. § 30 II MStV

Der GVK-TMA hält das von der Juristischen Kommission vorgeschlagene Vorgehen der Ergänzung der Telemedienkonzepte durch eine Richtlinie für sinnvoll, um zeitnah den Erwartungen des Normgebers zu entsprechen. Die Rundfunkräte sollten in einem Vorprüfungsverfahren klären, ob eine wesentliche Änderung der Telemedienangebote vorliegt und sich nach Verabschiedung der Richtlinie regelmäßig Informationen zur konkreten Anwendung vorlegen lassen. Sobald ein Telemedienkonzept aus anderem Grund geändert wird, sollten die Inhalte der Richtlinie dort integriert werden.

TOP 4 Zusammenarbeit von GVK-TMA und ARD-PBR | Projektskizze "gremienübergreifende Beobachtung der ARD-Präsenz auf Drittplattformen"

Der GVK-Telemedienausschuss beschließt auf Basis einer Projektskizze, die Präsenz von ARD-Angeboten auf Social-Media-Kanälen zu beobachten und hierbei mit dem ARD-Programmbeirat zusammenzuarbeiten. Bei Interesse und ggf. thematischer Überschneidung sind auch Programmausschüsse der Rundfunkräte zur Zusammenarbeit eingeladen. Zur Klärung der genauen Fragestellung findet ein Austausch zwischen der Vorsitzenden von GVK-TMA und ARD-PBR statt. Angedacht wurde, sich näher mit der Rolle der Social-Media-Kanäle bei der Erreichung junger Menschen mit Inhalten, die im Kontext der Europawahlen relevant sind, zu befassen. Am 4. Juli wird der Bericht zu der Rolle der Social-Media-Kanäle der ARD im Kontext der Europawahl im TMA der GVK diskutiert werden.

TOP 5 Fortschrittsbericht aus der ARD-Onlinekoordination

Der GVK-TMA nimmt den Bericht der Leiterin Zentrale Aufgaben ARD Online Imane Jackob (in Vertretung des ARD-Onlinekoordinators) zur Kenntnis. Im Fokus des Berichts stehen die Veränderungen der Digitalstrukturen. Sie erläutert, dass die Integration des Digitalboards in Programm und Technik einer engeren Verzahnung mit der strategischen Planung diene.

Der TMA äußert Zweifel an der Zweckmäßigkeit, insbesondere hinsichtlich einer effizienten Kooperation zwischen Programm und Technik. Er weist auf immer noch festzustellende unterschiedliche Vorkenntnisse, Herangehensweisen und Prioritätensetzungen seitens der Bereiche Technik und Programm hin, die die anvisierte ganzheitlich abgestimmte Zusammenarbeit zwischen den beiden Bereichen erschweren (und damit die sehr gute non-lineare Entwicklung der ARD verlangsamen) könnte. Der GVK-Telemedienausschuss empfiehlt den Rundfunkräten, die Entwicklung auch in den einzelnen LRA kritisch zu beobachten. Auch der GVK-Telemedienausschuss wird sich dazu von den Verantwortlichen weiter berichten lassen.

Anschließend wurde von Jürgen Ebenau, (Stv. Direktor Innovationsmanagement und Digitale Transformation (IDT), HA-Leiter Plattformen und Analytics, SWR) über die Portfoliostrategie der ARD in sozialen Netzwerken, die Reduzierung von Social-Media-Kanälen und über neue Dialogformate und Konversionsstrategien berichtet. Um große Marken stark zu machen, sei das Social-Media-Portfolio insgesamt von rund 800 Kanälen (Stand Ende 2022) auf etwa 650 Kanäle (Stand März 2024) reduziert worden. Auf Nachfrage, ob die Abschaltung von Kanälen zu Beschwerden geführt hätte, erläutert der stv. Direktor Innovationsmanagement, dass viele Kanäle zu wenige Follower gehabt hätten und bisher keine Beschwerden eingegangen seien.

TOP 6 Entwicklungen von Grundsätzen zum Umgang mit KI in der ARD

Der GVK-TMA nimmt den Bericht des KI-Koordinators der Koordinierungsstelle KI im SWR Johannes Schmid-Johannsen zur Kenntnis und begrüßt das Angebot, nach Auswertung von ersten Tests in den Redaktionen einen Workshop für Gremienmitglieder zum redaktionellen Einsatz von KI zu organisieren. Herr Schmid-Johannsen berichtet zur Entwicklung von ARD-weiten publizistischen Leitlinien zum Einsatz von KI, zusätzlich zu schon bestehenden Regelungen in den Landesrundfunkanstalten, und wie KI-basierte Anwendungen im SWR entwickelt und getestet werden. Auf Nachfrage führt er aus, dass innerhalb der Anstalten ein reger informeller Austausch zu Use Cases stattfinde, um Parallelstrukturen zu vermeiden. Das geplante Kompetenzcenter KI solle außerdem nicht nur ein Berichterstattungscluster sein, eine Arbeitsgruppe entwickle aber aktuell erst noch eine konkrete Aufgabenbeschreibung.

TOP 7 Umgang mit Creative-Commons-Lizenzen in der ARD

Bis 2022 wurde nur die strengste Form der Creative Commons Lizenzen verwendet, seitdem würde aber, um größere Rechtssicherheit für die Anwenderinnen und Anwender zu schaffen, teilweise auch eine weitere Form verwendet, die kommerziell genutzt und verändert werden darf, berichtete Frau Dr. Frauke Pieper, Juristische Direktorin SWR und JuKo Vorsitzende. Eine Lizensierung mit CC-Lizenzen erfolge grundsätzlich nur in einem engen Rahmen in den Bereichen Wissen und Bildung. Insgesamt seien aktuell nur circa 2.000 – 3.000 Angebote der ARD mit einer CC-Lizenz lizensiert. (In der darauffolgenden Sitzung des TMA der GVK am 28.5.24 wird dann darauf hingewiesen, dass es keine einheitlichen Regularien zu dem Einsatz von CC-Lizenzen in der ARD gebe. Die GVK- Geschäftsstelle solle hierzu noch einmal bei der Juristischen Kommission anfragen. Der GVK-Telemedienausschuss plant eine erneute Befassung mit der Thematik in der Sitzung im Oktober 2024).

Protokoll TMA-GVK 28.5.2024

TOP 2 Die ARD-Distributionsstrategie auf Drittplattformen | Social-Media-Plattformen und Youtube

Der GVK-Telemedienausschuss erachtet die Frage der Distribution als richtungsweisend für die Zukunft der ARD und betont die grundsätzliche Bedeutung von Drittplattformen und Social Media als Teil einer effektiven Strategie für die Erreichung aller Zielgruppen. Die Mitglieder des GVK-Telemedienausschusses diskutieren, inwieweit die Rückführung von Nutzenden von den sozialen Medien zu den eigenen Plattformen funktionieren könne und wann auf sie ggf. auch verzichtet werden könne. Es wird angeregt. Strategien zu entwickeln, wie Nutzende auch anderweitig an die ARD-Mediathek und ARD-Audiothek herangeführt werden können. Einer datenbasierten Erfolgsbewertung der Distribution misst der Ausschuss fundamentale Bedeutung zu. Für problematisch hält es der Ausschuss, wenn die einzelnen Distributionsstrategien der Anstalten voneinander abweichen würden; für eine effektive Ausspielung des Gesamtportfolios sollten diese untereinander und mit der ARD-Strategie abgestimmt sein. Der GVK-Telemedienausschuss plant, sich in seiner nächsten Sitzung noch einmal mit der Thematik zu befassen und konkrete Empfehlungen an die Programmverantwortlichen auszuarbeiten.

TOP 3 Neues Zielgruppenmodell "Digital Media Types" der ARD-Medienforschung und Werkstattbericht funk

Die "Digital Media Types" verwenden neue Erkenntnisse aus der Medienforschung, die insbesondere auf die Nutzung digitaler Medien eingehen. Der GVK-TMA begrüßt, dass mit der schrittweisen Einführung des neuen Zielgruppenmodells in den ARD-Anstalten mehr Abstimmung sowie einheitliche Methoden im Bereich Medienforschung angestrebt werden. Einen Einblick in die praktische Relevanz von Daten aus der Medienforschung für die Programmgestaltung gibt ein Werkstattbericht von funk.

TOP 4 Personalisierung und Kuratierung | in ARD-Mediathek und ARD-Audiothek | Technische Entwicklungen beim Streaming | Streaming-OS

Der GVK-Telemedienausschuss begrüßt die Entwicklung von Personalisierungsoptionen und diskutiert dabei zugleich aber auch, inwieweit ein höherer Grad an Personalisierung auch zu einer sogenannten "Blasenbildung" führen könne. Wichtig sei hierbei daher die Unterscheidung zwischen Empfehlungssystemen und redaktioneller kuratierter Personalisierung. Der GVK-Telemedienausschuss betont, dass zum Gelingen der technischen Neuerungen eine einheitliche Qualität hinsichtlich der Meta-Daten in den Landesrundfunkanstalten vorliegen müsse. Er regt zudem an, ggf. im Rahmen von Personalisierung verwendete Algorithmen aus Transparenzgründen zu veröffentlichen. Er bittet um zeitnahe und kontinuierliche Informationen zum weiteren Vorgehen beim Aufbau des StreamingOS.

Berlin, den 29.6.24

Prof. Martin Hagemann

679.Sitzungen des ARD Programmbeirates 10.04.24 (Viko) und 680. Sitzung des Programmbeirates mit VPK in Leipzifg 15/16.05.24

679. Sitzung- Videokonferenz

Auf der Beobachtungsliste standen:

Am Abgrund + Die Doku

Kafka

Kafka und ich

Sexuell verfügbar

Programmierung an den Ostertagen (aus dem Protokoll)

Das Osterprogramm war erschreckend einfallslos. Von dem Anspruch,

Hintergrundinformationen und Einordnungen zu bieten, ist nichts zu sehen. Dass Ostern neben Weihnachten und dem Jahreswechsel seit heidnischen Zeiten gefeiert wird und sich in den verschiedenen Religionen findet, sollte ein Anlass sein, diese Verbindungen herzustellen. Erneut eine verpasste Chance, Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten vorzustellen. Die Kritik des Programmbeirats an diesem Osterprogramm geht nicht in Richtung "zu viele Krimis", sondern sie bezieht sich auf die Einförmigkeit des Programms und vor allem darauf, dass es in keiner Weise auf den Charakter und die Hintergründe dieser Feiertage eingeht.

Bericht des stellvertretenden ARD-Programmdirektors Oliver Köhr

Herr Köhr berichtet: einer der Schwerpunkte des vergangenen Monats sei der Thementag "#UnsereErde – Kampf um Rohstoffe" gewesen. Fernsehfilm und Dokumentation "Am Abgrund" seien angesichts der Schwere des Themas ein Erfolg gewesen, insbesondere die Dokumentation mit 12,2 % Marktanteil, und hätten der ARD gut zu Gesicht gestanden. Ein zweiter Programmschwerpunkt sei "Kafka" gewesen. Die Serie sei zweifelsohne sehr ver-

dienstvoll und gut gemacht, aber in der Akzeptanz weit von dem entfernt gewesen, was man sich vorgestellt habe. Das habe nicht nur an der herausfordernden Programmierung im Linearen gelegen, denn auch in der Mediathek habe sie nicht sehr gut funktioniert, sondern im Wesentlichen an der Machart, die vor allem in Hinblick auf Spannungsbögen nicht geeignet gewesen sei, das Thema einer breiteren Masse zugänglich zu machen; die Serie sei mehr Künstlerisches denn Spannendes oder Unterhaltendes gewesen. Mit einem Marktanteil von durchschnittlich 5,5 Prozent im Linearen könne man nicht zufrieden sein, in der Mediathek sei die Serie mit 1,5 Millionen Abrufen akzeptabel gelaufen.

Bei "Sexuell verfügbar" dagegen habe man mit relativ viel Lob aus der journalistischen Kritik und mehr als zwei Millionen Abrufen das Ziel erreicht. Auch die Animations-Sitcom "Friedefeld" sei journalistisch viel beachtet und auch stark beworben worden, habe aber mit bisher nicht einmal 500 000 Abrufen die Erwartungen, die man an diesen Versuch, sich in einer für die ARD völlig neuen Nische zu bewegen, gestellt habe, nicht erfüllt.

Die ARD-Mediathek sei auch im März wieder die am stärksten nachgefragte Sender-Mediathek in Deutschland gewesen, mit fast drei Millionen Nutzungsstunden habe sie knapp vor dem ZDF gelegen.

680. Sitzung 15/16.05.2024 mdr Leipzig

Begrüßung durch Intendant Ralf Ludwig, der verschiedene Punkte anspricht, u.a. das Bild der Ostdeutschen, das in den Medien vermittelt wird, die Stärkung des Dialog un d die der Regionalität

Unter diesem Zeichen steht auch der Besuch in der Redaktion und im Studio des Mittagsmagazins.

Besuch der Studio Crew und Besichtigung des virtuellen Studios, exklusive Besichtigung des entstehenden MIMA Real Studios, Besichtigung der Regie 2 Redaktionssitzung und Sendungskritik durch den ARD PB. Der Programmbeirat schaut die 2. Stunde des Mittagsmagazins und diskutiert dann in einer offenen Gesprächsrunde mit der

Chefredakteurin Julia Krittian, der Redaktionsleitung und MIMA Redaktion über die Sendung. Der Focus in der Diskussion liegt auf konstruktivem Journalismus, zB. keine negativ konnotierten Berichten aufeinander folgen lassen, Diversität einbringen.

Programmausschüsse: Mit den **Qualitätsrichtlinien und deren Umsetzung** beschäftigen sich die Programmausschüsse der Rundfunkräte, zB hat Radio Bremen ein 8köpfiges Gremium ins Leben gerufen

Videokonferenz mit VPK

Themen:

Follow-up Wirtschaftsberichterstattung Feiertagsprogramm zu Weihnachten und Ostern ARD Mittagsmagazin Serien

Hier sind alle beobachteten Serien (Oderbruch, Davos 1917, Testo, Almania, Schnee, Charité, Fest der Liebe, Sexuell verfügbar, Die Zweiflers, Kafka) und deren Programmierung Thema, insbesondere meldet der PB Kritik an der Programmierung der Serie "Die Zweiflers" an, die regelrecht versendet wurde - alle sechs Folgen am Freitag 22.30 bis 3 Uhr Die Antwort von Programmdirektorin Frau Strobl: die "ARD würde die Menschen vor den Kopf stoßen", wenn man die Serie an einem anderen Platz zeigen würde; die Menschen hätten ein Recht darauf, das gezeigt zu bekommen, was sie in Mehrheit erwarten.

Der Programmbeirat wird das zum Anlass nehmen, sich mit dem häufig benannten Konflikt zwischen dem sogenannten "Mainstream" und dem Auftrag intensiver zu befassen.

Für den ARD-Programmbeirat Katharina Riedel



TOP 12.4 Bericht aus dem arte-Deutschland Programmbeirat Katja Karger

Die Sitzung des Programmbeirats von arte-Deutschland hat am 21. März 2024 beim BR in München stattgefunden.

Es gab eine Diskussion mit dem stellvertretenden Programmdirektor Andreas Bönte. Der Prozess bei Bayern 2 habe begonnen, um Programminhalte zu verschieben bzw. zu ersetzen und Gelder zu verlagern. Aktuelle kulturelle Themen sollen besser in der Prime-Time platziert werden. Durch die neue Struktur werde eine jüngere Zielgruppe erreicht als zuvor. Es habe Protest gegen diese Maßnahme gegeben, dies sei auch in den Gremien diskutiert worden. Der künftige Umgang mit dem Thema Kultur müsse weiterhin ausverhandelt werden. Junge Menschen und Personen, die wenig Kontakt zu Kultur hätten, als Zielgruppe zu erschließen, sei besonders relevant.

Vor drei Jahren wurde auch der Kultursender des HR, HR2, umgestellt. Dies habe für einen Aufschrei bei den Hochkulturinteressierten und -verbänden gesorgt. Inzwischen sei die Neuausrichtung von HR2 vollzogen und akzeptiert.

Hinsichtlich arte hat eine Information und Diskussion hinsichtlich der finanziellen Situation stattgefunden. Mit einer ausreichenden Finanzierung durch Gebühren werde kaum gerechnet. arte wolle sein europäisches Angebot nachhaltiger finanzieren. Dafür werden Anträge bei der EU gestellt. Ziel sei es, die Finanzierung zu verstetigen. arte sei im Austausch mit Medienpolitiker*innen aller Parteien. Zudem werde davon ausgegangen, dass Emmanuel Macron das Thema arte bei seinem Staatsbesuch in Deutschland thematisiere. Das europäische Angebot solle nicht nur weitergeführt, sondern auch weiterentwickelt werden.

Aktuell verzeichnet arte große Erfolge. Arte investiere seine Mittel zu fast 100 Prozent in neues Programm aus den deutschen Rundfunkanstalten und bringe damit auch neues Programm in die Häuser. arte sei nicht nur Kultursender, sondern auch ein europäischer Sender. Dies sei den Häusern selbst nicht immer klar. Die Zusammenlegung von arte und 3sat werde immer wieder vorgebracht. arte wurde für die Völkerverständigung über Kultur mit einem deutsch-französisch und mittlerweile auch europäischen Auftrag gegründet. Mit dem Angebot von arte werden 70 % der Europäer*innen in ihrer Muttersprache erreicht. Darin unterscheide man sich grundsätzlich von 3sat, was ein deutschsprachiger Spartensender sei. Der Staatsvertrag, der arte zugrunde liege, wurde nicht nur von Frankreich, sondern von allen deutschen Bundesländern unterzeichnet. 3sat und arte haben einen Anteil von weit unter



3 % am gesamten Beitragsaufkommen. Es wird darum gebeten, das Thema in den jeweiligen Gremien und Plenen anzusprechen.

Zudem gab es eine Programmvorstellung zur Europawahl und einen Bericht zur Markenkampagne im Kontext der gesamten werblichen Maßnahmen, die von arte Deutschland verantwortet werden.

Programmbeobachtung:

- "Gute Nachrichten vom Planeten Wie wir die Natur zurückholen" (BR)
- "Gekaufte Politik Europa in der Korruptionskrise" (ZDF)
- "Die Vertreibung der Juden aus Prag Maria Theresias dunkle Seite" (BR)

Zum 1. November 2024 wird ein neuer Programmbeirat seine Arbeit aufnehmen. In den nächsten Monaten müsse in den Gremien darüber beraten werden, wer entsandt werde.



10. – 11. APRIL 2024 PARIS



10. - 11. APRIL 2024 PARIS

INHALTSVERZEICHNIS

Ablaufplan		3
Tagesordnung_		4
Protokoll der Sitz	zung vom 14. Dezember 2023 in Berlin	5
Themenschwer	ounkte:	
a)	Impact Campaign zum Schutz der Wälder und der indigenen Bevölkerungen	19
	Programmvorstellung Die Hüter des Waldes	19
b)	2 Jahre Krieg in der Ukraine	23
	Programmvorstellung Die verschleppten Kinder der Ukraine Ukraine - Krieg den Verrätern	23 24



10. - 11. APRIL 2024 PARIS

ABLAUFPLAN

Übernachtung:

9HOTEL République (Mitglieder des Programmbeirats)

7-9 Rue Pierre Chausson, 75010 Paris Tel: 0033 1 40 18 11 00

https://www.9-hotel-republique-paris.fr/en/

Hôtel Paix République (Mitarbeiter von ARTE)

2 bis, boulevard Saint-Martin, 75010 Paris Tel: 0033 1 42 08 96 95

https://www.hotel-paix-republique.fr/en/location

Mittwoch, den 10. April 20204

Ab 17:30 Uhr Treffen in der Bibliothèque Nationale de France – Richelieu

5 rue Vivienne, 75002 Paris

18:00 Uhr Private Führung durch die Ausstellung "L'invention de la Renaissance"

und durch das Gebäude (Raum "Ovale", Galerie "Mazarin")

19:45 Uhr Gemeinsames Abendessen* im Restaurant "Bistro Vivienne"

4 rue des Petits Champs, 75002 Paris

Donnerstag, den 11. April 2024

8:30 Uhr Treffen an der Rezeption des Hotels "9Hotel République"

Gemeinsamer Lauf oder Taxi-Fahrt zu "La Gaîté Lyrique"

9:00 Uhr Sitzung des Programmbeirats

La Gaîté Lyrique / Foyer historique

3 bis rue Papin 75003 Paris

13:00 Uhr Mittagessen* in "La Gaîté Lyrique" (Buffet)

^{*} Bitte melden Sie sich bei uns, wenn wir bei der Essensbestellung auf bestimmte Vorgaben achten sollen.



10. - 11. APRIL 2024

PARIS

TAGESORDNUNG

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14. Dezember 2023 in Berlin
TOP 3	Bericht des Präsidenten und der Vizepräsidentin von ARTE GEIE
TOP 4	Allgemeine Programmentwicklung und Zuschauerbilanz Mündlicher Bericht von Ingrid Libercier und Sylvie Stephan (ARTE GEIE)
TOP 5	Präsentation der innovativen Projekte von ARTE France Marianne Levy-Leblond (Leiterin der Hauptabteilung Digitale Kreationen, ARTE France) und Adrien Larouzée (Leiter der Abteilung Koordination Digitalprojekte, ARTE France)
TOP 6	Themenschwerpunkte:
	a) Impact Campaign zum Schutz der Wälder und der indigenen Bevölkerungen
	Die Hüter des Waldes (ARTE France)
	b) 2 Jahre Krieg in der Ukraine
	 Die verschleppten Kinder der Ukraine (SWR) Ukraine - Krieg den Verrätern (ARTE G.E.I.E.)
TOP 7	Themenvorschläge für die kommende Sitzung am 13. Juni 2024
TOP 8	Verschiedenes

Programmbeirat von ARTE GEIE Protokoll der Sitzung vom 14. Dezember 2023 in Berlin

Teilnehmer:innen:

FRANZÖSISCHE MITGLIEDER:

Françoise Benhamou, Olivia Gesbert, Fabienne Pascaud, Emmanuel Roger Entschuldigt: Françoise Nyssen, Pierrette Ominetti, Jean-Etienne Cohen Seat, Natacha Valla

DEUTSCHE MITGLIEDER:

Maria Böhmer, Christoph Becker, Hans-Günther Henneke, Andrea Kühnemann, Angela Spizig, Sandro Witt

Entschuldigt: Yasmin Alinaghi, Ute Eiling-Hütig

INTERNATIONALE PARTNER:

Danielle Engelberg-Spera (ORF)

ARTE GEIE:

Bruno Patino, Peter Weber, Ingrid Libercier, Sylvie Stephan, Alexander von Harling (Hauptabteilungsleiter Wissen), Olaf Rosenberg (Programmbeauftragter der Hauptabteilung Kultur), Marie Mascret, Michel Kress, Lena Wistinghausen (Protokoll), Ramona Schmitt (Organisation)

ARTE DEUTSCHLAND:

Wolfgang Bergmann, Markus Nievelstein

ARTE FRANCE:

Christophe Jung

VERDOLMETSCHUNG:

Nicolas Beckers, Alexander Schmitt

9:00 Uhr - Eröffnung der Sitzung

Maria Böhmer begrüßt alle Teilnehmer:innen herzlich und dankt der französischen Botschaft für den Empfang.

Sie begrüßt als neues Mitglied Fabienne Pascaud und bittet diese, sich kurz vorzustellen.

Fabienne Pascaud stellt sich den Mitgliedern des Programmbeirats vor. Sie beschreibt ihren beruflichen Werdegang bei der französischen Fernsehzeitschrift "Télérama", die sie 20 Jahre lang infolge der Berufung durch dessen damaligen Präsidenten Bruno Patino geleitet habe. Sie erinnert auch daran, dass sie an der Seite von Bernard Faivre d'Arcier gemeinsam den Sender *La Sept* gegründet und die Abteilung für Dokumentarfilme geleitet habe. Aus diesem Sender sei unter Jérôme Clément ARTE hervorgegangen. Angesichts dieser bereits bestehenden Verbindungen freue sie sich umso mehr, nun Mitglied des Programmbeirats von ARTE GEIE zu sein.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19. Oktober 2023 in Straßburg

Das Protokoll ist genehmigt.

Maria Böhmer äußert ihre Begeisterung über den Versand des ersten Newsletters und dankt den verantwortlichen Teams für diese hervorragende Initiative.

TOP 3 Bericht des Präsidenten und des Vizepräsidenten von ARTE GEIE

Bruno Patino dankt der Vorsitzenden des Programmbeirats insbesondere für die positive Reaktion auf den Newsletter von ARTE GEIE, der künftig regelmäßig verschickt werden solle. Er begrüßt ebenfalls Fabienne Pascaud und freut sich über ihren Beitritt zum Programmbeirat. Darüber hinaus begrüßt er Peter Weber, der zum letzten Mal an einer Sitzung des Programmbeirates teilnehme. Er erinnert daran, dass für die Ämter des Präsidenten und des Vizepräsidenten von ARTE GEIE das Rotationsprinzip gelte und das sein Mandat und das von Peter Weber am 31. Dezember 2024 endeten. Da Peter Weber am 1. Januar 2025 nicht das Amt des Präsidenten übernehmen könne, das dann der deutschen Seite zustünde, habe man beschlossen, sein Ausscheiden vorzuziehen, um dem Zweierteam Präsident und Vizepräsident – die Zeit zu geben, sich einzuarbeiten. Die Mitgliederversammlung habe daher auf ihrer Sitzung am 6. Dezember 2023 Heike Hempel als Vizepräsidentin von ARTE GEIE für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 ernannt, um die kommende Rotation vorzubereiten. Bruno Patino erinnert an die beispielhafte Karriere von Heike Hempel beim ZDF und kündigt ihre Teilnahme an der kommenden Sitzung des Programmbeirates im Frühjahr 2024 an. Er freue sich sehr, mit Hempel zusammenzuarbeiten, die er aufgrund ihrer Teilnahme an der Mitgliederversammlung von ARTE GEIE bereits kenne, zunächst in der aktuellen einer französischen Präsidentschaft und einer Vizepräsidentschaft bis zum Wechsel zum 1. Januar 2025.

Im Anschluss informiert **Bruno Patino** über drei Punkte bezüglich der Medienaktualität in Frankreich. Zuerst erwähnt er das regelmäßig angesprochene Thema der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Frankreich und Deutschland im Allgemeinen und die Finanzierung von ARTE im Besonderen. Er erinnert, das Thema sei bereits bei der letzten Sitzung des Programmbeirates angesprochen worden. Am Vortag sei er bei dem in Berlin ausgerichteten Treffen der Intendanten der deutschen öffentlich-rechtlichen Sender gewesen, bei dem der Berichtsentwurf der KEF für den Zeitraum 2025-2028 vorgestellt wurde. Auch die französische Regierung treffe parallel dazu Budgetentscheidungen für den Zeitraum 2024-2028. Diese müssten jedoch noch durch die jährlichen Haushaltsgesetze (loi des finances) bestätigt werden und seien insofern noch nicht verbindlich, da es in Frankreich keine mehrjährigen finanziellen Verpflichtungen gebe. Die jüngsten Entscheidungen seien für ARTE eher positiv ausgefallen: Für den Zeitraum 2025/2026 gebe es eine Erhöhung der Mittel in Höhe von 4,5 %, 2027-2028 falle die Steigerung mit rund 3 % etwas niedriger aus. Im Rahmen der Debatten im Parlament zum Entwurf des Haushaltsgesetzes für 2024 zeichne sich eine positive Entscheidung für ARTE ab. Bruno Patino unterstreicht, dass im Senat, wo einige Änderungsanträge gestellt worden seien, die die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Frage stellten, in allen Wortbeiträgen der Sonderstatus von ARTE anerkannt und weder seine Unabhängigkeit noch seine Finanzierung und noch weniger sein Auftrag in Frage gestellt worden seien. ARTE beobachte weiterhin aufmerksam die Situation, insbesondere hinsichtlich der zweiten Lesung des Entwurfs des Finanzgesetzes im Parlament am heutigen Tage, habe aber volles Vertrauen, dass die Mittelerhöhung tatsächlich umgesetzt werde.

Bezüglich der Finanzierungsmodalitäten nach dem 31. Dezember 2024 seien die Diskussionen noch im Gange. **Bruno Patino** erinnert daran, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seit der Abschaffung der Rundfunkgebühr 2022 vorübergehend durch einen Anteil der Mehrwertsteuer finanziert werde. Dieser Finanzierungsmechanismus könne ohne die

Abstimmung über ein frz. Finanzgesetz LOLF (*Loi organique relative aux lois de finances*) nicht über den 31. Dezember 2024 hinaus verlängert werden, für die eine qualifizierte Mehrheit sowohl in der Nationalversammlung als auch im Senat notwendig sei.

Bruno Patino weist darauf hin, dass die Regierung anscheinend eine Verlängerung der Finanzierung aus einem Anteil der Mehrwertsteuer bevorzuge, aber Stand heute noch keine Entscheidung für eine Reform des frz. Finanzgesetzes getroffen worden sei. Daher gebe es weiterhin Unsicherheiten bezüglich der Art der Finanzierung über den 31. Dezember 2024 hinaus. Bruno Patino unterstreicht die Bedeutung dieser Diskussionen für ARTE angesichts des Zwischenstaatlichen Vertrages, der eine strikt paritätische deutsch-französische Finanzierung vorschreibe. Nach dem Abschaffen der frz. Rundfunkgebühr 2022 habe die deutsche Seite die französische Regierung über ihre Sorgen hinsichtlich der finanziellen Unabhängigkeit von ARTE informiert. Seiner Einschätzung nach sei dieser Einsatz der deutschen Seite zugunsten dieses kleinen Teils des französischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks, den ARTE darstelle, ausschlaggebend bei der Lösungsfindung gewesen. Er warnt jedoch, dass, auch wenn diese Finanzierungsmodalitäten verstetigt würden, erneut ein solcher Einsatz der deutschen Seite notwendig sein werde, um einen Sonderstatus des Senders zu verteidigen. Der Sonderstatus von ARTE sei politisch stark anerkannt, wie auch die jüngsten parlamentarischen Arbeiten der Informationskommission für die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie die Vorschläge des Berichterstatters Quentin Bataillon belegten. Die dauerhafte Einführung einer zweckgebundenen Finanzierungsart für ARTE fordere aus rechtlicher Sicht eine Änderung des organischen Finanzgesetztes, was nur mit einer qualifizierten Mehrheit im Senat und in der Nationalversammlung möglich sei. Es sei daher wichtig, die Besonderheiten von ARTE in diesem unsicheren Kontext zur Geltung zu bringen.

Bruno Patino geht zum zweiten Punkt über, der ebenfalls bereits seit Monaten Thema sei: die völlige Verwandlung der französischen Medienlandschaft – privat wie öffentlich-rechtlich – durch die Plattformisierung, insbesondere aufgrund der Ankündigung von TF1 am 8. Januar, sein Angebot TF1+ zu starten und damit einen Kernpunkt seiner derzeitigen Strategie umsetzen zu wollen. Es handle sich um eine Plattform, die ähnlich wie die von ARTE aufgebaut sei, d.h. nicht nur eine Mediathek mit Replay-Angeboten, sondern vielmehr eine unabhängige Plattform mit speziellen Produktionen und Ankäufen. TF1 bekräftigt damit seinen klaren Willen, die größte kostenlose Plattform in Frankreich anbieten zu wollen, mit mindestens 15.000 Programmen. ARTE hingegen biete 8.000 Programme. Die Plattformisierung der französischen Medienlandschaft sei inzwischen bei allen Anbietern angekommen, auch den privaten. Dies zeige, dass ARTE bereits vor einigen Jahren die richtige strategische Entscheidung getroffen habe. Es bedeute aber auch, dass ARTE sich weiter von den anderen Anbietern unterscheiden und innovativ bleiben müsse, um seinen Vorsprung im Vergleich zur restlichen Branche nicht zu verlieren.

Bruno Patino kommt auf den dritten Punkt im Hinblick auf die Medienaktualität in Frankreich zu sprechen: die allgemeinen Diskussionen in der Medienbranche über die Etats Généraux de l'Information (EGI) und Künstliche Intelligenz. Im Rahmen der EGI tauschten sich die Nachrichtenanbieter in Frankreich über eine Reihe von Themen aus: Finanzierung der Status der Zusammenschluss von Nachrichtenmedien. Nachrichten. Journalisten. Beteiligung der Industrie an der Nachrichtenbranche, Autonomie der Nachrichtenredaktionen und ein mögliches Mitspracherecht der Redaktionen bezüglich ihrer Leitung. Diese Überlegungen, gesteuert von einem unabhängigen Komitee, finden in mehreren sektoriellen Arbeitsgruppen statt, der alle Akteure des Sektors angehören. Die Teams von ARTE GEIE und ARTE France werden auf die Fragen antworten, die in diesem Zusammenhang adressiert werden könnten. Wie bereits auf der letzten Sitzung des Programmbeirats erläutert, fänden diese Gespräche im Rahmen eines interministeriellen Ausschusses zur Künstlichen Intelligenz mit diversen Untergruppen statt. Eine besondere Rolle spiele in diesem Rahmen die Untergruppe Kultur, der Bruno Patino und drei andere Mitglieder angehörten und die Vorschläge zur Regulierung und zur öffentlichen Position zu Künstlicher Intelligenz erarbeiten sollen.

Bevor Ingrid Libercier und Sylvie Stephan im Detail das Programm kommentieren, erwähnt er noch zwei Informationen bezüglich der ARTE-Gruppe. Erstens die Fernsehausstrahlung der Dokumentation "Hamas-Angriff aufs Festival" am 27. November 2023 im Rahmen des Themenabends. Die Dokumentation habe Bilder eines Filmemachers enthalten, der mit dem ZDF den Angriff der Hamas auf die Besucher der Rave-Party am 7. Oktober 2023 dokumentiert habe.

Bruno Patino weist den Programmbeirat darauf hin, dass im Rahmen der Programmierung gewisse kulturelle Unterschiede zwischen den deutschen und französischen journalistischen Herangehensweisen offenbar wurden. Die deutsche Seite habe aus guten Gründen diese bemerkenswerte Dokumentation zeigen wollen, um diesen terroristischen Angriff zu dokumentieren. In Frankreich strahlten die Medien normalerweise keine Bilder von terroristischen Angriffen aus. Die Bilder des Angriffs auf das Bataclan seien in Frankreich niemals verbreitet worden und niemand habe die Bilder der Leichen gesehen, die in Großbritannien, den USA und anderswo veröffentlicht worden seien. Die Programmierung dieser Dokumentation über den Angriff der Hamas habe daher für ARTE zwei Dinge zur Folge gehabt: Erstens eine echte redaktionelle Diskussion zwischen den beiden Teams, die beide den Wunsch gehabt hätten, zu informieren und zu dokumentieren, dabei aber kulturell bedingt unterschiedliche Ansätze verfolgten. Zweitens eine ARTE-typische Aufbereitung des Programms, zu der Bruno Patino die Redaktionen beglückwünscht: ARTE habe Kontext geliefert, erklärt und den Ansätzen beider Länder Rechnung getragen. Den Bildern sei ein Interview mit dem Regisseur und Produzenten Duki Dror vorangestellt und danach sei ein Gespräch mit Bildexperten ausgestrahlt worden, um die Frage der Nutzung und der Auswirkung von Kriegsbildern zu beleuchten. Dieses ebenfalls von Andrea Fies moderierte Filmgespräch sei mit dem Regisseur und Historiker Christian Delage geführt worden, der über die Beweiskraft von Bildern und die Dokumentierung mithilfe von Bildern forscht. Im Anschluss spricht Bruno Patino über die Doku-Reihe "Die Hüter des Waldes", die just zum Zeitpunkt des Programmbeirats ausgestrahlt werde. Zu dieser Doku-Reihe habe man eine Impact-Kampagne mit gesellschaftlichen und politischen Aktionen durchgeführt. Die Kampagne habe einige Monate zuvor in Brüssel mit Sitzungen im Europäischen Parlament begonnen. Darüber hinaus habe sie ein Format beinhaltet, das Bürgerinnen und Bürger bei der UNESCO versammelt habe, sowie mehrere Vorführungen bei Vereinen und vor engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Es sei das erste Mal gewesen, dass ARTE gemeinsam mit den Produzenten, den Regisseuren und den Protagonisten einer Doku-Reihe eine solch systematische Aktion durchgeführt habe.

Abschließend thematisiert Bruno Patino die europäische Entwicklung des Senders. Aktuell warte ARTE noch auf die Antwort des im Rahmen des Projektaufrufs der Europäischen Kommission unter dem Titel "European Media Hub" eingereichten Antrags, mit dem die Fortsetzung des europäischen Nachrichtenangebots gesichert werden solle. Die Entscheidung sei nun für Januar 2024 angekündigt worden. Man setze die Strategie fort, sich weiterhin an möglichst vielen Projektaufrufen der Europäischen Union zu beteiligen, um den Ausbau der europäischen Plattform zu finanzieren. ARTE und insbesondere der Vorstand behielten ihre Strategie bei, weiterhin eine langfristige Finanzierung über eine mehriährige Haushaltslinie der Europäischen Union anzustreben, die, so hoffe der Vorstand. etwas üppiger ausfalle, um die Plattform, deren Abrufzahlen und Relevanz stetig stiegen, auf eine neue Stufe zu heben. Bruno Patino erwähnt ganz zum Schluss die neuen Assoziierungsabkommen mit den europäischen Partnersendern, die im Rahmen dieser politischen Politik gezielt ausgebaut würden, insbesondere mit den Abkommen mit zwei der drei Staaten des Baltikums. ARTE habe auch seinen Assoziierungsvertrag mit dem spanischen öffentlich-rechtlichen Sender RTVE um zwei Jahre verlängert. Damit habe ARTE nun elf öffentlich-rechtliche Partnersender in seinem Netzwerk.

Peter Weber dankt Bruno Patino für seinen Bericht und begrüßt alle Mitglieder des Programmbeirats. Er freut sich, dass der Programmbeirat in der Französischen Botschaft tagen könne, mit der ARTE seit langer Zeit eng verknüpft sei, unter anderem auch jährlich im Rahmen der Berlinale.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Europawahlen kommt er eingangs auf die europäische Entwicklung von ARTE zu sprechen. Er betont, dass ARTE den europäischen Ausbau seiner Plattform nicht allein aus deutschen und französischen Rundfunkbeiträgen finanzieren könne, sondern auf die Unterstützung der Europäischen Union angewiesen sei. Dank der Unterstützung der EU habe man bereits vieles erreichen können, nichtsdestotrotz sei eine Aufstockung und Verstetigung der europäischen Fördergelder nötig, um das Angebot sowohl in seinem Volumen als auch in seiner Sprachvielfalt weiter ausbauen zu können. Ihm sei bewusst, dass angesichts der Inflationsentwicklung und des geopolitischen Kontexts bei der EU die Gefahr bestehe, dass im Bereich der Kultur weitere Kürzungen vorgenommen würden. Umso wichtiger sei es, sich für den weiteren europäischen Ausbau von ARTE einzusetzen. Bruno Patino und er hätten sich zuletzt in Form von Schreiben an verschiedene Spitzenkandidaten für die Europawahl gewandt, um dafür zu werben, den europäischen Ausbau von ARTE in den jeweiligen deutschen und französischen Parteiprogrammen zu verankern. Nach den Wahlen und der Neubesetzung der Europäischen Kommission sowie des Europäischen Parlaments müsse versucht werden, ARTE stärker in den europäischen Förderprogrammen im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zu verankern, um mehr Planbarkeit und Stabilität für die europäische Entwicklung von ARTE zu gewährleisten. Er erklärt, dass einige Kolleginnen und Kollegen im Bereich der europäischen Entwicklung bei ARTE GEIE in Straßburg momentan aufgrund der befristeten europäischen Finanzierungen mit entsprechenden befristeten Arbeitsverträgen ausgestattet seien.

Anschließend kommt er auf das europäische Partnernetzwerk zu sprechen, die zweite Säule der europäischen Entwicklung von ARTE. Nach den Assoziierungen mit LRT in Litauen und LTV in Lettland hoffe er, dass zeitnah auch ein Vertrag mit dem estländischen öffentlichrechtlichen Fernsehen geschlossen werden könne. Angesichts der komplizierten Situation in Unternehmensführung bei RTVE sei es zudem erfreulich. Assoziierungsabkommen nun verlängert werden konnte. Nicht nur in Spanien, sondern aufgrund der Situation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in vielen Ländern Europas, müsse betont werden, wie wichtig die Umsetzung des European Media Freedom Acts mit gewissen Mindeststandards und insbesondere der Gewährleistung der Unabhängigkeit sei. Für den weiteren Ausbau des Partnernetzwerks blicke man auch nach Nordeuropa. Nach der Wahl in Polen stelle sich zudem die Frage, ob das momentan auf Eis liegende Abkommen mit TVP wieder aktiviert werden könnte.

Anschließend kommt er auf die Ausstrahlung der Dokumentation "Hamas-Angriff aufs Festival – Die Überlebenden des Wüsten-Raves" zu sprechen. Es sei nicht einfach gewesen, eine gemeinsame deutsch-französische Lösung zu finden, insbesondere im Umgang mit den Bildern und der Frage des Opferschutzes. Die vielen Diskussionen und die Arbeit an einer gemeinsamen Lösung hätten sich aber gelohnt. Dafür spricht er seinen Dank an Wolfgang Bergmann und sein Team sowie an alle Beteiligten der ARTE-Gruppe aus. Es handle sich um ein wichtiges journalistisches Zeugnis, das dem Auftrag von ARTE entspreche. Auch wenn die Bilder teilweise nur schwierig zu verdauen seien, seien sie für den Verständnis des Konflikts wichtig. Die Kontextualisierung und Einkleidung, die für die Ausstrahlung vorgenommen wurde, sei äußerst gut gelungen. Er betont, dass man in der ARTE-Gruppe darüber diskutieren werde, was man aus diesem Fall und den Vorgängen für ähnliche Situationen in der Zukunft lernen könne.

Anschließend kommt er auf die Medienaktualität in Deutschland zu sprechen. Er weist darauf hin, dass er sich aufgrund des kurzen Abstands zur letzten Sitzung kurzhalten werde. Am Vortag der Sitzung des Programmbeirats habe das Gespräch zwischen der KEF und den Intendantinnen und Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Berlin stattgefunden. In Rahmen des Gesprächs hatten die Anstalten die Möglichkeit, ihre Anmerkungen zum Berichtsentwurf zu äußern, der eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags um 58 Cent auf 18,94 Euro pro Monat vorsehe. Nach den abschließenden Beratungen werde die KEF ihren offiziellen Bericht den Ländern voraussichtlich Anfang Februar übermitteln. Anschließend beginne die dritte Stufe des Beitragsfestsetzungsverfahrens, in der die Länder über den Rundfunkbeitrag beschließen müssten. ARTE könne mit dem Entwurf des Berichts

weitgehend zufrieden sein, da alle wesentlichen Anmeldungen von ARTE berücksichtigt worden seien. Im Gegensatz zu ARD, ZDF und Deutschlandradio, bei denen Kürzungen vorgenommen wurden, sei ARTE wohlwollend behandelt worden. Bruno Patino habe im Rahmen der Sitzung mit Blick auf die paritätische Finanzierung von ARTE GEIE auch die positiven Perspektiven für die Finanzierung in Frankreich dargelegt. Es sei zu erwarten, dass sich die dritte Stufe des Beitragsfestsetzungsverfahrens kompliziert gestalten werde, da zahlreiche Länderchefs sich bereits gegen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags ausgesprochen hätten. Er weist zudem darauf hin, dass die dritte Stufe des Verfahrens in ein Wahljahr mit der Europawahl und drei Landtagswahlen in Deutschland falle. Er verweist auf den ausgezeichneten Artikel des Mitglieds des Programmbeirats Prof. Dr. Henneke, der am 1. Dezember 2023 in der FAZ erschienen sei. Er könne den Artikel nur ans Herz legen (Anmerkung: der Artikel wird dem Protokoll angehängt). Herr Prof. Dr. Henneke hätte darin die möglichen Szenarien und ihre Folgen in der dritten Stufe des KEF-Verfahrens dargelegt. Prinzipiell gelte es an dieser Stelle auch immer wieder daran zu erinnern, dass die Länder sich an das von der Verfassung vorgegebene Verfahren halten müssten. Eine Abweichung von dem Vorschlag der KEF sei nur in engen Grenzen und nur einvernehmlich durch alle Länder möglich. Gründe für eine solche Abweichung könnten nicht direkt mit dem Finanzbedarf der Anstalten zusammenhängen, sondern allenfalls in einer unzumutbaren Gesamtbelastung des Beitragszahlers liegen. Da die Anmeldungen der Anstalten weit unter der Inflationsrate lägen, sei dies in seinen Augen nur schwer begründbar. Es müsse zudem immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die Länder verfassungsgemäß einem Einigungszwang unterlägen.

Vor dem Hintergrund der laufenden Reformüberlegungen der Länder, auf die er im Detail in der letzten Programmbeiratssitzung eingegangen sei, erinnert er daran, dass das Bundesverfassungsgericht festgeschrieben habe, dass der Beitrag und die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dem Auftrag folge und die beiden Aspekte nicht direkt in Zusammenhang gestellt werden dürften.

Abschließend kommt er auf seinen Amtsaustritt als Vizepräsident von ARTE GEIE zum 31. Dezember 2023 zu sprechen. Er bedankt sich im Kreise des Programmbeirats für die Unterstützung und das entgegengebrachte Vertrauen. Es habe ihm sehr viel Freude bereitet, in den letzten Jahren an der Seite von Bruno Patino und gemeinsam mit dem gesamten Vorstand zu arbeiten. Er sei davon überzeugt, dass es sich lohne, sich für das deutschfranzösische Freundschaftsprojekt ARTE mit wachsender europäischer Ausrichtung zu engagieren. Gerade in diesen Zeiten sei ein Sender wie ARTE äußerst wertvoll. Die Gründe für seinen Amtsaustritt lägen nicht etwa in Amtsmüdigkeit, sondern in der Erkenntnis, dass ARTE eine mittelfristig stabile Führungsperspektive an der Spitze benötige. Da er selbst altersbedingt nicht für eine weitere Amtsperiode ab 2025 zur Verfügung stünde, sei es folgerichtig, mit seiner Nachfolgerin Heike Hempel Kontinuität zu gewährleisten. Er bedankt sich bei Bruno Patino für die konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit. Er habe den Austausch mit ihm stets geschätzt. Auch wenn man nicht immer einer Meinung gewesen sei, habe man stets so lange diskutiert, bis man sich einig gewesen sei. Sein Dank gelte jedoch auch den weiteren Vorstandsmitgliedern Marysabelle Cote, Emelie de Jong bzw. Ingrid Libercier sowie Sylvie Stephan und Susanne Costede. Ebenfalls dankt er Marie Mascret und Michel Kreß sowie dem gesamten Team des Generalsekretariats von ARTE GEIE für die tatkräftige Unterstützung in den letzten Jahren. Er bittet darum, Heike Hempel das gleiche Vertrauen entgegenzubringen, wie es bei ihm der Fall gewesen sei. Er sei davon überzeugt, dass mit Frau Hempel an der Spitze neben Bruno Patino eine erfolgreiche Vorstandsarbeit in den kommenden Jahren gesichert sei.

Wortmeldungen:

Maria Böhmer richtet im Namen des Programmbeirats ihren herzlichen Dank an Peter Weber, vor allem für die gute Zusammenarbeit mit Bruno Patino, und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Angela Spizig dankt Peter Weber für seinen Einsatz und für die Möglichkeit der Kontinuität, die er ARTE mit seiner Entscheidung biete.

Emmanuel Roger hat Fragen zur Europäisierungsstrategie von ARTE. Vor dem Hintergrund des erstarkenden Nationalismus in Europa, beispielsweise mit der verstärkten Politisierung der Medien in Italien, möchte er wissen, ob insbesondere mit Blick auf die Europawahlen das Risiko bestehe, dass der Sender in Konflikt mit seinem eigenen Anspruch gerate.

Bruno Patino gibt eine erste Antwort und bittet Peter Weber, diese zu ergänzen. Aus seiner Sicht seien drei Punkte zu nennen. Erstens zeuge der allgemeine europäische Kontext von der Dringlichkeit und der Notwendigkeit, ARTE noch mehr als bisher auszubauen, wie dies bereits am Tag nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine gesagt wurde. Er habe den Eindruck, dass dies von Deutschland und für Frankreich übereinstimmend anerkannt werde. Peter Weber habe ganz recht mit seiner Aussage, dass 2024 für ARTE ein entscheidendes Jahr sein werde, da man sich mehrere wichtigen Ereignisse zunutze machen müsse. Erstens den auf das Frühjahr 2024 verschobenen Staatsbesuch des französischen Präsidenten in Deutschland, bei dem es für ARTE darum gehe, als Hauptpriorität der deutsch-französischen Kultur- und Medienlandschaft wahrgenommen zu werden. Dann die Europawahlen. In Deutschland und Frankreich sei eine gewisse Anzahl an bedeutenden Akteuren angesprochen worden, um sie für die Integration der ARTE-Thematik in ihren Wahlkampf zu sensibilisieren. Nach den Wahlen erfolge die Aufstellung des neuen Parlaments und der neuen Kommission; Ende 2024/Anfang 2025 begännen die Gespräche über den mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028, der im Anschluss verabschiedet werde. Angesichts der aktuellen sehr unsicheren politischen Dynamik müsse sich der Vorstand von ARTE GEIE mit Genehmigung der Mitgliederversammlung auf Veränderungen in den Beziehungen mit bestimmten europäischen Medienpartnern einstellen, sollte sich einer von ihnen in seinem Wesen verändern, wie Peter Weber es für Polen angesprochen habe. Die Unabhängigkeit des europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei entscheidend für die Bewertung dieser Beziehungen und müsse regelmäßig von der Mitgliederversammlung und dem Vorstand besprochen werden. Bruno Patino betont jedoch, dass ARTE in seinem Bestreben um eine Verstetigung der Haushaltslinien sowohl vom Europäischen Parlament als auch von Europäischen Kommission unterstützt werden müsse. Zum Zeitpunkt des Programmbeirats sehe es danach als, als würden die aktuellen Mitglieder des Kulturausschusses des Parlaments den Sender umfassend unterstützen. Auch der Haushaltsausschuss unterstütze den Sender weiterhin, jedoch nach der ihm eigenen Logik. Das Ziel von ARTE laute, 2024 in diesem Rahmen zum entscheidenden Jahr zu machen. Bruno Patino betont, dass dabei Unsicherheit bestehe und dies seine eigene Bewertung der Situation sei. Er fordert Peter Weber auf, sie durch dessen eigene Einschätzung zu ergänzen.

Peter Weber betont ebenfalls, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in vielen Teilen Europas aufgrund populistischer Tendenzen unter starkem Rechtfertigungsdruck stehe. Dies habe selbstverständlich auch Auswirkungen auf ARTE. Am Beispiel der jüngsten Entwicklungen in Polen könne man jedoch sehen, dass solche Tendenzen auch wieder umgekehrt werden könnten. Er glaube insofern, dass man hoffnungsvoll bleiben müsse. Er fügt hinzu, dass ARTE nicht nur in Deutschland und Frankreich, sondern mittlerweile in vielen Teilen Europas eine äußerst starke Marke sei. Dies müsse sich der Sender zu Nutze machen. Er weist darauf hin, dass die Europäisierung von ARTE auch darin bestehe, hochwertige europäische Koproduktionen auf den Bildschirm zu bringen. Dafür sei eine deutsch-französische Anstrengung gemeinsam mit den Partnersendern notwendig.

Maria Böhmer dankt Bruno Patino und Peter Weber für ihre Erklärungen. Es sei von entscheidender Bedeutung, dass die europäische Entwicklung von ARTE eine so zentrale Rolle spiele. Sie hoffe sehr, dass sich diese Anstrengungen nach der Europawahl auch in

einer Verstetigung der Finanzierung der europäischen Projekte von ARTE niederschlagen werde.

Bezüglich der Ausstrahlung der Dokumentation "Hamas-Angriff aufs Festival – Die Überlebenden des Wüsten-Raves" möchte sie anmerken, die Einordnung sei sehr wichtig und gelungen gewesen, um den unterschiedlichen Positionierungen in Deutschland und in Frankreich gerecht zu werden. Das Programm sei sehr erschütternd gewesen, aber dennoch danke sie dafür, dass um die Ausstrahlung dieses Programms gerungen worden sei.

Daniele Engelberg-Sperra dankt ebenfalls für die Ausstrahlung dieses Beitrags, der ihr sehr nahegegangen sei.

TOP 4 Allgemeine Programmentwicklung und Zuschauerbilanz Mündlicher Bericht von Ingrid Libercier und Sylvie Stephan (ARTE GEIE)

Ingrid Libercier dankt der Vorsitzenden und begrüßt die Mitglieder des Programmbeirats. Sie gibt einen Überblick über die Reichweiten der Monate September und Oktober 2023. Im nichtlinearen Bereich seien monatlich durchschnittlich 194 Mio. Videoabrufe verzeichnet worden, einschließlich der Videoabrufe über Instagram und Facebook; dies entspreche einem Anstieg von insgesamt 13 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Auch die Gesamtsehdauer auf arte.tv sei gestiegen und betrage nun 14,6 Mio. Stunden pro Monat, was einem Anstieg von 9 % gegenüber 2022 entspreche. Im linearen Bereich seien die Reichweiten stabil geblieben. Der Marktanteil liege in Deutschland bei 1,2 %, man beobachte aber einen leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Auf deutscher, wie auf französischer Seite sei Wachsamkeit geboten, denn zwar sei der Marktanteil in Frankreich stabil und belaufe sich auf 2,9 %, das Vorabendprogramm zeige jedoch Schwächen. Die Programmdirektion bleibe wachsam und beobachte die Entwicklungen der Medienlandschaft insgesamt und die Plattformisierung der Angebote im Besonderen sehr aufmerksam. Bezüglich der Reichweiten in den sozialen Netzwerken sei auf einen leichten Rückgang bei YouTube auf 78,9 Mio. Videoabrufe pro Monat hinzuweisen. Die Gründe für diesen Rückgang würden gerade von den Teams eruiert. Im Internet seien seit Anfang 2023 inzwischen 1,9 Mrd. Videoabrufe registriert worden, was einem Anstieg von 14 % im Vergleich zu 2022 entspreche. Im europäischen Angebot habe das Programm "Mit offenen Karten - Israel: Auswegloser Konflikt, neue Bündnisse" mit 4,6 Mio. Videoabrufen sehr gut abgeschnitten. Eine spanische Fassung von "Karambolage" sei im Übrigen auf der Plattform gestartet worden, für die die Reichweiten später bekanntgegeben würden.

Sylvie Stephan fährt fort mit einem kurzen Rückblick auf die Programme der letzten beiden Monate September und Oktober. Der Oktober sei stark geprägt gewesen von den aktuellen Ereignissen im Nahen Osten und habe bei ARTE nicht zuletzt im bereits viel diskutierten Themenabend Resonanz gefunden, aber auch auf den aktuellen Sendeplätzen und mit Kollektionen im nicht-linearen Angebot. Sie lege den Mitgliedern des Programmbeirats im Besonderen eine Ausgabe des Formats ARTE Info+ ans Herz, die zeige, wie die deutschfranzösischen Journalisten-Teams bei ARTE sich diesem Thema widmten und in den Redaktionen damit umgingen.

Am 12. Dezember sei das Programm zudem für einen weiteren Themenabend zum Thema Nahost freigeräumt worden, diesmal mit der Geschichtsdokumentation "Israels Kampf der Stämme", sowie den Geopolitik-Stücken "Der Kampf um Jerusalem" und "Libanon – ein Land als Geisel". Das Ganze sei von einer Einordnung des ARTE-Korrespondenten in Israel begleitet worden.

Auch der Krieg in der Ukraine komme weiterhin im dokumentarischen Bereich nicht zu kurz, sowie darüber hinaus vor allem mit Formaten wie "Tracks East". Als Ausblick auf das nächste Jahr kündigt sie anlässlich des zweiten Jahrestages des Kriegsbeginns im Februar 2024 mehrere Themenabende mit spannenden Dokumentationen aber auch historischen Stücken an. Linear sei es zunehmend schwer, mit diesen Themen das Publikum

anzusprechen, man merke eine gewisse Ermüdung des TV-Publikums mit Blick auf die düstere Aktualität. Es gehöre aber zum Auftrag von ARTE, diese Programme zu zeigen, die zudem im nicht-linearen Angebot auf sehr große Resonanz träfen, gerade auf YouTube. Hier würden vor allem auch längere Dokumentationen bemerkenswerte Ergebnisse erzielen. Als Beispiel nennt sie die Dokumentationen "Libyen: Das Comeback des Saif Al Islam Gaddafi", sowie "Das Leben der Amish" mit jeweils 3 Mio. Videoabrufen.

Sylvie Stephan ergänzt, die weiteren Schwerpunkte im Oktober seien der 100. Jahrestag der Gründung der Türkei gewesen, sowie die 75. Frankfurter Buchmesse mit dem traditionellen Bücherherbst. Im fiktionalen Bereich sei die Filmreihe anlässlich des 80. Geburtstags von Catherine Deneuve ein großer Erfolg gewesen und auch die Serie "*Polar Park*" die in Frankreich Reichweiten von bis zu 8 % erzielen konnte, zudem mit einer exzellenten Zuschauerbindung zwischen den Folgen. Auch in Deutschland seien die Quoten mit 1,3 % durchaus sehr zufriedenstellend gewesen, und online habe die Serie mit über 5 Millionen Abrufen sehr gut performt.

Abschließend liefert **Sylvie Stephan** einen Ausblick auf das Jahr 2024 und den geplanten Schwerpunkt zu den Europawahlen: ARTE bereite ein umfassendes Programmpaket vor, sowohl online als auch linear, mit neuen Formaten und aktuellen Sendungen, zahlreichen Themenabenden und natürlich einer Sondersendung am Wahltag. Sie kündigt für die nächste Sitzung eine detailliertere Aufstellung der geplanten Programme an.

Wortmeldungen:

Christoph Becker erkundigt sich, wie ein Format wie "Karambolage" in Spanien angepasst und kontextualisiert werde.

Er sei generell an einem Fokus zur Übertragung der Angebote von ARTE in die anderen europäischen Länder und Sprachen interessiert und möchte dies für eine der nächsten Sitzungen des Programmbeirats anregen.

Ingrid Libercier antwortet Christoph Becker und erklärt, dass sich das deutsche "Karambolage"-Team von dem deutsch-französisch-spanischen Team unterscheide, das eigens für das neue Format gebildet worden sei und in dem die redaktionellen Fragen eine zentrale Rolle spiele.

Emmanuel Roger beglückwünscht die Teams zum neuen Format *ARTE Europa – Die Woch*e, das im Einklang mit der Europäisierungsstrategie des Senders stehe. Die angesprochenen Themen würden kurz und bündig präsentiert und ihre europäische Tragweite klar herausgestellt. Ihm gefielen die Verweise auf andere Reportagen des Senders am Ende jeder Folge.

Françoise Benhamou fügt hinzu, dass sie die Entwicklung der Qualität der ARTE-Sendungen herausragend finde. Sie möchte wissen, ob die Markteinführung von TF1+ zu Veränderungen auf arte.tv führen werde.

Bruno Patino dankt Françoise Benhamou. Die Plattform betreffend möchte er betonen, dass ARTE von Anfang an nicht nur auf Plattformisierung gesetzt habe, sondern sich von anderen Plattformen habe abheben wollen. Allerdings nicht zu sehr, um Nachahmung zu vermeiden. ARTE biete nicht nur Inhalte, sondern bette sie in einen Kontext ein. Dies sei einigen Konkurrenten nicht entgangen, so dass es bereits erste Nachahmer gebe. Das Ziel und die besondere Fähigkeit von ARTE und insbesondere der Teams der Programmdirektion in Straßburg würden aber darin liegen, das ARTE-Programm stets an das Zeitgeschehen anzupassen. Zum Ukraine-Krieg gebe es Dokumentationen über die Ukraine. Versterbe eine prominente Persönlichkeit, zeige man dazu eine Filmreihe. Bruno Patino unterstreicht, dass auch andere Plattformen auf redaktionelle Aufbereitung setzten, im Wesentlichen, um die Reichweiten zu erhöhen; während die ARTE-Plattform ein redaktionelles Angebot als

solches sei. Es gebe bei arte.tv, wie auf den anderen Plattformen, die Möglichkeit, Programme im Karussell oben auf der Seite hervorzuheben; bei ARTE würden diese Hervorhebungen aber nicht allein von den Reichweiten abhängen. Natürlich könnte ARTE ein Programm hervorheben, das in aller Munde sei, wie die Serie "Polar Park"; aber die Hervorhebungen seien vor allem kontextuellen und redaktionellen Entscheidungen geschuldet. Bruno Patino unterstreicht, dass ARTE damit drei Herausforderungen begegne. Die erste bestehe darin, dass bei ARTE, wie Peter Weber es schon gesagt habe, die Marke stärker sei als die Reichweiten. ARTE sei ein eher kleiner Player, habe aber das Glück, über eine Marke zu verfügen, deren Anerkennung und Relevanz weit über seine Reichweiten hinausgingen. Die zweite Herausforderung bestehe darin, die ARTE-Programme auf den immer zahlreicher werdenden Online-Verbreitungswegen angemessen zu bewerben, vor allem im HbbTV in Deutschland und auf den Boxen in Frankreich, aber auch in den App Stores, die sich stetig weiterentwickelten. In den nächsten Jahren würde diese Art der Programmbewerbung wohl immer stärker umkämpft und bisweilen kostenpflichtig werden.

Bruno Patino erwähnt die französische Debatte zu Dienstleistungen, die von der Medienregulationsbehörde ARCOM angestoßen worden sei und an der ARTE teilnehme. Er schätze dennoch, dass die Auffindbarkeit in jedem Fall von finanziellen, juristischen und technischen Faktoren abhänge. Die dritte Herausforderung betreffe die Erleichterung der Entscheidungsfindung für die Nutzer:innen der Plattform. Bruno Patino betont, dass die starke redaktionelle Aufbereitung und die Kontextualisierung der Inhalte auf der ARTE-Plattform den Nutzer:innen die Entscheidungsfindung beträchtlich erleichtere, womit sich ARTE von Plattformen abhebe, die 41.000 Programme zur Auswahl anböten und auf denen die Entscheidungen letztlich von einem recht unzulänglichen Algorithmus getroffen würden. Es sei eine Stärke von ARTE, dass die redaktionelle Arbeit anerkannt werde und die Marke und die Bekanntheit attraktiv wirkten.

Die größte Herausforderung, um die es 2024 bei der Ausarbeitung des Unternehmensplans 2025-2028 gehen werde, sei die Auffindbarkeit der ARTE-Inhalte auf den Plattformen, wobei es sich hier um ein zugleich finanzielles, juristisches und technisches Problem handle. Dank den Redaktions- und Technikteams von ARTE GEIE, die die Funktionen der Plattform ständig verbesserten, werde ARTE in technischer Hinsicht als eine der führenden Plattformen wahrgenommen.

Bruno Patino erinnert daran, dass ARTE jährlich zwischen zwei und vier Millionen Euro in die technologische Weiterentwicklung der Onlineplattformen investiere; bei Netflix seien es 600 Millionen Euro. Hier würden schwindelerregende Maßstabsunterschiede vorliegen. Er schließt damit, wie wichtig es für ARTE sei, seinen Gesellschaftern deutlich zu machen, dass hohe Ansprüche an technologische Exzellenz mit der Bereitstellung der entsprechenden Mittel einhergehen müsse, auch wenn sich die ARTE-Teams besonders einfallsreich zeigten.

Maria Böhmer dankt allen Rednern für ihre Wortmeldungen. ARTE stehe vor großen Herausforderungen der strategischen Entwicklung.

TOP 5 Themenschwerpunkte:

a) Capital B – Wem gehört Berlin? (RBB / WDR)

Alexander von Harling erklärt einleitend, die Serie habe versucht, die Geschichte der *"Baustelle Berlin"* nach der Wende und den Kampf der verschiedenen Interessen nachzuzeichnen.

Als das Projekt im Jahre 2019 erstmals der Programmkonferenz vorgelegt wurde, habe sich vor allem die Frage gestellt, ob eine Doku-Serie dieses Umfangs über die deutsche Hauptstadt ein Projekt für ARTE sei. Die Antwort sei "Ja" gewesen, vor allem weil das Thema der Entwicklung großer europäischer Städte ebenso universell wie zeitgemäß sei.

Die Fertigstellung des Projekts habe dann aber über 5 Jahre gebraucht, auch bedingt durch die Pandemie. Die Ausstrahlung habe zum Tag der Deutschen Einheit eine angemessene thematische Einbettung gefunden.

Bezüglich der Reichweiten ergänzt er, die Serie sei zwar gut gelaufen, aber kein ausgewiesener Publikumserfolg gewesen.

Die Onlinestellung auf der Plattform laufe weiter, da der RBB dankenswerterweise sehr lange Rechte für ARTE ermöglicht habe, und die Anzahl der Videoviews auf arte.tv liege derzeit bei rund 700.000, sowie bei 600.000 auf YouTube.

Wortmeldungen:

Andrea Kühnemann dankt für das hervorragende Programm. Sie habe sich als Berlinerin auch in ihre Jugend und die damaligen Auseinandersetzungen zurückversetzt gefühlt.

Christoph Becker ist der Ansicht, das Programm sei für ARTE prädestiniert und die Verbindung von Popkultur und Politik hervorragend gelungen. Auch auf der Bildebene und in der Umsetzung sei das Format hervorragend gewesen. Trotz der etwas verhaltenden Reichweiten sei er vom Impact des Programms überzeugt und er sehe hier den Auftrag von ARTE erfüllt.

Angela Spizig fügt hinzu, die erste Folge habe sofort den Aufbruch und die Verwandlung transportiert. Die Auswahl der interviewten Personen sei ausgezeichnet gewesen und auch die Umsetzung auf bildlicher und musikalischer Ebene habe sehr überzeugt. Sie halte die Serien für preiswürdig.

Françoise Benhamou findet das Programm bemerkenswert, denn es verbinde die verschiedenen Verweise auf die dramatischen Ereignisse mit Eindrücken der Aufbruchstimmung. Das Programm führe architektonische, stadtplanerische, gesellschaftliche, politische und kulturelle Blickwinkel geschickt zusammen. Die zurückhaltenden Reichweiten, besonders in Deutschland, würden sie allerdings erstaunen.

Fabienne Pascaud ergänzt, sie sei von dem Programm fasziniert gewesen, denn die Archivbilder seien spannend und mitreißend. Den Schnitt habe sie perfekt gefunden. Sie bewundere außerdem den politischen Mut und die Fähigkeit zur Selbstreflexion hinsichtlich finanzieller, stadtplanerischer und politischer Entscheidungen, die während des Wiederaufbaus in Berlin getroffen wurden. Sie finde es normal, dass ARTE sich für solcherart Themen interessiere, denn Stadtplanung und Architektur gehörten zur Kultur.

Sandro Witt schließt sich seinen Vorrednern an. Das Programm sei fantastisch gemacht und er habe viel über die Hintergründe gelernt, die ihm bisher nur vom Hörensagen bekannt gewesen seien. Das Programm sei nicht zuletzt auch deshalb so gelungen, weil es in den Archiven auch die Bürger zu Wort kommen lasse.

Maria Böhmer schließt sich dem Dank an. Vor allem die guten Quoten der ersten Folge auf französischer Seite seien bemerkenswert. Das große Interesse habe sie sehr gefreut. Für sie persönlich sei es ein Lebendigwerden von Erinnerungen. Für die jüngere Generation gehe es nicht nur um Stadtentwicklung, sondern auch um das Zusammenwachsen. Dies herauszuarbeiten, sei der Serie sehr gut gelungen.

b) Kulturdokumentationen bei ARTE

- Alte Meister, neues Licht (RBB)
- Nicolas de Staël Ein Maler zwischen Himmel und Meer (ARTE France)
- Mark Rothko Bilder müssen geheimnisvoll sein (ARTE France)

Olaf Rosenberg leitet mit einer allgemeinen Einordnung der drei Filme in das Angebot von ARTE und den Sendeplatz ein, auf dem die Programme gesendet wurden. Der aktuell am Sonntagnachmittag im Programm von ARTE ausgestrahlte Sendeplatz "*Kulturdokumentation*" lege Wert darauf, der emotionalen Wahrnehmung künstlerischer Werke einen Raum zu geben und umfasse im Wesentlichen drei Aspekte:

Erstens, Porträts von Künstler:innen, ihrer Werke und ihrer Bedeutung in der Kunstgeschichte auf einer sehr visuellen Ebene, häufig als filmische und dokumentarische Begleitung von Ausstellungen. Zweitens, die Geschichte und Entwicklung kultureller Institutionen, wie der Film über die Gemäldegalerie. Ein dritter Ansatz sei der Rückblick auf kunst- und kulturhistorisches Erbe.

Er ergänzt, drei der jährlich 46 produzierten Filmen seien internationale Koproduktionen.

Wortmeldungen:

Fabienne Pascaud bemerkt, sie habe die drei Dokumentationen sehr interessant und pädagogisch wertvoll gefunden Die Filme über Mark Rothko und Nicolas de Staël seien mit ihrer chronologischen Erzählweise für ihren Geschmack allerdings zu klassisch aufgemacht gewesen. Sie hätte sich eine innovativere Aufmachung gewünscht. In der Doku über die Alten Meister sei die zentrale Frage, nämlich wie man ein Museum mit natürlichem Licht bauen könne, letztlich nicht beantwortet worden.

Françoise Benhamou dankt ARTE für die Dokumentationen, von denen einige – die über Mark Rothko und Nicolas de Staël – parallel zu den großen Ausstellungen in Paris gelaufen seien. Anders als Fabienne Pascaud habe sie die chronologische Erzählweise als angenehm und pädagogisch wertvoll empfunden. In der Doku zur Gemäldegalerie habe sie die Frage nach dem Licht und den Fokus auf weibliche Künstler als sehr bereichernd erlebt.

Emmanuel Roger findet ebenfalls, dass sich die Dokumentationen und die Ausstellungen in der Gemäldegalerie und über Mark Rothko und Nicolas de Staël in Paris sehr gut ergänzten. Die Ausstellungen würden eher die Gefühls- und Emotionsebene ansprechen, während die Dokus zum besseren Verständnis der Themen beitrügen. Er dankt ARTE für diese Herangehensweise und ermutigt den Sender, diese auch auf andere Kunstbereiche wie etwa Bildhauerei zu erweitern.

Olivia Gesbert führt die Gedanken zur Doku über die Gemäldegalerie weiter und betont, wie interessant es gewesen sei, die unterschiedlichen Sichtweisen der Architekten und der Museumsteams gegenüberzustellen. Während die Dokumentationen über Mark Rothko und Nicolas de Staël eher auf Sinneserfahrungen setzten, nehme der Film über die Gemäldegalerie eher eine institutionelle Perspektive ein, was sie sehr spannend gefunden habe, auch wenn sie die Diskussion über das Licht etwas langatmig gewesen sei. Die Analyse des Werks von Caravaggio stelle einen Wendepunkt dar und ermögliche es, wirklich in das Werk einzutauchen, so dass sie sich wünschen würde, alle Filme über Kunstthemen würden auf diese Weise an die Werke herangehen. Was die Dokumentationen über Staël und Rothko angehe, so hätte sie die Auswahl dieser Programme sehr geschätzt, weil sie sehr gut zu aktuellen Jahrestagen oder laufenden Ausstellung passten und pädagogisch wertvoll an die Themen heranführe. Den Rhythmus habe sie allerdings als etwas zu langsam empfunden, vielleicht wegen der sehr klassischen und monotonen Kommentarstimmen. Sie schlägt vor, über diesen formellen Aspekt nachzudenken.

Maria Böhmer dankt allen Rednern, deren Begeisterung sie teile. Das Eintauchen in die Welt der Malerei, insbesondere der alten Meister sei faszinierend gewesen, vor allem der Blick in die Arbeit der Restauratorinnen und Restauratoren.

Die entscheidende Frage sei, wie jungen Menschen Kultur und insbesondere Gemälde nähergebracht werden können. Dies sei der Kern des Auftrags von ARTE.

Olaf Rosenberg dankt für die Anregungen, die Komplimente aber auch die Kritik. Auf die Frage von Maria Böhmer antwortet er, es sei nicht einfach, ein junges Publikum zu erreichen und hänge sehr stark von den gewählten Verbreitungsformen ab. Die teilweise sehr klassische Form der im linearen TV ausgestrahlten Kulturdokumentationen werde vom Publikum aber durchaus geschätzt. Dies hätten in den letzten Jahren sowohl Studien gezeigt als auch der wiederholte Versuch, in der Form etwas experimenteller zu werden. Das Spektrum könne in der Tat noch erweitert werden, vor allem im Hinblick auf die nicht-linearen Verbreitungswege, man müsse aber bei der Umsetzung immer auch die Sehgewohnheiten des Zielpublikums im Auge behalten.

Auf die Kritik von Olivia Gesbert bezüglich der Stimmen in den französischen Fassungen antwortet er, er stimme insgesamt mit ihrer Feststellung überein. Aus diesem Grunde versuche man in der Tat, für die deutschen Sprachfassungen, für die er verantwortlich sei, leichtere Stimmen zu wählen, um die Dramaturgie der Filme zu dynamisieren.

Die Diskussion zu den französischen Fassungen sei originär Französisch und er könne sich leider nicht dazu äußern, er werde aber versuchen, die Anmerkungen an die zuständigen Teams weitergeben.

Bezüglich des mit Bezug auf die Gemäldegalerie erwähnten Verhältnisses zwischen Architekten und Museum ergänzt er, es habe kürzlich einen Film zu einer Ausstellung im Kunsthaus Zürich gegeben, in dem der Dissens zwischen der Vision des Architekten (David Chipperfield) und der des Kunstspezialisten deutlich hervorgehoben worden sei. Abschließend erwähnt er als wichtigen Zusatz, der Sendeplatz versuche selbstverständlich massiv, auch immer mehr Künstlerinnen und Protagonistinnen nach vorne zu stellen. Die Berliner Gemäldegalerie sei eines der wenigen Museen mit drei Frauen an der Spitze, was auch den Ausschlag für die Wahl des Themas des Dokumentarfilms gegeben habe.

TOP 6 Themenvorschläge für die kommende Sitzung am 11. April 2024

Maria Böhmer erinnert daran, sie habe für die kommende Sitzung am 11. April in Paris folgende Punkte notiert, die in der Vergangenheit bereits genannt worden seien: die Roadmap für KI, ein Fokus auf die europäische Entwicklung, sowie die Präsenz von ARTE in den sozialen Medien.

Emmanuel Roger möchte ein persönliches und familiäres Erlebnis zum Anlass nehmen, ein Thema anzusprechen, nämlich die Möglichkeit, ein jüngeres Publikum anzusprechen. Er frage sich, welche Mittel hierfür bereitgestellt werden könnten und ob dies überhaupt ein Anliegen von ARTE sei.

Maria Böhmer bekräftigt, das Erreichen eines jüngeren Publikums sei in der Tat ein wichtiger Aspekt, zumal jüngere Menschen sich in ihrer Mediennutzung zunehmend den sozialen Netzwerken zuwenden.

Sie greift auch das bereits von Sylvie Stephan erwähnte ARTE-Angebot vor der und rund um die Europawahl als einen wichtigen Themenkomplex für eine der kommenden Sitzungen auf.

TOP 7 Verschiedenes

Maria Böhmer informiert die Mitglieder des Programmbeirats von ARTE GEIE über einen Vorschlag zu Weiterentwicklung des Gremiums, auch aufgrund finanzieller Restriktionen. Die Frage nach dem Erhalt von vier jährlichen Sitzungen sei ebenfalls diskutiert worden. Der vorliegende Vorschlag sei eine Zusammenführung der Programmbeiräte von ARTE Deutschland für zwei der vier jährlichen Sitzungen.

Als stellvertretende Vorsitzende hält **Françoise Benhamou** dies für eine ausgezeichnete Lösung und erinnert daran, dass vorgeschlagen worden sei, im Anschluss an die vier Sitzungen eine Bilanz zu ziehen.

Bruno Patino weist darauf hin, dass die Idee sei, zwei Mal jährlich das Kulturprogramm und das Essen mit dem Programmbeirat von ARTE Deutschland zusammenzuführen, nicht aber die Sitzung des Programmbeirats als solche.

Maria Böhmer dankt Bruno Patino für die Präzisierung. Sie halte auch eine Zusammenführung der Beiräte zu bestimmten und wichtigen Thematiken für eine interessante Option und eine mögliche Bereicherung, die es für die Zukunft zu erwägen gelte.

Thomas Michelon, Botschaftsrat für Kultur der französischen Botschaft in Berlin, begrüßt die Mitglieder des Programmbeirats. Er freue sich, ARTE in der Botschaft empfangen zu dürfen und kommt auf die zahlreichen Kooperationen zwischen den beiden Institutionen zu sprechen, etwa die "Woche des französischen Films", das 30-jährige ARTE-Jubiläum oder die anstehenden Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen von "Karambolage". Er drückt ebenfalls seine Begeisterung für die von ARTE angebotenen Programme aus, besonders für die Reihe über Yasujirō Ozu. Abschließend erinnert er daran, dass ARTE in der Botschaft stets willkommen sei. Er wolle den Sender bei all seinen Tätigkeiten begleiten und schlägt kommenden Jahr erneut eine Programmbeirats vor, im für Sitzung des zusammenzukommen.

Maria Böhmer bedankt sich im Namen des Programmbeirats von ARTE GEIE für den Empfang des Gremiums in der französischen Botschaft und bittet, ihren Dank auch dem Botschafter zu übermitteln.

Sie wünscht allen frohe Weihnachten und ein gesegnetes neues Jahr.

Zur Information / die nächsten Termine für den Programmbeirat von ARTE GEIE:

- 10./11. April 2024 (Paris)
- 12./13. Juni 2024 (Straßburg)

Anhänge

Artikel von Prof. Dr. Hans-Günter Henneke zum KEF-Verfahren (FAZ vom 01.12.2023)



10. - 11. APRIL 2024 PARIS

THEMENSCHWERPUNKT A) IMPACT CAMPAIGN ZUM SCHUTZ DER WÄLDER UND DER INDIGENEN BEVÖLKERUNGEN

Die Hüter des Waldes

Dokureihe in 5 Folgen, (Frankreich, 2023, 5 x 53 Min.)

Vom tropischen Regenwald in Papua-Neuguinea bis zur mongolischen Taiga kämpfen Menschen aus indigenen Kulturen weltweit für den Erhalt ihrer Wälder. Ob durch Wiederaufforstung im Amazonas-Regenwald oder den Einsatz gegen die Verschmutzung des borealen Waldes in Kanada – die Serie zeigt in fünf Episoden die große Bedeutung der Wälder für unseren Planeten.

Folge 1 - Brasilien, Aufforstung des Regenwaldes

Regie: Luc Marescot

Benki Piyako, Führer der indigenen Ashaninka, ist ein engagierter Kämpfer für den Schutz des brasilianischen Urwalds, der durch Klimawandel, Waldbrände und Abholzung bedroht ist. Für den Aktivisten sind die spirituellen Wurzeln seiner Ahnen von ebenso großer Bedeutung wie das Wissen um modernste Techniken zur Wiederaufforstung des Waldbestands. Der Amazonasregenwald wird oft als grüne Lunge des Planeten und weltweiter Hotspot der Biodiversität bezeichnet. Er ist der größte tropische Regenwald der Welt und kann das ganze Jahr über Sauerstoff produzieren und Kohlendioxid aufnehmen – anders als die Wälder in den borealen oder gemäßigten Klimazonen, die im Winter über mehrere Monate ruhen. Obwohl er diese wesentliche Rolle für das Erdklima spielt, wird er überall gerodet, um Holz zu gewinnen, vor allem aber, um riesigen Viehweiden, Sojafeldern oder Ölpalmenplantagen Platz zu machen. Während früher das ganze Jahr über Bäume und Hülsenfrüchte am Rande der Dörfer angepflanzt werden konnten, ist der Boden im Sommer nun zu trocken.

Benki Piyako wurde als Sohn eines indigenen Asháninka und einer weißen Mutter geboren. Kampf und Revolte haben in seiner Familie Tradition, und so ist er vor Ort wie auch in der Politik aktiv, um den Wald zu schützen und sogar wiederaufzuforsten zu können. Entschlossen nutzt er alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel, um Umweltschäden anzuprangern und die Natur zu schützen. Unter Einsatz seines Lebens filmte er mit einem Kamerateam illegale Holzeinschläge und Rodungen und veröffentlichte die Bilder im Internet.



10. - 11. APRIL 2024 PARIS

Seine Enthüllungen zwangen die Regierung einzugreifen und das Gebiet militärisch zu sichern. Daneben arbeitet Benki auch in einem von ihm gegründeten Bildungs- und Kulturzentrum. Es steht Indigenen wie Nicht-Indigenen zur Verfügung, um die zerstörten Waldbestände wieder neu aufzubauen. Bislang hat er zwei Millionen Bäume gepflanzt, weitere zehn Millionen sollen folgen.

URL: <u>https://vimeo.com/921311923</u>

PASSWORT: G7ZIOrA

Folge 2 - Papua-Neuguinea, Zeit für Lösungen

Regie: Marc Dozier

Nach Jahren des unermüdlichen Einsatzes gegen die massive Abholzung freut sich Mundiya Kepanga, Häuptling des Huli-Stammes, in den Wäldern Papua-Neuguineas, dass die neue Regierung sein Land zu einem weltweiten Vorbild für nachhaltige Waldbewirtschaftung machen möchte.

Mundiya Kepanga, Häuptling des Huli-Stammes, wurde in den Wäldern Papua-Neuguineas geboren und ist zu einem international angesehenen Kämpfer für die Primärwälder seines Landes geworden. Nach Jahren unermüdlichen Einsatzes gegen die massive Abholzung freut sich Mundiya, dass die neue Regierung sein Land zu einem weltweiten Vorbild für nachhaltige Waldbewirtschaftung machen möchte, und beschließt, sich auf eine Reise durch Papua-Neuguinea zu begeben, um die verschiedenen Projekte zu besuchen, mit denen die Wälder heute geschützt werden.

In seiner eigenen Heimatregion empfängt er zunächst Wissenschaftler, die mit einer umfangreichen Inventur der biologischen Vielfalt in den Wäldern Papua-Neuguineas beauftragt sind. Anschließend macht sich der Häuptling auf, die vielfältigen Ökosysteme seines Landes zu erkunden: Nach einem Besuch des einzigen sekundären Plantagenwaldes Papua-Neuguineas lernt er einige Lösungen kennen, die im Herzen der Primärwälder entwickelt werden, um diese besser zu schützen, unter anderem den Anbau von Vanille in der Agroforstwirtschaft in geringer Höhe. Er erfährt auch von den verschiedenen Programmen zum Schutz und zur Überwachung der Biodiversität, mit denen der illegale Handel bekämpft werden soll.

Am Ende seiner Reise teilt Mundiya Kepanga seine neu gewonnenen Erkenntnisse mit seiner Gemeinschaft, um die Menschen dazu zu bewegen, Alternativen zur Abholzung aktiv umzusetzen und einen Beitrag zu dieser grünen Revolution zu leisten.

URL: https://vimeo.com/921332597

PASSWORT: GetvUvI



10. - 11. APRIL 2024 PARIS

Die Sichtung der weiteren Folgen ist optional.

Folge 3 - Mongolei, Refugium Taiga

Regie: Hamid Sardar

Das Schutzgebiet Ulaan Taiga in der Mongolei beeindruckt mit seinen Landschaften und der außergewöhnlichen Artenvielfalt. Der Ranger Tumursukh und sein Team versuchen, das Gebiet vor Wilderern zu schützen, um das bedrohte Ökosystem zu bewahren. Trotz ihrer Bemühungen bleibt die Taiga gefährdet, dabei ist ihr Schutz entscheidend für die kommenden Generationen.

URL: https://vimeo.com/921323251

PASSWORT: GgM48WW

Folge 4 - Gabun, Heilkraft des Waldes

Regie: Jérôme Bouvier

In Gabun sorgt sich der angesehene Stammeshäuptling und "Medizinmann" Hilarion Kassa Moussavou, genannt Mambongo, um die Vielfalt des Urwalds. Wilderei bedroht sie zusehends. Mithilfe einer Zeremonie, dem Bwiti, versucht er, die zerbrechliche Verbindung zwischen Mensch und Natur aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus will sich Mambongo auch für die Bewahrung der Wälder einsetzen.

Als Teil des riesigen tropischen Regenwaldes im Kongodelta zählen die noch weitgehend intakten Wälder Gabuns zu den schönsten und artenreichsten tropischen Regenwäldern der Welt. Mambongo, anerkannter Stammeshäuptling und traditioneller Heiler, pflegt eine besonders enge Verbindung zu den Bäumen, Pflanzen und Tieren des Waldes. Er führt in eine faszinierende Welt mit einzigartiger Biodiversität, deren Gleichgewicht bereits aus den Fugen geraten ist.

Es fällt Mambongo zunehmend schwer, die natürlichen Zutaten für den Trank der heiligen Bwiti-Zeremonie zu finden, mit der er die spirituelle Verbindung zwischen Mensch und Wald stärken will. Der Schamane sieht sich zusehends in der Rolle eines Hüters des Waldes. Fest entschlossen, sich für den Erhalt der Artenvielfalt einzusetzen, will er seine Gemeinschaft dazu bringen, den Wald verantwortungsvoller zu bewirtschaften.

Auf einer Reise durch Gabun verschafft er sich einen Überblick über die Tragweite der Bedrohung und trifft sich mit lokalen Akteuren. So erweitert er sein Wissen und schlägt – wie stets in seiner Rolle als Schamane – die Brücke zwischen Mensch und Natur.

URL: https://vimeo.com/921356041

PASSWORT: 9cL5da4



10. - 11. APRIL 2024 PARIS

Folge 5 - Kanada, zurück zu den Wurzeln

Regie: Mike Magidson

Die junge Twyla kam als Angehörige des indigenen Volks der Dene im Herzen der borealen Wälder Kanadas zur Welt. Schon früh wurde sie sich der Schäden bewusst, die die großen Erdölkonzerne der Umwelt und der Kultur ihres Landes seit Jahrzehnten zufügen. Auf den Spuren der ersten Umweltaktivist*innen führt die junge Frau den Kampf ihrer Vorgänger für den Schutz des Waldes weiter.

Mit einer Fläche von 270 Millionen Hektar ist der boreale Wald Kanadas einer der wichtigsten globalen Klimaregulatoren. Eine Umweltschützerin, die diese wichtige Funktion bewahren möchte, ist die 35-jährige Twyla Edgi-Masuzumi, deren ganzes Engagement dem borealen Wald gilt. Gemeinsam mit den Ältesten ihrer Gemeinschaft kämpft die Mutter von vier Kindern im Rahmen des nationalen Guardians-Netzwerks Tag für Tag gegen die Bedrohungen, denen ihr Wald zunehmend ausgesetzt ist. In langen Wanderungen durch den Wald sammeln Twyla und die anderen Guardians wissenschaftliche Beweise für die katastrophalen Umweltauswirkungen von Ressourcenabbau und Klimawandel.

Twyla stemmt sich gegen eine gesellschaftliche und ökologische Tragödie, unter der ihr Volk und ihre Heimat zu leiden haben. Sie weiß, dass in der Verbindung zwischen Mensch und Natur ein Schlüssel zum Überleben der gesamten Menschheit liegt.

Nachdem die indigenen Gemeinschaften mehr als einhundert Jahre darum gerungen haben, die Kontrolle über dieses riesige Gebiet wiederzuerlangen, werden sie von der kanadischen Regierung nun endlich als beste Garanten für die Erhaltung dieser Naturräume anerkannt. In der festen Überzeugung, dass echter Naturschutz nur dann möglich ist, wenn er mit einer tiefen Kenntnis des Waldes und der darin lebenden Wesen einhergeht, eignen sich einige junge Vorreiter dieses elementare Wissen in einem Wettlauf mit der Zeit selbst an.

URL: <u>https://vimeo.com/921384900</u>

PASSWORT: 1QcFHqy

Reichweiten

	Sendeplatz : Dokus am Nachmittag		Linear-Übertragung*			Arte.tv*		YouTube*	
Land	Datum	Startzeit	Titel / Folge	MA (%)	Ø Sendeplatz (2023)	Absolut. Zusch.	Videoabrufe	Gesamt	Videoabrufe
Frankreich	09/12/2023	13:53 Die Hüter des Waldes -	2,1	2,3	223 000	32 637	55 067	20.244	
Deutschland	09/12/2023	14:45	Papua-Neuguinea, Zeit für Lösungen	1,0	1,4	125 000	22 430	35 06/	30 244
Frankreich	09/12/2023 14:48 15:38	14:48	Die Hüter des Waldes - Gabun, Heilkraft des Waldes	2,4	2,7	234 000	24 529	41 925	42 351
Deutschland		15:38		1,4	1,4	187 000	17 396		
Frankreich	09/12/2023	15:41	Die Hüter des Waldes - Kanada, zurück zu den Wurzeln	2,8	2,7	257 000	32 705	58 237	48 262
Deutschland		16:31		1,0	1,4	142 000	25 532		
Frankreich	09/12/2023	09/12/2023 Die Hüter des Waldes - 21:43 Die Hüter des Waldes - Prasilien, Aufforstung des Regenwaldes	1,8	1,7	297 000	65 106	100 670	E0 020	
Deutschland			Brasilien, Aufforstung des Regenwaldes	0,7	1,1	166 000	43 572	108 678	50 929
Frankreich	24/11/2023	/2022	Die Hüter des Waldes - Mongolei, Refugium Taiga	/	/	/	23085	39 011	/
Deutschland		/		/	/	/	15926		
Frankreich	DURCHSCHNITT 5 FOLGEN "Die Hüter des Waldes"			2,3	/	252 750	35 612	50 504	42.047
Deutschland	DURCHSCHNITTS		FOLGEN Die Huter des Waldes	1,0	/	155 000	24 971	60 584	42 947

^{*} Quelle TV : Restit-TV und AGFScope, konsolidierte Einschaltquoten / Quelle WEB : PowerBi, vom 18/11/2023 bis zum 14/03/2024



10. - 11. APRIL 2024 PARIS

THEMENSCHWERPUNKT B) 2 JAHRE KRIEG IN DER UKRAINE

Die verschleppten Kinder der Ukraine

Dokumentarfilm von Robin Barnwell (Großbritanien, 2024, 86 Min.)

Tausende ukrainische Kinder und Jugendliche sind nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine systematisch nach Russland verschleppt worden: ein klares Kriegsverbrechen. Der Dokumentarfilm des preisgekrönten Regisseurs Robin Barnwell beobachtet die Suche von Menschenrechtsorganisationen und Familien nach den verschleppten Kindern.

Tausende ukrainische Kinder und Jugendliche sind nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine systematisch nach Russland verschleppt worden. Die Massenentführung der Kinder ist ein klares Kriegsverbrechen und hat die Weltöffentlichkeit einmal mehr aufgerüttelt. Daher erließ der Internationale Strafgerichtshof am 17. März 2023 Haftbefehl gegen Präsident Wladimir Putin und dessen Kinderrechtsbeauftragte Marija Lwowa-Belowa. Für die Eltern und Familien der Kinder ist die Situation ein Alptraum.

Der Dokumentarfilm beobachtet die Suche von Menschenrechtsorganisationen und verzweifelten ukrainischen Familien nach den entführten Kindern. Die kleine Nastja ist nach einer Bombardierung von Mariupol verschwunden. Ihre Großmutter ist überzeugt, dass sie von russischen Soldaten nach Russland gebracht wurde. Viktor, die erst zweijährige Margarita und weitere 46 Kinder eines Heimes aus Cherson sind ebenfalls verschwunden. Die ukrainische Menschenrechtsermittlerin Victoria Novikova stößt bei ihren Recherchen auf wichtige Spuren.

Der preisgekrönte Regisseur Robin Barnwell (u.a. Emmy Award für "Die Überlebenden von Mariupol") hat exklusiven Zugang und dokumentiert, unter welche schwierigen und gefährlichen Bedingungen Kinder in die Ukraine zurückgeholt werden.

URL: https://vimeo.com/905147283?share=copy

PASSWORT: 6d5AztQ

Reichweiten

	Sendeplatz :		Thema Dienstag	Linear-Übertragung*			Arte.tv*		YouTube*
Land	Datum	Startzeit	Titel / Folge	MA (%)	Ø Sendeplatz (2023)	Absolut. Zusch.	Videoabrufe	Gesamt	Videoabrufe
Frankreich	06/02/2024	22:27	Die verschleppten Kinder der Ukraine	3,2	2,1	391 000	39 579	64 976	/
Deutschland		21:45		0,9	1,2	195 000	25 397		

^{*} Quelle TV : Restit-TV und AGFScope, konsolidierte Einschaltquoten / Quelle WEB : PowerBi, vom 18/11/2023 bis zum 14/03/2024



10. - 11. APRIL 2024 PARIS

Ukraine - Krieg den Verrätern

Dokumentarfilm von Gwenlaouen Le Gouil (Frankreich, 2024, 77 Min.)

Der Dokumentarfilm von Gwenlaouen Le Gouil wirft einen einzigartigen Blick auf die Rolle von Kollaborateur*innen in den "Grauzonen" der Ukraine während des russischen Angriffskriegs. Mit Fokus auf Identität, Kultur und Gerechtigkeit stellt der Film die oft übersehenen Fragen zum Verrat und seinen Beweggründen im komplexen Ukraine-Konflikt. In "Ukraine - Krieg den Verrätern" erkundet Regisseur Gwenlaouen Le Gouil intensiv die kontroversen Themen von Verrat, Identität und Gerechtigkeit in den Schatten des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Der Fokus liegt auf den Kollaborateuren, die inmitten des Konflikts agieren und deren Motivationen weit über die traditionelle Vorstellung von Verrat hinausgehen. Der Film geht der Frage nach, wer diese Kollaborateure sind und warum sie den Pfad des Verrats gewählt haben.

Die ukrainische Regierung ist besessen von der Verfolgung vermeintlicher Saboteure und die Jagd auf Kollaborateure erstreckt sich bis in die höchsten politischen Ebenen. Doch nicht alle Kollaborateure handeln aus reinem Opportunismus oder aus Angst. Viele von ihnen tragen eine doppelte kulturelle Identität, sowohl russisch als auch ukrainisch, und handeln aus einem tiefen Gefühl des Patriotismus. Dies verleiht dem Konflikt eine einzigartige Dimension, die oft übersehen wird.

Der Film wirft auch einen kritischen Blick auf die kollektive Vorstellung von Kollaborateuren im Westen. Anstatt sie als rein gewinnorientierte Verräter darzustellen, beleuchtet er die vielschichtigen Beweggründe, die von Identitätskrisen bis hin zu Patriotismus reichen. Dabei stellt sich die Frage nach Gerechtigkeit in einer Zeit, in der Werte und Orientierung immer mehr verloren gehen. Wie können Kollaborateure vor Übergriffen und Racheakten geschützt werden, und welche Zukunft erwartet sie in der ukrainischen Nachkriegsgesellschaft? "Ukraine - Krieg den Verrätern" fordert dazu auf, die oft übersehenen Aspekte des Ukraine-Konflikts zu reflektieren und öffnet einen Raum für eine tiefgehende Auseinandersetzung mit den menschlichen Dimensionen des Verrats inmitten eines komplexen Kriegsszenarios.

URL: <u>https://vimeo.com/921193236</u>

PASSWORT: GdBKLMe

Reichweiten

	Sendeplatz :	eplatz : Geopolitik			Linear-Übertragung*			Arte.tv*	
Land	Datum	Startzeit	Titel / Folge M	MA (%)	Ø Sendeplatz Absolut.		Videophrufe	Gosamt	Videoabrufe
				IVIA (70)	(2023) Zus	Zusch.	Videoabidie	eoabiule Gesaint	Videoabitale
Frankreich	20/02/2024	22:30	Ukraine - Krieg den Verrätern	1,9	2,1	272 000	17 538	32 792	512 888
Deutschland		21:46		1,3	1,2	239 000	15 254		

^{*} Quelle TV : Restit-TV und AGFScope, konsolidierte Einschaltquoten / Quelle WEB : PowerBi, vom 18/11/2023 bis zum 14/03/2024